Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark, durch die Post bezogen 2.00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pf für den mm Höhe und Spalte; 70 Pf im Textteil. Manuskripte sind an richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. (Red.) 21045 (Verl.) 21047 (Prod.-Gen.) 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | **Halle, Dienstag, 6. Dezember 1927** | **7. Jahrgang • Nr. 286**

Formiert die Abwehrfront!

Die Eisen- und Stahlkönige schlagen zu

(Eig. Drahtm.) **Essen, 5. Dezember.**

Soeben wird bekannt, daß heute in allen Betrieben der Metall-Großindustrie den Arbeitern am „Schwarzen Brett" ihre Entlassung zum 1. Januar angekündigt wurde. Die Folge ist eine ungeheure Empörung und Kampfbegeisterung unter den Arbeitern. Heute abend nehmen in Essen und Düsseldorf außerordentliche Mitglieder- und Funktionärversammlungen des Metallarbeiterverbandes zur Lage Stellung. Die Arbeiter verlangen sofortige Kampfmaßnahmen.

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 6. Dezember.

Die reformistischen SPD.- und Gewerkschaftsführer und mit ihnen der „Vorwärts" sehen ihre wichtigste Aufgabe im Augenblick nicht in der Vorbereitung von Kampfmaßnahmen, sondern in der „Beruhigung" der durch die Provokationen der Schwerindustriellen empörten Arbeiterschaft. In Verfolgung dieser Linie bringt der heutige „Vorwärts" nur kleine Meldungen aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet auf der letzten Seite des Blattes. Die Drohung der Stillegung bezeichnet er als fast allgemein mißglückten Bluff der Schwerindustriellen. „Die Gewerkschaften werden den kommenden Ereignissen mit Ruhe und Entschlossenheit entgegensehen."

Als Ersatz für die Unentschlossenheit der freigewerkschaftlichen Führer bezüglich der notwendigen Vorbereitungen von Kampfmaßnahmen der Metallarbeiter im Bunde mit den Berg- und Transportarbeitern, sowie den Eisenbahnern läßt sich der „Vorwärts" aus Essen berichten, daß der christliche Metallarbeiter-Verbandsführer Burdatz vor den christlichen Betriebsräten in einer Rede unter großem Beifall betonte, daß sämtliche Notstandsarbeiten verweigert würden, falls den Gewerkschaften ein Kampf aufgezwungen werden sollte.

Diese radikale Sprache der christlichen Gewerkschaftsführer wird treffend illustriert durch einen Brief des christlichen Metallarbeiter-Verbandes an das Reichsarbeitsministerium, in welchem das letztere um die Einleitung von Verhandlungen, die morgen, Mittwoch, auch stattfinden, ersucht wird. Es steht in diesem Brief u. a.:

„Wir halten uns daher für verpflichtet, Ihnen mitzuteilen, daß die Führer des Christlichen Metallarbeiterverbandes klar erkennen läßt, daß es falsch ist, wenn die Industriellen behaupten, die Gewerkschaften verlangten Einführung des schematischen achtstündigen Arbeitstages für die gesamte eisenschaffende und eisenverarbeitende Industrie, vollen Lohnausgleich usw. Unser Standpunkt zur gesamten Streiklage ist im vorbereitenden Ausschuß bereits klar dargelegt worden."

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat gestern zur Unterstützung der Arbeiterschaft im Abwehrkampf gegen die Schwerindustriellen einen Antrag eingebracht, der die Forderungen der Arbeiter, den achtstündigen Maximalarbeitstag ab 1. Januar 1928 zum Beschluß des Reichstages erhoben wissen will. Die bürgerlichen Parteien einschließlich der SPD., die erst Bedenkzeit für die Fraktion erbat, lehnte den kommunistischen Antrag ab.

Nieder mit den Trustmagnaten

Eine Handvoll Eisen- und Stahlindustrieller hat die Stillegung der gesamten deutschen Groß-Eisenindustrie für den 1. Januar 1928 beschlossen. Das Diktat der Trustmagnaten lautet: keine allgemeine Lohnerhöhung, keine Verkürzung der zwölfstündigen Arbeitszeit auf acht Stunden, Verewigung und weitere Verschärfung der unwürdigen Sklavenbedingungen. 500 000 Arbeiter sollen auf das Straßenpflaster geworfen, 2 Millionen Menschen dem Hunger ausgesetzt werden.

Die deutsche Eisenindustrie hat in den letzten Jahren eine Rekordkonjunktur gehabt. Ungeheure Rationalisierungsprofite, ein durch Schutzzölle herbeigeführtes Monopol auf den inneren Markt, eine infolge der Politik der Gewerkschaften durch keine Streiks gehinderte Ausnutzung der Konjunktur, lange Arbeitszeit und Hungerlöhne haben die Macht des Unternehmertums gestärkt. Während sich in den breiten Massen der werktätigen Schichten Deutschlands eine neue Welle Aktivität ankündigt, während jede Wahl beweist, daß immer breitere Schichten gegen die bürgerlichen Parteien Stellung nehmen, verkündigen die Machthaber Deutschlands brutal und offen: Wir pfeifen auf Eure Wahlen und Forderungen. Während die Teuerung steigt, erklären die Unternehmer: Keinen Pfennig Lohnerhöhung. Während die Intensität der Arbeit zunimmt und Rekordziffern aufweist, bitteren die Eisenbarone: Es bleibt beim Zwölfstundentag. Sie denken nicht daran, einen Teil ihrer ungeheuren Rationalisierungsgewinne zur Verbesserung der elenden Lage der Arbeiterschaft herzugeben. Die Erfüllung der von den Gewerkschaften erhobenen unzulänglichen Forderungen würde den Unternehmern weniger wie 100 Millionen Mark im Jahre kosten. Sie zahlen jährlich Dutzende von Millionen in eine Kriegskasse gegen die Arbeiter, aber sie lehnen Achtstundentag und 10 Prozent Lohnerhöhung ab.

Was beweist diese Provokation der Trustmagnaten?

Erstens beweist sie, daß die Kommunisten vollständig recht hatten, als sie den Arbeitern der Schwerindustrie vor Monaten sagten: „Wenn Ihr den Achtstundentag bekommen wollt, so müßt Ihr am 1. August streiken." Damals verhinderten die Reformisten den Kampf, vertösteten die Arbeiter auf den 1. Januar 1928. Die Unternehmer aber nutzten diese Schwäche aus, bildeten ihre Kriegskasse und werfen heute den Arbeitern und den Gewerkschaften den Fehdehandschuh hin.

Zweitens beweist das Vorgehen der Unternehmer, daß es ihnen nicht einfällt, sich auf die Anwendung der von der Sozialdemokratie gepriesenen und den Arbeitern empfohlenen „demokratischen" Methoden zu beschränken. Ihre Kampfmaßnahmen sind brutal, sie packen das Proletariat an der Gurgel, sie wollen es mit Hunger und staatlichen Terrormaßnahmen auf die Knie zwingen, zu den elendesten Sklavenbedingungen herabwürdigen.

Drittens beweist das Vorgehen der Unternehmer den vollständigen Bankrott der Politik der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsführer. Sie haben die glänzende Konjunktur nicht zugunsten der Arbeiter ausgenutzt.

Sie haben jede zwischentarifliche Bewegung der Arbeiter meistens mit Erfolg verhindert. Sie haben sich den Schandschiedssprüchen, den schamlosen Verbindlichkeitserklärungen der Schiedssprüche, die einen Raub des Streikrechts darstellen, widerstandslos unterworfen. Der Beschluß der Eisenindustriellen ist die Antwort auf diese feige verräterische Taktik der Gewerkschaftsbureaukratie. Denn die Eisengewaltigen glauben, daß es nur der Drohung mit der Stillegung, der Drohung mit einer sozialen Krise bedarf, um die sozialdemokratischen und christlichen Führer erneut zum feigen Zurückweichen zu veranlassen. Daß sie sich nicht täuschen, beweist nicht nur die Vergangenheit der Gewerkschaftsführer, sondern wird auch durch die Stellungnahme der sozialdemokratischen Presse aufgezeigt.

Der „Vorwärts" vom 4. Dezember versucht den Arbeitern weszumachen, daß die Unternehmer erproben wollen, was stärker ist — ihr Wille, oder der Staatswille. Die Sozialdemokratische Partei lügt den Arbeitern vor, daß es zwischen dem Willen der Trustmagnaten und dem der Arbeiterschaft einen dritten „Willen" gibt: den des demokratischen Staates. Dabei ist jedem Arbeiter klar, daß die Unternehmer sich bei allen ihren Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft auf den demokratischen Staat stützen. Die Trustmagnaten und die demokratische Republik sind eins. Dieser Staat ist ihr Staat. Sie beherrschen ihn. Er ist ihr Diener, er hält die Arbeiterklasse nieder. Er verhindert mit Maschinengewehren die Verjagung der Trustgewaltigen, die Uebernahme der Betriebe durch die Arbeiter, die Errichtung einer Staatsmacht der Arbeiter, die die Bourgeoisie enteignet, die Industrie, die Banken und den Großgrundbesitz nationalisiert. Der sozialdemokratische Innenminister Grzesinski und die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten mit ihren Polizeigarden stehen zum Schutz des Trustkapitals bereit. Die Reichswehr mit ihren monarchistischen Offizieren lauert im Hintergrund. Der Zentrum-Arbeitsminister Brauns, wie die übrigen Diener auf den Ministersesseln gehorchen ihren Winken.

Eine große Gefahr droht der Arbeiterklasse. Hunderttausende sollen dem Hunger, der weiteren Versklavung ausgesetzt werden. Niederträchtiger Betrug und Verrat erheben bereits am ersten Tage nach der Provokation der Unternehmer ihr Haupt.

Der „Vorwärts" schreibt: „Hier ist der Feind, den es in den kommenden Wahlen zu schlagen gilt!" Wir sagen der Arbeiterschaft. Die Vertröstung auf die Wahlen ist ein Verrat. Das Trustkapital kann nicht in den Wahlen geschlagen werden. Die Stillegung der Betriebe wird nicht durch die Vertröstung auf die Wahlen im nächsten Jahr aufgehoben. Die Abwürgungsmaschine des

Chamberlain will den Krieg!

Er weist das Friedensangebot zurück — Dennoch schlägt Litwinow Breschen in die Antisowjetfront

Die Unterredung Litwinows mit Chamberlain

(WTB.) **Genf,** 5. Dezember.

Ueber die Zusammenkunft zwischen dem russischen Stellvertretenden Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Litwinow und dem englischen Staatssekretär des Aeußeren Chamberlain, die heute nachmittag ½3 Uhr am Sitz der englischen Delegation begann, wurde folgendes gemeinsame Communiqué ausgegeben:

„Nachdem Herr Litwinow Sir Austen Chamberlain um eine Besprechung gebeten hatte, fand heute nachmittag im Hotel Beau Rivage eine Zusammenkunft zwischen beiden statt. Die Unterredung ab Gelegenheit zu einem freimütigen Gedankenaustausch über die Beziehungen zwischen den Regierungen von Sowjet-Rußland und Großbritannien. Indessen zeigte es sich nicht als möglich, während des Verlaufs dieser Besprechung zu irgendeiner Grundlage für eine Vereinbarung (agreement) zu gelangen."

Die Genfer Besprechungen Litwinows

(WTB.) **Genf,** 5. Dezember.

Der hiesige Vertreter der sowjetrussischen Telegraphen-Agentur hat über die Besprechungen Litwinows mit Briand und Stresemann folgendes Telegramm nach Moskau gesandt:

„Briand versicherte Litwinow, daß das Mißverständnis, das durch die Rakowski-Angelegenheit entstanden war, als endgültig beigelegt betrachtet werden und daß von einer Unterbrechung der Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland keine Rede sein kann. Nach der Ankunft des neuen Botschafters in Paris werden die Verhandlungen über die Schulden- und über die Kreditfrage wieder aufgenommen, ebenso die Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt... Die beiden Staatsmänner haben auch den polnisch-litauischen Konflikt besprochen, wobei beide die Notwendigkeit der sofortigen Aufhebung des Kriegszustandes zwischen Litauen und Polen anerkannt haben. Auch andere Probleme internationaler Art wurden besprochen.

Die Besprechung Litwinows mit Stresemann hat sich ebenfalls hauptsächlich um die polnisch-litauische Frage gedreht und um die Notwendigkeit der Aufhebung des Kriegszustandes zwischen den beiden Ländern, wobei Litwinow den Standpunkt der Sowjetregierung zum Ausdruck brachte, wie er in ihren beiden Noten an Warschau und Kowno bereits niedergelegt worden ist.

In der Besprechung wurde auch festgestellt, daß über diese Frage keine prinzipielle Meinungsverschiedenheit bestehe."

Dem Genfer Vertreter des Wolffschen Telegraphen-Bureaus wurde von deutscher Seite diese Darstellung von dem freundschaftlichen Charakter der deutsch-russischen Aussprache bestätigt.

Durch die Unterredungen in Genf und besonders durch die von Litwinow mit Chamberlain veranlaßte, hat die Sowjetunion ihren ernsten und ehrlichen Friedenswillen bekundet, aber auch gezeigt, daß die wahren Kriegstreiber um Chamberlain in London sitzen. Angesichts dieser Tatsache ist das Ergebnis der Aussprachen mit Briand und Stresemann ein außenpolitischer Erfolg der Sowjetunion und eine schwere Niederlage der englischen Bourgeoisie. Wenn es durch diese diplomatischen Verhandlungen nur gelingt, der kleinbürgerlichen oder sozialdemokratischen Arbeiterschaft der Welt zu zeigen, daß sich die Kriegstreiber im Lager der Bourgeoisie befinden und die Sowjetunion der einzige Friedenshort der Welt ist und dadurch den Ausbruch des unausbleiblichen Konfliktes zwischen Imperialismus und Sowjetunion zu verschieben und der Sowjetunion noch ein Stück Zeit zum sozialistischen Aufbau zu geben, so ist das allein schon die Fahrt nach Genf wert gewesen.

Schandschiedsspruch bei der Mansfeld A.-G.

(WTB.) **Halle,** 5. Dezember.

Bei den Schlichtungsverhandlungen zur Beilegung des Lohnstreits bei der Mansfeld A.-G. wurde folgendes Ergebnis erzielt: Der tarifliche Schichtlohn wird pro Schicht um 25 Pfennig erhöht. Der Schiedsspruch gilt bis 29. Februar 1928. Die Lohntafel kann erstmalig zum 29. Februar 1928 gekündigt werden. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 14. Dezember 1927. Außerdem treten die Parteien in kurzer Zeit zusammen, um eine Umstellung der Lohntafel herbeizuführen.

(Wir kommen aus Raumgründen erst morgen ausführlich darauf zurück. Genossen, bestellt Extrazeitungen!)

Polizei gegen Streikende

(Eig. Drahtm.) **Bochum, 6. Dezember.**

Die Bürgerblock-Regierung resp. die preußische Koalitions-Regierung unterstützt die Unternehmer im Kampfe der westdeutschen Kanalschiffer in unerhörter Weise durch Stellung von Polizei gegen Streikende. Mit Hilfe der Polizei hat man bereits Streikende aus den Wohnungen an Bord der Schiffe herausgetrieben und zahlreiche Polizeiverfügungen zur Exmittierung erwirkt, ohne daß den Arbeitern dafür ein anderer Wohnraum an Land zugewiesen wurde. — Desgleichen werden die über Holland kommenden Ersatzschiffe von starken Polizeikräften begleitet. Einige dieser Schiffe hatten polizeiliche Begleitung von 5 bis 15 Schutzleuten an Bord. Selbst der „Vorwärts" ist gezwungen, an die Koalitionsbrüder im Preußischen Wohlfahrts- und Innenministerium zu appellieren, damit schnellstens gegen diese Mißstände eingeschritten wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271206-15/fragment/page=0001

Schlichtungsapparates soll erneut in Bewegung gesetzt werden. Der Schiedsspruch, der den Arbeitern nichts geben wird, soll erneut für verbindlich erklärt werden. Dieses im Einverständnis mit den Trustmagnaten abgekartete Doppelspiel der Regierung und der reformistischen Führer, muß die Arbeiterschaft erkennen und durchkreuzen.

Selbst die Reformisten müssen zugeben, daß dieser Kampf, den die Eisenbarone heraufbeschworen, ein politischer Kampf sein wird. In diesem Kampf wird die Arbeiterschaft die Macht der Trusts und des Staates gegen sich haben. Die gesamte deutsche Arbeiterklasse muß erkennen, daß die Trustbourgeoisie nicht wirksam bekämpft, ihre Macht nicht erschüttert werden kann, ohne gleichzeitig an den Grundfesten der bürgerlichen Republik zu rütteln. Die Stillegung der Betriebe kann nur durch die entschädigungslose Enteignung der Unternehmer, durch ihre Verjagung, durch die Weiterführung der Betriebe unter Kontrolle der Arbeiter und Angestellten, durch die Rationalisierung der Betriebe nach der Errichtung der proletarischen Staatsmacht beantwortet werden.

Der „Vorwärts" schreibt in seiner Abendausgabe vom 5. Dez.: Der Anschlag (der Diktatoren der Schwerindustrie) muß niedergehalten, die Wirtschaftsmacht, die sie gegen das Volk gebrauchen, muß ihren Händen entrissen und ins Eigentum des Volkes überführt werden.

Diese Frage steht vor dem gesamten Proletariat in Deutschland. Sie muß gelöst werden. Wer aber kann die Trustgewaltigen enteignen? Nur das Proletariat kann dies im revolutionären Kampf tun. Die Bürgerblockregierung ist Fleisch vom Fleisch der Großkapitalisten. Die Klüchner und Thyssen, die Deutsche Volkspartei, die Siemens und Konsorten sind die Bundesgenossen der SPD., mit denen sie eine Koalitionsregierung bilden will. Kein Arbeiter wird glauben, daß diese Gesellschaft eine entschädigungslose Enteignung ihrer eigenen Klasse vornehmen wird. Die sozialdemokratischen Führer glauben dies im wenigsten.

Was aber muß sofort in dieser Stunde getan werden?

Vor der gesamten deutschen Arbeiterschaft, insbesondere aber vor der Arbeiterschaft Rheinland-Westfalens und Oberschlesiens steht die Aufgabe eine geschlossene Front gegen die wirtschaftlichen und politischen Kriegsmaßnahmen des Unternehmertums zu bilden. Trotz aller noch bestehenden Gegensätze müssen sich die Arbeiter zum Kampf gegen die Eisenindustriellen zusammenschließen. Eine energische Werbearbeit für den Eintritt in den deutschen Metallarbeiterverband und die anderen freien Gewerkschaften müssen sofort überall einsetzen. Die Betriebsräte müssen in dieser gesamten organisierenden Arbeit die aktivste Rolle spielen. Sie müssen in der ersten Front der Organisierung des Kampfes stehen. In gemeinsamen, alle Arbeiter umfassenden Betriebs- und Massenversammlungen müssen die Belegschaften der Hüttenwerke und die übrige Arbeiterschaft über die zu ergreifenden Kampfmaßnahmen aufgeklärt werden. In Verbindung mit den Gewerkschaften müssen die Betriebsräte der einzelnen Betriebe lokal zusammengefaßt werden. Die Arbeiter der Schwereisenindustrie müssen sich an die übrige Arbeiterschaft um Unterstützung in dem Abwehrkampf gegen das Unternehmertum wenden.

Das Unternehmertum vertritt rücksichtslos seine Klasseninteressen. Die Arbeiterschaft muß dasselbe tun. Die Zeit ist gekommen, wo die Bergarbeiter für ihre Forderungen und zur Unterstützung der Arbeiter in der Hüttenindustrie ebenfalls den Kampf aufnehmen müssen. Die Zeit ist gekommen, wo die Eisenbahner, mit elenden Löhnen abgespeist, der Willkür der Direktionen ausgesetzt, unter langer Arbeitszeit stronden, sich ebenfalls zum Kampf rüsten müssen. Der Zeitpunkt ist gekommen, wo die Arbeitermassen der deutschen Fertigindustrie die steigende Teuerung mit zwischentariflichen Lohnbewegungen beantworten müssen. Die Zeit ist gekommen, wo die Arbeiterschaft sich des großen Kampfes der englischen Bergarbeiter und des englischen Generalstreiks erinnern müssen. Die Arbeiterklasse Deutschlands muß an das Cuno-Regime von 1923 denken. Sie muß sich erinnern, daß die vereinigte Kraft der Arbeiter die Cuno-Regierung zum Teufel jagte. Heute gilt es dieselben Kräfte zu organisieren, gleichzeitig aber zu verhindern, daß die reformistischen Führer die Arbeiter um die Früchte des Kampfes bringen. Für diese Aufgaben müssen sofort alle Kräfte in Bewegung gesetzt, für ihre Durchführung muß die Arbeit unter den Massen, in den Betrieben und Gewerkschaften in Angriff genommen werden. Nur so können die Trustbourgeoisie und ihre Regierung auf die Knie gezwungen werden. Nur so kann die Arbeiterklasse vorwärts schreiten.

Wie Hugenberg die Landwirtschaft sanieren will

Der „Montag-Morgen" teilt mit, daß sich die großagrarischen Führer des Landbundes an den deutschnationalen Presse- und Filmmagnaten Hugenberg gewandt haben, damit er der „notleidenden" Landwirtschaft helfe und sie finanziell sanktioniere. Hugenberg hat gemäß diesem Auftrag eine Denkschrift ausgearbeitet, über deren praktische Verwirklichung er bereits Besprechungen u. a. mit dem deutschnationalen Reichsernährungsminister Schiele hatte. Die Durchführung dieses Planes bedeutet nichts mehr und nichts weniger als die Auslieferung der gesamten deutschen Landwirtschaft an die Großagrarier und ihren Vertrauensmann Hugenberg.

Nach dem Plane Hugenbergs soll die Hilfeleistung für die Landwirtschaft so erfolgen, daß das Reich Auslandsanleihen in der Höhe von einigen Milliarden aufnimmt, deren Bürgschaft es übernehmen muß. Die Verwaltung dieser Gelder soll durch die Großagrarier geschehen. Damit sollen auch die Landrentenbanken dem Landbund ausgeliefert werden. Die Kleinbauern sollen insofern mit „beteiligt" werden, als sie im wesentlichen die Zinsen für diese Sanierungsanleihen aufbringen sollen.

Wenn es nach der Bürgerblock-Regierung geht, dann werden Hugenberg und die Großagrarier mit ihrem Plan Erfolg haben. Die deutsche Arbeiterschaft im Bunde mit den Kleinbauern muß ihnen einen Strich durch diese Rechnung setzen, indem sie durch gemeinsamen Kampf den Bürgerblock zum Teufel jagen.

Die preußische Landgemeindeordnung kommt nicht zustande

Wenn die preußischen Koalitionsparteien sich auch noch so lange um die Neuwahlen herumdrücken werden, einmal werden diese doch stattfinden. Man versteht die Abneigung gegen den Spruch der Wähler über die preußische Politik seit 1924. Die Koalitionsparteien stehen mit völlig leeren Händen da. Irgendwelche gesetzgeberische Tätigkeit, die den breiten Massen der Bevölkerung genützt hätte, haben die schwarzrotgoldenen Koalitionsbrüder nicht zustande gebracht. Für die Hohenzollern, Junker und Pfaffen freilich hatten sie stets eine offene Hand.

Jetzt macht die Koalition den Versuch, noch irgendein wichtiges Gesetz zustande zu bringen. Deshalb ist erneut die Landgemeindeordnung auf die Tagesordnung des Landtages gesetzt worden. Der Entwurf vom Jahre 1920 ist durch die bürgerliche Mehrheit, die das Koalitionszentrum herstellte, und durch die dauernde Nachgiebigkeit der Sozialdemokraten so verschlechtert worden, daß die Ausschußbeschlüsse sich fast nicht mehr von der bisherigen reaktionären Fassung der Landgemeindeordnung unterschieden.

Es handelt sich um eine fortgesetzte Beratung. Anfang Juli hatten die Oppositionsparteien dem Koalitions-Bastard von Landgemeindeordnung bereits den Todesstoß gegeben. Die wesentlichen Punkte — insbesondere die Bestimmungen über die Auflösung der Gutsbezirke — hatte die kommunistische Fraktion in einem besonderen Antrage als Novelle zur Landgemeindeordnung eingebracht. Vor kurzem wollte im Aeltesten-Ausschuß der Sozialdemokrat (Haas) die Rechtsparteien für die Annahme der Koalitionsbeschlüsse gefügig machen, indem er damit drohte, daß beim weiteren Scheitern der Verhandlungen über die gesamte Landgemeindeordnung die Koalitionsparteien

den kommunistischen Antrag über die Auflösung der Gutsbezirke

beraten und verabschieden würden. Auf Deutschnationale, Volkspartei, Wirtschaftspartei scheint diese sozialdemokratische „Drohung" nicht den mindesten Eindruck gemacht zu haben. Sie setzten am Donnerstag im Landtage ihre Obstruktionspolitik fort. Ob sie in die Courage der schwarzrotgoldenen Herrschaften Zweifel setzen?! Sie beantragten jedenfalls bei den Abstimmungen namentliches Verfahren, entfernten sich aber der Stimme und führten die Beschlußunfähigkeit des Landtages herbei. Schließlich hielt der Volksparteiler v. Ennern von 2 bis 3 Uhr eine Obstruktionsrede zum § 4. Nachdem Genosse Kilian ausführlich die Unhaltbarkeit der Koalitionsbeschlüsse zum Eingemeindungsverfahren nachgewiesen und die Vorschläge der Fraktion begründet hatte, wurde die Beratung abgebrochen. Am Freitag wird um 2 Uhr nochmals über den grundlegenden § 2 namentlich abgestimmt, wobei sich sicher wieder die Beschlußunfähigkeit des Landtags ergeben wird. Man darf annehmen, daß nach diesem neuen Reinfall der Koalitionsbrüder die Landgemeindeordnung in diesem Landtag endgültig begraben ist.

In einer Geschäftsordnungsdebatte über den Vorschlag des Aeltesten-Ausschusses, die entscheidende Abstimmung zu § 1 Freitag 2 Uhr vorzunehmen, hatte die kommunistische Fraktion Gelegenheit, durch den Genossen Kilian ihren Standpunkt gegen die Verabschiedung des durch und durch reaktionären Gesetzentwurfes darzulegen.

Die Sozialdemokratie, die bei der Sommerberatung noch große Töne gegen unsere Genossen redeten, waren mucksmäuschenstill. Nur Herr Siering, der verflossene Handelsminister, dokumentierte durch einen Zuruf, daß die Parteivorstands-Heilmann-Clique in der sozialdemokratischen Fraktion des Landtags auch nach den Neuwahlen die arbeiterfeindliche, vollkommen unfruchtbare Koalitionspolitik mit den Bürgerlichen im Interesse der Bourgeoisie fortzusetzen gedenkt.

Die Lage ist also klar: **die kommunalen Grundgesetze für Preußen, Städte- und Landgemeindeordnung, werden zu einem der wichtigsten Kampfobjekte im bevorstehenden preußischen Wahlkampfe werden.**

(Die Meldung, daß der Entwurf endgültig fallen gelassen wurde, brachten wir bereits.)

Das wahre Gesicht des Zentrum.

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 6. Dezember.

In Münster hielt gestern der christliche Gewerkschaftsführer Siegerwald eine Rede, in der er sich scharf gegen die unteren und mittleren Beamten wandte: „Die Reichsregierung hat weder nach innen noch nach außen die Folgen ihrer Beamtenbesoldungsaktion ausreichend übersehen. Die Ländergemeinden, die Dawes-Bahn und Reichspost könnten Erhöhungen der Beamtengehälter nicht ohne Steuer- und Tarifserhöhungen ertragen. A fortdem müßte dann auch eine Erhöhung der Invalidenrenten und Bezüge der Angestelltenversicherung erfolgen." Indem Siegerwald verlangt, „daß man möglichst keine Lohnbewegungen größeren Stiles auslösen soll und mehr Rücksicht auf die wirtschaftspolitischen Folgen solcher Kämpfe" fordert, bekundet der christliche Gewerkschaftsführer seine Uebereinstimmung mit den großindustriellen Scharfmachern und ihrer Bürgerblock-Regierung.

Gewerkschaftserfolge der KPD. bei den Ortsverwaltungswahlen

Ueberall setzen jetzt die Ortsverwaltungswahlen in den einzelnen Gewerkschaften ein. Den Reformisten scheint es dabei übel zu ergehen. Besonders im Bergarbeiterverband gibt die Mitgliedschaft den verräterischen und zaudernden Führern eine unzweideutige Antwort auf ihr Verhalten. Gestern berichteten wir von einer schweren Niederlage der Reformisten im Bergarbeiterverband in Tipsendorf.

Am Sonntag fand in Eisleben die Ortsverwaltungswahl des BVB. statt, zu der die Reformisten alle möglichen Anstrengungen gemacht hatten, um die Mehrheit zu erobern. Das Resultat ist eine vernichtende Niederlage der SPD. Die gesamte Ortsverwaltung wurde vom kommunistischen Kollegen besetzt. Die SPD. erhielt noch nicht die Hälfte der für uns abgegebenen Stimmen.

Wie uns erst jetzt bekannt wird, gelang es auch in Hohenmölsen im BVB. den Einfluß der Kommunisten sehr gut zu erweitern.

In der Generalversammlung des Steinarbeiterverbandes, Ortsverwaltung Halle, wurde die bisherige kommunistische Verwaltung wiedergewählt.

Diese Erfolge zeigen uns einmal, daß die Arbeiterschaft mehr und mehr erkennt, daß nur durch eine revolutionäre Führung der freien Gewerkschaften eine Aenderung der bisherigen falschen arbeitsgemeinschaftlichen Politik herbeigeführt werden kann. Zum anderen müssen die bisherigen Resultate ein Ansporn sein mehr wie bisher in den Gewerkschaften zur Eroberung derselben für den Klassenkampf tätig zu sein.

Die Kommunisten im Landtag gegen die Hungeroffensive

Der christliche Gewerkschaftssekretär Jaletzki deckt die Provokation der Großausbeuter

Die deutschen Schwerindustriellen haben für den 1. Januar 1928 die Schließung sämtlicher Werke der Großeisenindustrie und Eisenhütten, d. h. die Aussperrung Hunderttausender von Arbeitern angekündigt. Die unmittelbare Veranlassung dazu gab den schwerindustriellen Ausbeutern die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 16. Juli, wonach auf Grund des sog. Arbeitszeitnotgesetzes ein Teil der Schwerarbeiter in den Stahlwerken, Walzwerken und anderen Anlagen der Großeisenindustrie den Achtstundentag und die dreigeteilte Schicht erhalten sollen.

Wenn sich das Arbeitsministerium des Bürgerblocks genötigt sah, die erwähnte Verordnung zu erlassen, so einerseits deshalb, weil infolge der menschenunwürdigen Bedingungen, unter denen die Arbeiter in der Schwerindustrie arbeiten müssen und insbesondere infolge der 12-Stundenschicht die Zahl der Unglücksfälle und die Krankenziffern so gestiegen sind, daß es durch keine noch so jesuitische Wortdrechselei mehr gerechtfertigt werden kann.

Die schwerindustriellen Großausbeuter hingegen wollen durch ihre Stillegungsoffensive die Aufrechterhaltung der 12stündigen Ausbeutungsschicht erpressen, mit dem Hinweis auf den Artikel 3 der Verordnung, in der es heißt:

„daß der Reichsarbeitsminister das Inkrafttreten nach Anhören der obersten Landesbehörde auf bestimmte Zeit hinausschieben kann."

Um eine zwingende Bestimmung zu schaffen, und dem Reichsarbeitsminister des Bürgerblocks ein Zurückweichen vor den schwerindustriellen Erpressern unmöglich zu machen, hat die Kommunistische Landtagsfraktion am 3. Dezember im Landtag den Antrag eingebracht, von der Reichsregierung zu verlangen, daß dieser Passus der Verordnung gestrichen wird und eine Verordnung zu erlassen, nach der alle in der Schwerindustrie beschäftigten Arbeiter ohne Ausnahme ab. 1. Januar den Achtstundentag erhalten. Zu Beginn der Landtagssitzung am Montag stellte

Genosse Schubert

den Geschäftsordnungsantrag, den kommunistischen Antrag angesichts der provokatorischen Ankündigung der Schwerindustriellen sofort als 1. Punkt der Tagesordnung zur Beratung zu stellen. Genosse Schubert wies darauf hin, daß dieselben Herren, die jetzt beim Reichsarbeitsministerium die Stillegung ihrer Werke beantragen, der werktätigen Bevölkerung 700 Millionen Mark Ruhrgelder aus der Tasche gestohlen haben. In der letzten Zeit mußten wir erfahren, daß der Gewerberat von Dortmund für die Hoesch-Betriebe eine Arbeitszeit von 18 bis 20 Stunden pro Tag zuließ (Hört, hört! b. d. Komm.), daß Arbeiter, die mittags 2 Uhr von der Schicht kamen, abends 10 Uhr wieder antreten mußten, um bis zum anderen Morgen 6 Uhr durchzuarbeiten. Auf eine Anfrage, die wir deshalb an die Staatsregierung richteten, bekamen wir von dieser Regierung der weimarischen Koalition die Antwort, daß sie dieses Verhalten des Gewerberates decke. Das, womit die Unternehmer die angekündigten Betriebsstillungen begründen, ist nicht nur eine ungeheuerliche Provokation, ist nicht nur, wie der „Vorwärts" zu sagen beliebt, eine Machtprobe und Kampfansage an den Staat, sondern eine Kampfansage gegen die gesamte Arbeiterklasse, auf die die Arbeiterklasse nur mit rücksichtslosestem Kampf antworten kann. (Bravo b. d. Komm.)

Genosse Pieck

unterstrich die Ausführungen des Genossen Schubert noch besonders durch Hinweis auf die Auslegungen, die der erpresserische Feldzug der Unternehmer durch Werksstillegungen eine Viertelmillion Arbeiter mit ihren Familien brotlos zu machen, zur Folge haben muß. Die Schwerindustriellen wollen durch ihren Erpresserfeldzug demonstrieren, daß sie und niemand anders regiert und daß der Bürgerblock nichts anderes ist als ihr Verwaltungsausschuß. Der Reichsarbeitsminister hat dem Trustkapital allerdings, wie der Pferdefuß seiner Verordnung zeigt, den Weg zu seinem Erpresserfeldzug geebnet. Gegen die Durchführung der Verordnung spricht gar nichts. Die Konjunktur größten Stils bringt ja den Unternehmern so große Profite, daß sie pro Kopf der in ihren Werken beschäftigten Arbeiter monatlich 5 Mark — in ihre Streikkasse gegen die Arbeiter zahlen können. (Hört, hört! b. d. Komm.) Es darf daher kein Hinausschieben des Inkrafttretens der Verordnung geben, sondern nur sofortige Durchführung der Verkürzung der Arbeitszeit. Die Antwort auf die freche Provokation der Schwerindustriellen kann nur sein: Unentgeltliche Enteignung der gesamten Schwerindustrie. Unverzügliche Durchführung des starren Achtstundentages. (Bravo b. d. Komm.)

Die sofortige Beratung des kommunistischen Antrages wurde durch Widerspruch, den namens des Zentrums der christliche Gewerkschaftssekretär Jaletzky, Reichsparteiausschußmitglied der Zentrumspartei, verhindert. Dieser christliche Auch-Gewerkschaftler bekundete damit offen, daß für das Zentrum und insbesondere auch für die Christlichen Gewerkschaften nur das Kommando der katholischen schwerindustriellen Ausbeuter Klöckner, Thyssen und Konsorten gilt.

Politische Randbemerkungen

Das „Volksblatt" bringt Weihnachtsmärchen

Es weiß etwas. O, etwas ganz Neues, noch Niedagewesenes. Also, hört, Ihr artigen Kinder. Es war einmal . . . eine „geheimnisvolle" Affäre! Da wollte ein kommunistischer Reichstagsabgeordneter einmal nach der Sowjetunion fahren. Bekam keinen Paß, weil er noch sechs Jahre Festung abzumachen hat. Er fährt mit falschem Namen, wird von den Spitzeln Grzesinskis, des sozialdemokratischen Polizeiministers, geknappt. Ergo — erzählt das „Volksblatt" muß ein Bolschewistenspitzel haben. Logik? Nein! Weihnachtsmärchen? Ja!

Dem „Volksblatt" ins Stammbuch . . .

Das Organ der Wiener Sozialdemokratie, der Wiener „Abend", bringt folgende Zeilen, deren Inhalt nicht nur die „Exzellenzen", sondern auch auf gewisse sozialdemokratische „Größen", die sich zur Erhöhung des Wertes ihrer „Persönlichkeit" mit viel Vornamen betitulieren, wie die Faust aufs Auge paßt. Das Verschen lautet:

Die entlarvten Schwindler.

Und als Litwinow mit wuchtiger Schwere
Die Forderung warf in den lauschenden Saal
„Die Festungen schleifet! Entlasset die Heere!"
Da staunten die glatten Herren zumal
Ob solch' verwegenen Worts Unerfangen,
Und Exzellenz sprach zu Exzellenz:
„Unglaublich! Wie kann man denn solches verlangen
Von einer — Abrüstungskonferenz!"

Eine völkische Forderung erfüllt . . .

Ueber die Zahl der bei Hugenberg beschäftigten Juden meldet ein Berliner Montagsblatt noch folgendes:

„Der Verlagsdirektor Philipp Goldschmidt eröffnet den Reigen im „Lokalanzeiger". In den Bezirken der Chefredaktion finden wir Herrn Siegfried Breslauer, 2. Vorsitzender des Vereins deutschnationaler Jugend; Herr Martin Proskauer leitet die illustrierten Beilagen des Verlags; Herr Pollaczek schreibt die Lokalchroniken der Berliner Nachtausgabe; im Gerichtsdienst tummelt sich Simson, früher Simonsohn; den lokalen Teil der Nachtausgabe leitet Herr Eugen Tannenbaum aus Wien, der „Eugen Tann" zeichnet; Herr Behrend ist Redakteur des „Lokalanzeigers", Herr Schönfeld ebenso; Frau Elsa Herzog leitet die Modebeilagen. In der Lokalredaktion des gleichen Blattes sitzt Herr Max Caro. Das wären bereits zehn Mann. Es kommen dann noch etliche hinzu."

So berichtet dieses Blatt und erinnert dann an eine Anekdote: Hugenberg gehörte bekanntlich dem „Regierungskomitee" an, daß im Frühjahr 1926 die nationale Diktatur errichten wollte. In der sogenannten „Notverfassung" dieser „Regierung" befand sich auch ein Absatz, der die Errichtung eines Judenkonzentrationslagers vorsah. Wir glauben alle Juden auf die fürchterliche Gefahr aufmerksam machen zu müssen, die ihnen bei einem Engagement im Hause Hugenberg droht . . . Unter uns: Er will hier die Idee der Judenkonzentrationslager verwirklichen . . .

Chamberlain pessimistisch

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" schreibt: Es heißt, daß Sir Austen Chamberlain nach Genf in einer weit weniger optimistischen Stimmung gereist ist, als bei früheren Gelegenheiten. Der Staatssekretär unterschätzt die ernsten und vielleicht unüberwindlichen Schwierigkeiten nicht, die einer baldigen und beruhigenden Regelung der wichtigsten internationalen Streitigkeiten im Wege zu stehen scheinen.

Die weit weniger optimistischen Stimmung Chamberlains ist durchaus verständlich. Währenddem die kapitalistischen Staatsmänner in den früheren „Abrüstungs"-Konferenzen unbehelligt blieben, wurde ihnen auf der letzten Genfer Konferenz das diplomatische Tochtermachtel unmöglich gemacht. Die konkreten Abrüstungsvorschläge der Vertreter der Sowjetunion bildeten die Ursache dieser Lohgerberstimmung nicht nur Chamberlains, sondern aller kapitalistischen Vertreter.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, dem eingebrachten sozialdemokratischen Mißtrauensvotum gegen die Regierung zuzustimmen, wegen deren Schulgesetz-, Finanz- und Reparationspolitik.

Im Bildungsausschuß wurde ein Beschluß angenommen, nach dem das Mitbestimmungsrecht der Eltern über die Umwandlung der Schulen ausgeschaltet ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271206-15/fragment/page=0002

Weitergeben!

Die Wahrheit über die Sowjetunion

Offener Brief an den Vorstand der SPD. und an die sozialdemokratischen Parteimitglieder

Die Sowjetunion — wir — und unser Parteivorstand

Vorbemerkung der Redaktion: Nachstehend drucken wir einen Brief sozialdemokratischer Rußland-Delegierter an den Parteivorstand der SPD. und die Sozialdemokratische Partei ab. Wir entnehmen diesen Brief der „Einheit", 2. Jahrgang, Heft Nr. 24. Die Schreiber des Briefes sind größtenteils seit Jahrzehnten in der Arbeiterbewegung tätig und gehören der SPD. seit längeren Jahren an, wie folgendes beweist: Jakob Schunk 1903, Friedrich Scheppmann seit 1903, Gustav Andrick seit 1906, Georg Hoffmann (Zschachwitz) seit 1911, Franz Mattern seit 1920, Josef Ridlewsky seit 1921, Alfred Goebeke seit 1924, Ernst Henning seit 1925.

Werte Parteigenossen!

Infolge der umstrittenen Einschätzung der russischen Verhältnisse in den Kreisen unserer Partei und insbesondere in ihren oberen Instanzen halten wir uns als Mitglieder der dritten deutschen Arbeiterdelegation für verpflichtet, Euch durch dieses Schreiben eine

wahrheitsgemäße Darstellung unserer Beobachtungen und Eindrücke

zu geben.

Selbstverständlich können wir in diesem Briefe keine erschöpfende Darstellung geben. Das zu tun, werden wir uns bei der Berichterstattung angelegen sein lassen. Wir behaupten auch nicht, daß wir nach unserer fünfwöchigen Reise in der Lage sind, all das Besondere und Merkwürdige in diesem Riesenlande zu würdigen und zu beurteilen. Aber über das Grundsätzliche, das, worauf es uns ankommt, glauben wir wohl informiert zu sein. Jedenfalls besser als diejenigen, die über Rußland vom Redakteurssessel aus alles Mögliche und Unmögliche schreiben, ohne jemals in Sowjet-Rußland gewesen zu sein, und deren Wissen sich nur aufbaut auf die von den emigrierten Menschewisten aufgestellten Behauptungen. Gerade diesen müssen wir die Fähigkeit, ein Urteil über Sowjet-Rußland zu fällen, absprechen, weil sie seitens seit 1917/18 nicht mehr in Sowjet-Rußland waren und weil sie zweitens das Werk der Bolschewisten nur mit vom Haß getrübten Augen betrachten. Seit 1918 ist dort eine so ungeheure Wandlung des Staates, der Wirtschaft und auch der Menschen erfolgt, daß die Außenstehenden, selbst wenn sie unvoreingenommen und guten Willens sind, in ihren Betrachtungen zu falschen Schlüssen kommen müssen.

Unser Studium in Sowjet-Rußland wurde jedoch erleichtert, indem wir die Berichte der englischen Gewerkschaftsdelegation, der beiden deutschen Arbeiterdelegationen, der Frauen und Jugendlichen, den Bericht der österreichischen Arbeiter und nicht zuletzt die Broschüre von Arthur Koch, Miesbach, zur Hand nahmen, um das Geschriebene an Ort und Stelle nachzuprüfen. Bevor wir unsere Wahrnehmungen niederschreiben, möchten wir einiges zu der Kritik sagen, auf die die Delegierten der ersten und zweiten Delegation bei ihrer Berichterstattung in Deutschland stießen.

Wir teilen diese Kritik nach drei Gesichtspunkten ein:

Der erste Einwand besagte, daß Arbeiter die Voraussetzungen für ein einwandfreies Studium nicht besitzen und somit auch nicht imstande seien, die soziale Struktur des Landes zu erfassen. Mit dürren Worten heißt das: das Studieren sozialer Verhältnisse in einem anderen Staat ist das Privileg einer Führerkliqe. Wir sind ganz anderer Ansicht und glauben, daß Arbeiter und gerade jene in erster Linie beurteilen können, ob die sozialen Verhältnisse in Sowjet-Rußland vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus gut und wünschenswert zu bezeichnen sind. Wir wollen jedoch noch darauf hinweisen, daß sich bei der dritten deutschen Arbeiterdelegation, ebenso wie bei den beiden vorhergehenden solche Arbeiter befinden, die seit Jahrzehnten als Funktionäre der Gewerkschaften und Partei tätig sind.

Die zweite Gruppe vermißt bei den Delegierten die Beherrschung der russischen Sprache. Hierzu bemerken wir, daß wir überall, in jedem Betrieb, in jeder Straße, überall wo wir waren, sich an uns herandrängende deutschsprechende Russen fanden. Aber auch mit den von den deutschen Kapitalisten (Thyssen) aus dem Ruhrgebiet angeworbenen deutschen Bergarbeitern nahmen wir Fühlung, um objektive Feststellungen machen zu können.

Schließlich wird immer wieder behauptet, daß die Bolschewisten den Delegierten Potemkinsche Dörfer vorgaukeln. Dazu sei gesagt, daß wir, die wir als Skeptiker mit kritischen Augen und Ohren die Verhältnisse betrachteten, uns nichts vormachen ließen. Derartige Versuche sind auch gar nicht unternommen worden. Wir waren stets bestrebt, notwendige Fragen in den Betrieben, in den Versammlungen möglichst nur durch parteilose Arbeiter und Arbeiterinnen beantworten zu lassen. Manchmal gingen wir in unseren kritischen Fragen so weit, daß bei den Gefragten große Empörung entstand. Beispielsweise in einer Versammlung in Baku, wo 85 Prozent der Versammelten parteilose Arbeiter waren, die sich, verletzt durch unsere Fragen, spontan empört von den Plätzen erhoben und lebhaft protestierten.

Werte Parteigenossen und -genossinnen!

Mit großer Genugtuung sahen wir, daß die Klasse, der wir angehören, in Sowjet-Rußland die Staatsmacht in Händen hat.

Wir haben erkannt, daß in Rußland durch die Diktatur der Arbeiter eine wirkliche und wahrhafte Demokratie geschaffen wurde.

Wir erkannten, daß die sowjetistische Staatsform von den breiten Massen getragen wird, die gar nichts anderes wollen.

Wir müssen bestätigen, daß das Lebensniveau der Arbeiter und Arbeiterinnen sich fortgesetzt hebt.

Wir müssen bestätigen, daß die größten Anstrengungen zur Mechanisierung der Wirtschaft gemacht werden und daß die Profiteurenden hierbei, im Gegensatz zu Deutschland, nur die arbeitenden Schichten sind.

Wir stellen fest, daß in Sowjet-Rußland die Fürsten anders als bei uns „abgefunden" wurden und daß sie dort keine politische Gefahr mehr für den Staat darstellen.

Wir bezeugen, daß wir in Sowjet-Rußland überall, wohin wir kamen, einen ungemein starken Friedenswillen bezeugten. So stark wie der Friedenswille, ist in diesem Arbeiter- und Bauernstaat das Bewußtsein über die Gefahren, die der USSR. von den imperialistischen Mächten drohen. Mit großer Genugtuung stellen wir fest, daß Sowjet-Rußland entschlossen ist, alles, was in seinen Kräften steht, einzusetzen, um seine Existenz, um die Errungenschaften der Revolution gegen alle Angriffe zu verteidigen.

Wir bestätigen, daß die in den Berichten der ersten und zweiten Delegation niedergelegten Feststellungen heute bereits allerwärts im positiven Sinne überholt sind.

Mit Abscheu wendet sich die Delegation von der Schmähschrift des Delegierten Arthur Koch, Miesbach, der, als er von der „Einheit" kein Geld bekommen konnte, es sich durch diese Sudelschrift verdiente.

Die Delegation machte es sich zur Pflicht, die in der Schmähschrift geschilderten Verhältnisse gewissenhaft nachzuprüfen. Sie ist zu dem Resultat gekommen, daß selten in einer Schrift

so viel Gemeinheiten und bewußte Lügen

zusammengetragen wurden, wie in dieser durch unsere Partei und teilweise gratis vertriebenen Broschüre. Es genügt wohl, wenn wir daran erinnern, daß dieses Pamphlet Kochs die lächerliche Behauptung enthält, in Rußland hätten die Arbeiter im Monat 30 fleischlose Tage!

Parteigenossen!

Wir fragen Euch, auf wen müssen die Parteiinstanzen mehr hören, auf Arthur Koch mit seiner zweijährigen Parteimitgliedschaft oder auf hunderte Parteimitglieder, die zum Teil auf eine 5-, 10-, 20-, 30-, sogar 32jährige Parteizugehörigkeit zurückblicken können?

Wir fragen weiter: „Welche Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß Arthur Koch als einzelner die Wahrheit spricht und hundert langjährige Mitglieder und Funktionäre der Partei lügen?"

Warum, fragen wir, wurden Parteigenossen, die nach bester Ueberzeugung Gutes über Sowjet-Rußland berichteten, von den Parteiinstanzen vielfach scheel angesehen?

Wollen die Parteiinstanzen durchaus, daß es dem proletarischen Rußland schlecht ergeht?

Wir lassen diese Frage offen. Aber nachdem wir gesehen haben, wie man uns die Reise nach der USSR. verübelte, drängt es uns noch zu fragen: Wären wir dann wieder gute Genossen, wenn wir die russischen Verhältnisse so darstellten wie Arthur Koch?

Wir werden dies aber, selbst auf die Gefahr Eures Mißfallens, nicht tun, weil wir die Tatsachen nicht auf den Kopf stellen und die Wahrheit nicht in Lüge verwandeln wollen.

Parteigenossen und -genossinnen!

Weil wir Sozialisten sind, weil wir in Rußland sahen, daß die Arbeiterklasse den Sozialismus schaffen kann, rufen wir Euch zu:

„Laßt uns nicht noch weiter schuldig werden!"

Geben wir es doch zu und seien wir dessen froh, daß die Bolschewisten als erste den Mut fanden, von der Theorie in die Praxis zu steigen. Wir glauben, unsere Partei wie die Arbeiterklasse hat allen Grund, aus dem gewaltigen russischen Beispiel Mut, Selbstvertrauen, Kühnheit und abermals Kühnheit zu schöpfen.

Oder, Genossen, soll es so bleiben, daß die Parteimitglieder die Oberhand behalten, die an der Verwirklichung des Sozialismus kein Interesse mehr haben, weil der Sozialismus ihnen nicht mehr bringen kann, als sie schon haben, vielleicht ihnen sogar etwas nehmen müßte?

Genossen, Arbeitsbrüder, Arbeitsschwestern!

Soll es ein Verbrechen sein,

wenn wir der Wahrheit entsprechend erzählen, daß in Rußland der Achtstundentag nicht auf dem Papier, sondern in der Wirklichkeit besteht?

Ist es ein Verbrechen, die Tatsache zu vermitteln, daß für Kohlenhauer die sechsstündige Schichtzeit gilt, daß Jugendliche von 14 bis 16 Jahren nicht länger als vier Stunden, von 16 bis 18 Jahren nicht länger als sechs Stunden arbeiten dürfen?

Ist es ein Verbrechen, mitzuteilen, daß der von den kapitalistischen Mächten bedrohte, von den Bankiers boykottierte Staat sich bereits anschickt, den Siebenstundentag zu verwirklichen?

Es kann doch kein Verbrechen sein, den deutschen Parteigenossen und Arbeitern zur Kenntnis zu bringen,

daß in Rußland jugendliche Arbeiter von 14 bis 18 Jahren vier Wochen Urlaub erhalten,

daß dort das Urlaubsminimum 14 Tage beträgt

und daß bei Erteilung des Urlaubs nicht die Berufsjahre entscheiden, sondern die Berufsart, d. h. die Schwere der Arbeit oder die Gesundheitsschädlichkeit des Berufes, und

daß für letztgenannte eine Steigerung des Urlaubs von drei, vier bis sechs Wochen erfolgt?

Genossen! Ist es mit den Pflichten eines Parteimitgliedes unvereinbar, die Wahrheit zu verbreiten, daß in den Palästen der entschädigungslos enteigneten Fürsten und Potentaten, in den Badeorten Rußlands, die Arbeiter und Arbeiterinnen als Rekonvaleszenten ihren Urlaub verbringen, bei Fortzahlung des Lohnes und freier Verpflegung?

Wir fragen Euch: In welchem Staate der Welt gewährt man schwangeren Arbeiterinnen zwei Monate vor und zwei Monate nach der Entbindung Urlaub mit vollem Lohn?

Wo gestattet man stillenden Frauen, acht Monate nach der Entbindung fortlaufend eine Extrazulage von einem Viertel des Lohnes?

Wo erhalten die proletarischen Mütter am Tage der Geburt eine vollständige Säuglingsausstattung?

Nur im Arbeiterstaat Rußland!

Und die Feststellung dieser Tatsache soll für Sozialisten ein Verbrechen sein? Wir fragen Euch: ist das richtig?, und fragen weiter:

In welchem Staat erhalten die höchsten Staatsleute ein Maximum von 210 bzw. 225 Rubel — das sind 480 Mark?

Wo befindet sich in jedem Betrieb ein roter Direktor neben dem technischen, der der Belegschaft berichtspflichtig ist?

Wo ein Betriebsrat, ohne dessen Zustimmung keiner eingestellt und keiner entlassen werden kann?

An welchen Universitäten sind die Studierenden 70 Prozent Arbeiter und Bauern, die, entsprechend ihrer Eignung, aus dem Betrieb herausgezogen werden?

In Rußland!

Im vollen Bewußtsein unserer Verantwortung behaupten wir, daß in keinem Gebiete Deutschlands so viele nach modernen Grundsätzen ausgeführte Arbeitersiedlungswohnungen gebaut werden wie in Rußland, und die zum Teil mietefrei oder gegen eine sehr niedrige, der Höhe des Lohnes entsprechende Miete den Arbeitern zur Verfügung stehen?

In welchem Staat befinden sich in den ehemaligen Palästen und Villen der Reichen die Lokalitäten der Arbeiterklubs, wo die Arbeiter Erholung, Bildung, Unterhaltung, Freude, Kunst usw. unentgeltlich finden?

Parteigenossen! Die Verkündung dieser von uns als Wahrheit erkannten Tatsachen und deren Verbreitung kann doch unmöglich etwas Schlimmes sein!

In welchem Staat der Welt werden die nationalen Eigenheiten der verschiedenen Völker respektiert, wo wird den nationalen Minderheiten die Pflege der eigenen Sprache gesichert, wird ihnen ein eigenes Kultur- und Kunstleben ermöglicht?

Nur in Rußland!

Welcher Staat hat eine wirkliche Volksarmee, die nicht imperialistischen Angriffskriegen dient, sondern nur zur Verteidigung, zum Schutze des wirtschaftlichen und politischen Aufbaues?

In welcher Armee ist das Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften so kameradschaftlich wie in der Roten in Rußland? Wohl herrscht während des Dienstes strenge Disziplin, aber die in den kapitalistischen Armeen unvermeidliche Kasten- und Klassenscheidung ist in der Roten Armee gänzlich unbekannt.

In Rußland besteht das Anrecht der schwangeren Frauen auf ärztlichen, operativen Eingriff, der unentgeltlich in den Entbindungsanstalten vorgenommen wird.

In Rußland erfährt auch der Sport der arbeitenden Schichten die besondere Förderung und Unterstützung von seiten des Staates.

Parteigenossen! Warum soll all dies den Arbeitern in Deutschland nicht mitgeteilt werden?

Etwa weil Sowjet-Rußland das Land der proletarischen Diktatur ist? Allerdings herrscht in Rußland die Diktatur des Proletariats, und wenn wir auch als Sozialdemokraten darüber anders denken, so mußten wir doch anerkennen, daß das Volk diese Staatsform wünscht, dazu steht und sie liebt. Und wir glauben, nachdem wir uns in der USSR. ein wenig umgesehen haben, daß es dazu auch wirklich alle Veranlassung hat.

Erwähnen wollen wir noch, daß in Rußland auch etwa 10½ Millionen Arbeiter freiwillig Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisationen sind. Und wir sagen es Euch ganz offen, wir werden nachdrücklich dafür eintreten, daß die deutschen Gewerkschaftskollegen diese Riesenkraft nicht abstoßen, sondern anziehen, daß sie bereit sind, mit unseren siegreichen russischen Klassengenossen

das engste Kampfbündnis zur Erleichterung unseres eigenen Befreiungskampfes

herzustellen.

Parteigenossen! Wenn das alles Verbrechen und Sünden wider den Parteigeist sein sollen, so müssen wir uns schuldig bekennen. Wir glauben aber, daß eine solche Einstellung letzten Endes der Partei zum Unheil werden müßte.

Noch eins Genossen! Auf Grund unserer Kenntnis der Dinge und Menschen in Rußland und Westeuropa sagen wir, daß das deutsche Proletariat, wenn es nicht gegen sein eigen Fleisch und Blut wüten will, einen Krieg gegen Rußland nicht dulden darf und mit allen Mitteln verhindern muß. Das haben wir klar erkannt: wenn die einzige proletarische Festung der Arbeiter fällt, fällt auch das westeuropäische Proletariat, ja das Proletariat der ganzen Welt um eine große Stufe herab. Aus dieser Erkenntnis verlangen wir, daß sich unsere Partei klar und eindeutig nach Osten orientiert und sich

für die internationale Gewerkschaftseinheit mit Einschluß der russischen Gewerkschaften

einsetzt.

Parteigenossen und -genossinnen! Hier in Rußland ist es uns mit wehem Herzen so recht zum Bewußtsein gekommen,

wie weit unsere Partei vom Boden des Klassenkampfes, von den Lehren unserer Altmeister Marx und Engels abgekommen ist.

Unsere Führer sprechen ohne Haß und Leidenschaft über die täglich sich steigernde Machtfülle der Kapitalisten. Es gibt Führer, die aufs engste befreundet sind mit den Vertretern der bourgeoisen Klasse, die nur Hohn und Spott für uns übrig hat. Wir sehen, wie in Deutschland trotz gesteigerter Intensität und Produktivität der Arbeit der Lebensstandard des Proletariats sinkt. Wir sehen hierzulande die hoffnungslose Lage der Armen, die sich ausdrückt in einer noch nie dagewesenen Zahl von Selbstmorden, hervorgerufen durch Hunger, Jammer und Elend.

Man bleibt in unserer Partei bei diesen Feststellungen ruhig und gelassen. Man regt sich nicht auf über die merkwürdige Entwicklung und die sonderbaren Früchte der Demokratie, man bleibt gleichgültig, wenn ein Renegat mit wehenden Fahnen ins bürgerliche Lager übergeht; aber welche Aufregung entsteht, wenn ein Arbeiter, der sich an Ort und Stelle überzeugte, etwas Gutes über Rußland spricht. Es scheint, daß alle Abweichungen hervorragender Persönlichkeiten nach rechts von der Partei erlaubt und geduldet, mindestens aber stillschweigend geduldet werden; aber wehe dem Arbeiter, der es wagt, einen Schritt nach links zu gehen, doppelt wehe, wenn er das System der Russen gutheißt.

Warum, Parteigenossen, ist dies so?

Ist es vielleicht deshalb so, weil die Partei, wenn sie die Richtigkeit des bolschewistischen Systems anerkennt, damit auch die Unrichtigkeit ihrer Politik in den letzten zehn Jahren bestätigen müßte?

Genossen! Welche Gründe es auch sein mögen, die die Haltung unserer führenden Genossen bestimmen,

die Partei hat jedenfalls kein Recht,

vor geschichtlichen Tatsachen die Augen zu verschließen oder gar solche Mitglieder, die für das einstehen, was sie mit eigenen Augen gesehen und mit eigenen Ohren gehört haben, zu verdächtigen und zu bekämpfen.

Wir appellieren an alle Parteigenossen und -genossinnen im Reiche, uns bei der Verkündung der Wahrheit über den einzigen Arbeiterstaat der Welt behilflich zu sein. Wir verlangen freie Bahn für die Wahrheit.

Wir verlangen Objektivität gegenüber Sowjet-Rußland.

Wir verlangen Anerkennung dessen, was in Sowjet-Rußland für den Sozialismus geleistet wurde und geleistet wird.

Wir verlangen das Recht der freien Berichterstattung für die Mitglieder der Partei, die sich an der ersten, zweiten und dritten Delegation beteiligten.

Wir verlangen Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit zum Schutze gegen neue Kriege und zur Förderung des Aufstieges der Arbeiterschaft der ganzen Welt.

Mit sozialistischem Gruß!

Jakob Schunk, Friedrich Scheppmann, G. Andrick, Jos. Ridlewsky, F. Mattern, Ernst Henning, Alfred Goebeke, Georg Hoffmann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271206-15/fragment/page=0003

Der falsche Prinz

HARRY DOMELA W

Mein Leben und meine Abenteuer

Copyright 1927 by Malik-Verlag / Berlin 127

„Na, na", warf der Graf ein, „wenn Du nur ahntest, was Durchlaucht denkt." Ein anderer, der den Einwurf des Grafen überhört zu haben schien, fuhr dazwischen: „Meiningen hat ganz recht. Wir kommen schon von selbst in unsere Positionen, die ein für allemal für uns da sind. Wir übernehmen dazu einfach die bewährten Grundsätze, die Verwaltungsmaximen unserer Väter. Wir wollen von gar nichts anderm wissen. Wozu?! Wär' ja ausgemachter Blödsinn!" Wieder ein anderer äußerte: „Was gehn uns überhaupt die andern an. Was sie denken und treiben, ist uns Wurscht. Wir sind wir. Ueberhaupt noch darüber reden! Wir tun einfach, was wir gewohnt sind. Und damit basta!" Ueber diese Ansichten mußte ich nun doch den Kopf schütteln. „Na, na, meine Herren", konnte ich mir nicht verbeißen, „da fürchte ich, daß Sie die Zeichen der Zeit nicht verstehen. Mit diesen Maximen läßt sich ein Volk heute nicht mehr regieren." Verwundert sahen sie mich an. Die Lust zu weiteren Offenherzigkeiten schien ihnen damit genommen. Um so munterer ging jetzt die Kneipe weiter.

Die Gefäße wurden wieder gefüllt. Oefters wurde mir zugetrunken. „Durchlaucht, ich komme einen Ganzen!" sagte der Graf mit einer kleinen Verbeugung zu mir und trank sein ganzes Gefäß aus. Er erklärte mir die Trinksitten. Ein Gemäß bestand aus drei Quanten. Je nachdem jemand sein Gefäß ausleeren wollte, trank er dem andern zu und sagte hierbei: Ich komme einen Halben, einen Ganzen und so weiter. Jemand mit einem Ganzen zuzutrinken, galt als Zeichen besonderer Hochachtung. Der Zugetrunkene verbeugte sich ob der Ehre des Zutrinkens leicht und hatte nunmehr die Verpflichtung, jemand anderm zuzutrinken, und so fort in langer Reihe. Da aber auch andere von sich aus anfingen, im Kreise zuzutrinken, so entstanden die verschiedensten und endlosesten Ketten, ein tolles Durcheinander, was schließlich, da sich niemand des Zutrinkens erwehren konnte, in eine wilde Zecherei ausarten mußte. Die Füchse waren gehalten, aus riesigen Gemäßen Unmengen von Bier zu vertilgen. Immer wieder wurden sie „in die Kanne" geschickt. Gemsdorf nahm für sich sämtliche Gefäße von der Wand herab und begann wacker zu zechen. Das Bier troff ihm förmlich den Mund herunter. Unter vielem Geschmatz und kräftigem Rülpsen drückte er seine animalische Befriedigung über den Abend aus. Ich selbst ward aufgefordert, einem Riesenhorn, das etwa zwei Liter faßte, zuzusprechen; ich sollte es in einem Zuge austrinken. Aller Augen waren auf mich gerichtet, ob ich es auch fertigbringen würde. In diesem Augenblicke mußte ich unwillkürlich an mein Saufleben auf der Ziegelei und der Zuckerfabrik denken und konnte ein Lächeln kaum unterdrücken. Als ich das Kunststück doch fertiggebracht hatte, waren sie alle erstaunt und ich stieg noch mehr in ihrem Ansehen. Zwischendurch spielte die Hauskapelle die wüstesten Operettenschlager. Waren dies denn noch Studenten?! Ich hätte gedacht, hier einmal ein Studentenlied zu hören, einen Kantus, wie ihn in München die Turnerschaft zu singen pflegte, aber nichts von alledem. Als ich dem Grafen meine Verwunderung darüber äußerte, erwiderte er: „Ach, das überlassen wir den Burschenschaftern und andern romantisch veranlagten Jünglingen; so etwas ist hier nicht mehr zeitgemäß." Als die Stimmung infolge des gegenseitigen Zutrinkens und des Ulks, der dabei getrieben wurde, höher und höher stieg, stellten sich die Füchse in Reih'und Glied auf und fingen an, im Sprechchor einen Vers herzusagen, der die gemeinsten Zoten enthielt. Sie beteten den Vers monoton herunter, einen ellenlangen Schmutz. Als sie damit fertig waren, mußten sie mit einem Gemäß Bier diesen Dreck begießen. Ich war wütend. Ich verhehlte dem Grafen mein maßloses Erstaunen nicht. Ich sagte ihm rundheraus, daß ich darin eine bodenlose Geschmacklosigkeit sähe. „Sehn Sie sich doch nur den jungen Reisleben an! Der Bengel ist ja über und über rot geworden." Abweisend entgegnete jedoch der Graf: „Das ist mir der Richtige! Der hat's faustdick hinter den Ohren. Und im übrigen, warum sollte er's als Fuchs besser haben, als ich es gehabt habe. Unter dem Grafen Bl.-H. hatten die Füchse es viel, viel schlimmer." Dies war jedesmal sein Refrain, wenn ich mich mit ihm über die rohe Behandlung der Füchse unterhielt. „Den jungen Leuten müssen erst die dicken Rosinen aus dem Kopf getrieben werden", äußerte er mehrfach, „sie müssen sich erst richtig benehmen lernen." Wie sie sich zu benehmen hatten, hatte ich eben zu meinem Entsetzen beobachtet. Um auf ein anderes Gesprächsthema zu kommen, frate ich ihn, ob sich Graf Bl.-H., den er eben erwähnt hatte, nicht im vorigen Winter in Potsdam aufgehalten habe. Als er es mir bestätigte, äußerte ich: „Na, dann kenne ich ihn ja." Darauf fragte der Graf mich: „Dann kennen Durchlaucht auch den jungen Baron A.?" — „Gewiß!" Den kannte ich schon mehr als gut: ein Windhund, sonst aber ein prächtiger Junge. Nun stellte sich heraus, daß eine Reihe Saxo-Borussen mit dem jungen Baron auf der Ritterakademie in Liegnitz zusammengewesen waren. So nützten meine Kenntnisse von Persönlichkeiten und Umständen mir immer wieder; auch nicht der geringste Verdacht an meiner Prinzenrolle kam auf

Die Kneipe ging weiter und das Saufen wurde immer unheimlicher. Auf einmal faßte mich Gemsdorf unter den Arm und sagte: „So, Prinz, jetzt müssen Sie kotzen lernen. Reisleben, anschwirren! Zum Kotzen!" Darauf goß Reisleben noch rasch einen Liter Bier hinunter. Wir verfügten uns in ein Nebenzimmer, das eigens für diese Zwecke eingerichtet war. Der Beau folgte in das Lokal für die Bierleichen, dessen ganze Einrichtung aus einer harten Pritsche bestand. Als einziger Schmuck hing ein Schild von der Decke, auf dem zu lesen war: „Hier hat Goethe mit Vorliebe, sinnend und dichtend, in den Herbsttagen des Jahres 1814 bis 1815 geweilt." Als Gemsdorf meine Verwunderung darüber merkte, sagte er stolz: „Ja, alte Sufftrophäe oben vom Schloß." Der junge Reisleben begann jetzt zu kotzen. Ich versuchte es vergebens. Gemsdorf kommandierte: „Eins, zwei, drei, fertig! Los!" Reisleben netzte noch rasch zwei Finger unter der Wasserleitung, steckte sie in den Mund und mit affenartiger Geschwindigkeit hatte er es fertiggebracht. Der Anblick war derartig, daß ich selbst gar keinen Versuch mehr unternahm. Der Beau machte jetzt alle Anstrengungen, mich zu animieren. Mit einem Blick auf die Bescherung, die Reisleben hinterlassen hatte, äußerte er etwas so Ekelhaftes, daß mir alles rundging. Doch auch jetzt erreichte er nicht sein Ziel. Als ich hinausgehen wollte, sagte Gemsdorf mit einem Blick auf das Lokal, in dem die Pritsche stand: „Heut wird auch nun gar nicht gesoffen. Graf legt Wert auf Haltung und guten Ton. Schande, daß Durchlaucht keine Bierleiche sehn. Sobald Aas Geist ausjibt und vom Stuhl kippt, wird's an de Beene gepackt und hier 'ringeschleppt. Ganzer Fuchsenstall hebt sich und singt Choral, na, Durchlaucht wissen ja . . . „Jesus, meine Zuversicht" . . „Ach bleib mit Deiner Gnade"." Als ich zurückkam, wurde ich allgemein bemitleidet, daß ich den ganzen Salat im Magen behalten hatte.

Eine dicke, dumpfe, stickige Atmosphäre lag jetzt über allem. Die Füchse verabschiedeten sich nach einiger Zeit, als das Faß leergetrunken war. Sie schwirrten alle bis auf den jungen Reisleben ab, auf den heute sozusagen alles niederprasseln sollte. Die Beine krampfhaft ums Stuhlbein geschlungen, saß er vor seinem Klavier und hatte sich apathisch in sein Schicksal ergeben. Ein Bild des Jammers! Mit geschlossenen Augen gegen die Anfechtungen seines Magens ankämpfend, trommelte er nur so auf dem Klavier herum. „Gott sei Dank, daß diese Scheißkerls, die Füchse, weg sind!" polterte Gemsdorf, „jetzt kann doch ein vernünftiger Mensch mal wieder ein vernünftiges Wort reden. In Gegenwart dieser Lümmels muß man ja aufpassen wie in einem Mädchenpensionat." Auch Graf Rotdorn wurde jetzt animierter. Wir waren zu schwerem Rheinwein übergegangen. Auch der Graf verlangte nun nach Musik und rief nach Puccinis „Wie eiskalt ist dies Händchen . . ." Der junge Reisleben rutschte darauf mit ein paar Passagen über das Klavier herauf und herunter, so daß es mir kalt über den Rücken lief, war aber gleich wieder im „Lieben Augustin", so daß Gemsdorf vor Freude geradezu wieherte. Wir waren bald vollkommen besoffen. Dieser schwere Rheinwein war ja fürchterlich! Das Zimmer um mich herum begann sich zu drehen, zu kreisen wie ein Karussell. In welche Ecke ich auch sah, immer saß jemand da, der den „Lieben Augustin" sang, immer diesen fürchterlichen Augustin. Die Gesichter blöken mich an. Die grölenden Stimmen brandeten dumpf und verwirrend an mein Ohr. Gestalten mit einknickenden Beinen tasteten sich die Wände entlang. Das Zimmer wurde immer dunstiger. Unausgesetzt wimmerte das Klavier den „Lieben Augustin". Dazwischen schwirrten und tobten menschenähnliche Laute. Ein paar Diener tauchten auf einmal irgendwo aus dem Dunkel auf, stülpten mir eine Mütze auf den Kopf, es hob und senkte sich, von ein paar Armen gehalten, ging es im Gleitflug die Treppe hinunter. Mäntel flatterten um mich her. Ich sank in einen Sitz. Türen knallien, Hupensignale . . . Mit dem ganzen Spuk in Nacht und Nebel ab.

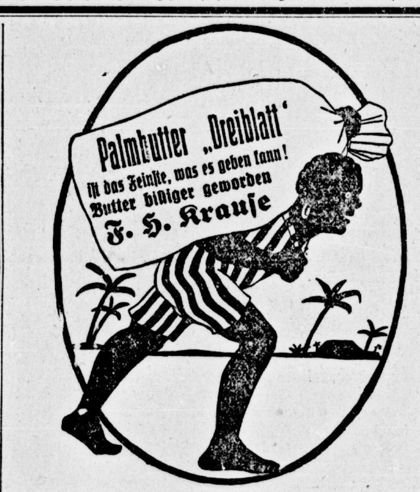
(Fortsetzung folgt.)

Mäntel

Herren-Loden-, Gummi-, Herbst- u. Wintermäntel, Anzüge f. Sport, Straße u. Abend, Windjacken, Damenmäntel u. Schuhe u. Stiefel liefern wir **5 Tage zur Probe** mit bedingungslosem Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen, um Güte u. Preiswürdigk. unbeeinflußt prüfen zu lassen. b. angem. Anz. gegen bequ. Wochenzahlung. von nur G.-M. **1.-** an. Verl. Sie sof. illustr. Prospekt mit Preisliste gratis u. frei. **Walter H. Gartz, Berlin S 42, Postfach** 1194 M. In Berlin Besuch erbeten Alexandrinenstr. 97. Zweigniederl. in Köln, Friesenplatz 16.

Stadt-Theater

Heute 3592 Dienstag 20 Uhr **Zwölftausend**
Mittwoch 15 Uhr **Aschenbrödel**
Mittwoch 20 Uhr **Oberon**



Schönstes Festgeschenk
ist eine gutgehende **Uhr**
Alfred Koch Uhren, Gold- u. Silberwaren
7 Landwehrstraße 7
Ansichtspostkarten empf. die Volksbuchhandlungen

KAYSER-Nähmaschinen
Vollendetes Fabrikat. Günstige Preise. Zahlungserleichterungen. Prospekt gratis
Alfred Herrmann Lutherstadt Wittenberg Poststraße 14

Auf Teilzahlung liefern wir **Konfektion**
Herren-Anzüge | Damen-Mäntel
Herren-Mäntel | Damen-Kleider
Herren-Schuhe | Damen-Schuhe
An- und abzahlung ganz nach Wunsch des Käufers
Warenkreditgeschäft „Merkur" GmbH.
Halle a. S. Gr. Ulrichstraße 4/5, I
2 Sonntage vor Weihnachten geöffnet!

Portemonnaies
la. Leder 689 sehr billig
Hugo Krasemann Nur Schmeerstr. 19 Lederwaren-Haus

Kinder-Klappstuhl, Christbaumständer, Puppenbettu. versch. kleine Spielsachen für 12 Mk. z. verk. Wanke, Saalberg 19

Damentaschen
la. Leder 466 sehr billig
Hugo Krasemann Nur Schmeerstr. 19 Lederwaren-Haus

Walhalla
Täglich 8 Uhr
Das Schönste, was Halle je gesehen!
Die lachende Revue: **Freut Euch des Lebens** in 22 wundervollen Bildern 3591
50 Mitwirkende

Uhren und Goldwaren Trauringe gut und billig
Gottfried Schraut Schmeerstraße 4

Junger Arbeiter sucht Schlafstelle bei Gen. Nähe Merseburg. Str. Offerten unter Nr. 3589 a. d. Verlag ds. Ztg.

Werbt für die „Rote Hilfe"

E. W. Quarg, Weißenfels
Inhaber: Hugo Quarg, Schneidermeister
Das älteste Fachgeschäft für Herren-Bekleidung am Platze
Gegründet 1869 Jüdenstraße 23
Moderne Herren-Konfektion
Erstklassige Maß-Schneiderei
Berufs-Bekleidungen
Turn- und Sport-Bekleidungen
Herren-Artikel
Mützen 3508
Wiedereröffnung heute Dienstag, den 6. Dezbr.

Farben, Lacke

Den vielen Wünschen unserer verehrten Kundschaft gerecht zu werden und um schneller und angenehmer bedienen zu können, haben wir ein

Stadtgeschäft
Gr. Märkerstr. 6 .·. Nähe Markt
eröffnet

Sie werden von Fachleuten korrekt, sachgemäß und preiswert bedient. — Um allseitiges weiteres Wohlwollen und Vertrauen bitten

MAASS & LIPPER
Herrenstraße 11 Große Märkerstraße 6
Fernsprecher 24703

Kammerlichtspiele Merseburg
Vollständig neues Programm — 3 lustige Tage
Ein neuer Beweis unserer unübertrefflichen Darbietungen: **Hermann Picha**, Harry Liedke, Xenia Desni und ein ganzer Stab der prominentesten Darsteller in dem entzückendsten deutschen Großfilm, der den Welterfolg der „Försterchristel" noch übertreffen wird!
Ein Mädel aus dem Volke
Kaiser Joseph und die Schusterstochter!
Ein Volksstück, ein filmhistorisches Meisterwerk. Der Roman einer kleinen Schusterstochter
Wie überall wird auch dieser Film für Merseburg ein Ereignis sein
Infolge seines hohen künstlerischen Wertes wurde dieser Film auch für Jugendliche freigegeben!
Dazu:
2 tolle Lustspiele sowie die neueste Opel-Wochenschau
Sonntag 2 Uhr gr. Kindervorstellung mit Ein Mädel aus dem Volke

Spielsachen billig bei **Carl Kölbel** Zeitz, Wendischestr. 34 685

Weihnachtsbäume

prima **Tannen** und **Fichten** 3506 in größter Auswahl empfiehlt zu billigsten Preisen
Ernst Räthel, Weißenfels
Stand am Konsum Saalstraße Saalstraße

Werbt Leser für unsere Presse!

Operetten-Theater Wittenberg (Balzers Festsäle)
Eröffnungs-Vorstellung
Dienstag, den 6. Dez. 1927, abends 8 Uhr (Kassenöffnung 7 Uhr) 634
„Der Vogelhändler" (Operette in 3 Akten von Zeller)
Nächste Vorstellung: Freitag, den 9. Dez. **„Der Vogelhändler"**
Großes Orchester! — Das Stadtorchester! (Keine Klavierbesetzung)
Vorverkauf: bei Lauterbach
Preise: 2,— 1,45 1,15 0,85
Abendkasse: 2,35 1,75 1,45 1,15

Zu Weihnachtsgeschenken
empfehle in guten Qualitäten zu niedrigsten Preisen
Crêpe de chine glatt und gemustert
Crêpe Georgette, Crêpella, Taftet, Veloutine, Eolienne, Waschseide herrliche Farben
Samt schwarz und farbig
Waschsamt glatt und bedruckt
Popeline doppeltbreit, . Meter 2,90 2,25
Popeline 100 cm breit . Meter 4,50 3,50
Rips 130 cm . . . . Meter 5,45
Mantelstoffe reine Wolle 140—150 cm breit . . Meter 5,50 4,90 4,50
Herrenstoffe, Ulsterstoffe
Rich. Kläbe Nachf., Rich. Meinhard, Weißenfels Leipziger Straße 11 Leipziger Straße 11
Lest u. werbt für den Klassenkampf

Wo speise ich gut und billig im Volkspark?
Burgstraße 27 Tel. 21107

Mützen
Regatta- von 2,50 an
Sport- von 1,— an
Matrosen- von 2,— an
Leder- von 6,50 an
Schüler- von 3,50 an
Liebreich „Magazin zum Pfau" An der Ulrichskirche Leipziger Straße 97

Konsumverein Glesien u. Umg. e. G. m. b. H.
Sonntag, den 11. Dezember 1927, nachmittags 2½ Uhr, im Gasthof Ennewitz
Außerordentliche Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Neuwahl von zwei Vorstandsmitgliedern und des Aufsichtsrates
2. Antrag der Mitglieder nach § 41 des Statuts
3. Verschiedenes 3509
Der Vorstand. Osw. Kirsche

Bekanntmachung

Mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde gelangen für das Steuerjahr 1927 zur Erhebung:

1. 240 Prozent Zuschlag zur staatlichen Grundvermögensteuer für den bebauten Grundbesitz und 250 Prozent Zuschlag zur staatlichen Grundvermögensteuer für den nicht rein landwirtschaftlich genutzten unbebauten Grundbesitz als Gemeindegrundsteuer,
2. 1000 Prozent Zuschlag zur Gewerbesteuer von der Lohnsumme = 1 Prozent der Lohnsumme als Lohnsummensteuer,
3. 525 Prozent der staatlichen Gewerbesteuergrundbeträge vom Gewerbeertrag als gewerbliche Ertragssteuer
   Von auswärtigen Betrieben, die in Halle eine Zweigstelle unterhalten, wird ein Zuschlag von 630 Prozent erhoben.
4. 0,9 Prozent der Friedensmieten der angeschlossenen Grundstücke als Gebühr für die Ableitung von Fäkalien und
5. 1,8 Prozent der Friedensmieten der angeschlossenen Grundstücke als Gebühr für die Zuführung der Wirtschaftswässer.

Halle, den 3. Dezember 1927. 5393

Der Magistrat.

Am schwarzen Brett: Gewählte Vertrauens- und Ersatzmänner für die Angestelltenversicherung. 3510

Delitzsch, den 5. Dezember 1927. Der Wahlleiter.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271206-15/fragment/page=0004
DFG

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Die Wahrheit über die Leuna-Hölle

Ein sensationeller Bericht „vom anderen Ufer"

6.12.27

Vom „Schlammzieher" zum „Rostkratzer"

Im „Berliner Tageblatt" erschien nachfolgender, von uns auszugsweise wiedergegebener Artikel eines bürgerlichen Journalisten, den wir bewegen nachdrucken, weil es bemerkenswert ist, daß ausgerechnet das „B. T." ihn abdruckt und weil es ferner typisch ist, daß bürgerliche Journalisten durch die vorbildliche, unerwähnliche Aufklärungsarbeit der kommunistischen Presse, insbesondere des „Klassenkampf", den Skandal von Ausbeutung und Unterdrückung durch die Giftkönige nicht mehr totschweigen können. Das „B. T." bemerkt in einem Vorwort u. a.:

Es ist einem unserer Mitarbeiter gelungen, sich trotz aller Absperrungen Einlaß in die großen Zentren der Arbeit in Deutschland zu verschaffen und dort unerkannt je vier bis sechs Wochen als Arbeiter zu leben.

Nur so konnte es auch möglich sein, die meisten vorgenommenen „Besichtigungen" des Ammoniakwerkes Merseburg (Leuna) einmal durch einen Bericht „vom anderen Ufer" her zu ergänzen. Leuna ist neben Oppau die deutsche Produktionszentrale für Düngesalze. Dazu kommen seit diesem Frühjahr die Versuche zur fabrikmäßigen Herstellung verflüssigter Kohle. Versuche, deren Nutzen und Ausnutzung heute noch gar nicht abzusehen sind. Rechnet man dazu die Bedeutung des Ammoniaks und der Düngesalze als Ausfuhrfaktoren, so kann man Leuna ohne weiteres als eine der hauptsächlichsten der deutschen Wirtschaft bezeichnen, — eine Stätte, deren Wert bei den ersten Ausfuhrmöglichkeiten flüssiger Kohle noch gewaltig steigen wird.

Dunst liegt über der mitteldeutschen Tiefebene. Dunst, der von Halle bis nach Naumburg reicht, bis Zeitz, bis hinüber nach Leipzig. Wenn er vom Winde auseinandergetrieben wird, wenn sich die gelben und schwarzen Rauch- und Wolkenballungen legen, sieht man Leuna.

Die 13 überschlanken Essen spitzen sich wie Stacheln in den Himmel. Darunter — lang ausgestreckt — am Tage wie ein zappelnder, nicht von der Stelle kommender, riesiger Eisenwurm, in der Nacht ein einziges Glühen, Blinken, Blitzen von Flammen und Lichtern: das Werk.

— — Es ist gar nicht so leicht, in den großen Komplex aufgenommen zu werden. Der Wächter lächelt nur, als er mein Ansinnen hört, bestellt mich dann wieder. Der Betriebsleiter — Doktor, Ingenieur oder was er ist —, zu dem ich am nächsten Tage gebracht werde und vor dem der uniformierte Wächter (Leuna-Soldat oder Werkspolizei) leicht salutiert, macht ein noch skeptischeres Gesicht.

Schließlich kann ich mich wenigstens unterfuchen lassen. Danach Verhör, längeres Notieren meiner früheren Arbeitsstätten — ob ich Soldat war — Gewerkschaftsangehörigkeit — (leises, aber nicht mißzuverstehendes

Anfragen nach meiner politischen Gesinnung),

noch zwei weitere Tage warten. Am dritten muß aber wohl alles in Ordnung sein. Ich werde photographiert, bekomme einen grünen Ausweis, muß eine lange Arbeitsordnung lesen und unterschreiben . . . und am fünften Tage nach meiner Anfrage soll ich endlich anfangen.

Ich pendle vorher durch die Kolonie Neurössen, die Werkskolonnie von Leuna, und suche ein Zimmer. Vergeblich. In den benachbarten, kleinen Industriedörfern auch. Alles ist überfüllt. In den niedrigen Hütten wohnen schon mehr als genug. In der ersten: außer den Eltern noch drei, nein: vier, nein: sechs Kinder. Zwei Kostgänger dazu. Dann uneheliche Kinder der größeren Töchter. Und ein alter, eingefallener Großvater. — In den nächsten ist die Buntheit noch größer. Zwei Familien, drei Kostgänger, die Betten übereinander, einige schlafen auch auf den Dielen.

Vier Uhr früh! Ich werde geweckt, trinke in der kalten, ungeheizten Küche meinen Kaffee, fülle mir die Flasche, nehme die Mütze vom Nagel und laufe los. Ich muß erst durch unseren kleinen Ort, stampfe über Wiesen und Felder, einen Waldrand entlang, durch ein Stück Holz . . hinter dem Holz ist die Straße. Wie hüpfende Krähen nehmen wir nächtlichen Wanderer uns aus — drei oder vier — ohne Zusammenhang — nur mit dem gemeinsamen Ziel: die Station.

Die heranfauchenden Züge sind dunkel und ungeheizt. Was darin ist (meistens Männer) schnarcht oder versucht bei den ersten Morgendämmerung zu lesen. Der größte Teil dieser Schnarchenden ist gelb und zusammengefallen. Die Arbeitszeit, zwei Stunden Weg und Anfahrt, acht und neun Stunden schwere Arbeit, Waschen, die Rückfahrt, also 14 bis 15 Stunden täglich im Takt der Füße, der Eisenbahn, der Maschinen — machen alt und zerbrechen. Mit jeder neuen Station rücken sie näher zusammen, füllen sich die Bänke auf. Die meisten stehen schon. Stehen und schlafen weiter. Haben magere, hervorstechende Backenknochen, offene, nach unten gebogene Mundwinkel; sie zucken im Schlaf, und ihre Gesichter werden immer blasser und kalkiger.

Wie Trauben hängen die letzten auf den Trittbrettern, stürzen sich herunter, rasen die Treppen hinauf — und erst die bewachten und in kleine Schlüpfer geteilten Tore bringen wieder etwas Ordnung und Disziplin in die Angefahrenen. Nur einzeln läßt man die Menschen herein — kontrolliert —, läßt sich die Ausweise zeigen — holt auch hier und da einen heraus —, schickt ihn nebenan in die besondere Kontrolle (ob er Flugblätter einschmuggeln will — den „Leuna-Proleten" —, Agitationsmaterial . . ., das wiederholt sich doppelt so scharf beim Ausmarsch).

Jeder Vierte oder Fünfte betritt die Kabinen. „Hände in die Höhe!" Der Mann wird abgetastet, muß seine Taschen zeigen, muß sich auf Verlangen ausziehen — eine Pflicht, der sich außer den deutschen Leuna-Arbeitern und den Arbeitern von Leverkusen und Oppau

nur noch die Schwarzen der südafrikanischen Diamantenfelder

zu unterziehen haben.

Kratzen, Stampfen, Schlagen! Ich bin — nachdem ich mich in einer kleinen Halle umgezogen und eine Kontrolluhr gestochen habe — in die Keller, unter die Generatoren gekommen. Ueber uns die wie mit zierlichen Sägen ausgeschnittenen Gerüste dieser Gasfabriken. Große, luftige Bauten, Eisenkonstruktion. Verzweigt, übernietet, verschlungen. Darin Generator neben Generator, schlank, wuchtig, wie eine Reihe nebeneinander aufgestellter Riesen.

In unseren Kellern ist von ihrer Ueberschlankheit und Größe allerdings wenig zu sehen. Wir werden die „Schlacker" oder „Schlammzieher" genannt. Es ist eine harte Arbeit. Die Hitze 60 bis 70 Grad. Dazu stinkende, den Atem nehmende Asche. Kohlendämpfe. Aber man kann nicht einmal die Jacken ausziehen. Denn von oben tropft heißes, klebriges Oel, stürzen ganze Staubkübel, glühende Koksreste — wir werden grau, werden schwarz; wenn wir unsre acht Stunden abgedient haben — heraus und hinauftaumeln, sehen wir aus wie Neger.

Ich bin „vorgerückt": Von den Schlackern und Schlammziehern zu den „Transporteuren". Der schnelle Wechsel kam, weil ich zweimal zusammengebrochen war und mir das Mehrtagerlustarbeiten wieder auf die Beine helfen sollte . . .

Die Arbeit als „Transporteur" ist also nicht gerade eine Besserung gegenüber dem „Schlacken". Halt — einen Nutzen hat sie für mich doch; ich sehe durch die täglichen Transporte auch die anderen Teile des Werkes. Den gespenstigen Bau der Kohlenverflüssigung aus der Nähe . . . und um sie

ein Japsen, Fauchen, Spritzen, Aufflackern von grünem, gelbem, violettem, weißem Gezisch und Flammen!

Einer meiner Kumpane erklärt mir auch (wenigstens so gut er es versteht) den Produktionsprozeß, der durch dieses Gewirr der Röhren und der ungefähr 900 Bauten geht. Die Generatoren sind nicht ganz der Anfang. Vor ihnen stehen noch das Wasserwerk Dalvig und die Ansauger, die die Luft heransaugen. Von den Hochdrucköfen der letzte Weg in die Absorptionsanlagen (Wasser wird in das ammoniakhaltige Gasgemisch gespritzt) — und das Endprodukt Ammoniakwasser ist gewonnen.

Ein Teil dieses Wassers wird sofort in kesselartige Eisenbahnwagen (Ammoniakwagen) gefüllt und verläßt das Werk, der andere Teil wird noch mit Gips und Schwefelsäure gemischt und nach einem Wanderweg über die Eindämpferei Düngesalz.

In diese Eindämpferei komme ich nach zwei Wochen Transportage selber (als Hilfsarbeiter). Es ist ein dreistöckiger Stein- und Eisenbau. Der oberste Stock: Ventile, zischende Hähne, kleine Kübel. In der Mitte sechs Meter hohe und drei Meter breite eiserne Kochkessel, die der ganzen Anlage den Namen geben: Die Eindämpfer. In den Kesseln wird zusammengekocht. Durch ein Schauglas kann man den Prozeß beobachten. Wenn sich Kristalle bilden, schaltet der Eindämpfer alles aus, klingelt . . . und die Masse rutscht und stürzt in die nächste Etage. Dort wird sie in riesigen Schüttelrinnen (badewannenartige Behälter) vor dem Zusammenlaufen und Ineinanderklumpen behütet; und nachdem durch diesen Prozeß dem Gemisch wieder eine gewisse Beweglichkeit gegeben wurde, fällt es weiter in den nächsten Stock. Dort stehen Zentrifugen, die das Schütteln und Ineinanderrütteln fortsetzen, nur mit dem neuen Zweck, die Masse von den Flüssigkeiten zu trennen. Ein drittes Klingelzeichen — und das Ammoniak ist fertig und fällt in den Keller . . .

Meine Beschäftigung in der Eindämpferei ist nach 17 Tagen schon wieder zu Ende. Ich werde — Tücke des Schicksals — einige Male in hohe Strafen genommen.

Ueber die Strafen in Leuna wäre dazu etwas Allgemeines zu sagen:

Leuna hat Werkspolizei.

Ich habe sie schon als Torwache angedeutet. Diese Werkspolizei kontrolliert aber auch die einzelnen Betriebe. Nicht, daß eine gewisse Kontrolle der chemischen Betriebe nicht notwendig wäre — es gibt Kontrollgänge innerhalb Leunas, die aus Gründen der Sicherheit täglich drei- oder viermal gemacht werden müßten. Mich aber hat man beim Waschen erwischt.

Leunabetrakt: Sprechen, zu langes Besuchen von Aborten, Waschen der Hände während der Arbeitszeit, Herumstehen. Die Strafen sind ziemlich hoch. Zwei oder drei Mark. Abzug von zwei oder drei Stunden Arbeitszeit. Diese Arbeit verlangt aber meiner Meinung nach häufigeres Waschen der Hände. Also werden mir die Strafen — Wiederholungsfall! — verdoppelt . . . ich sehe mich langsam nach einem unauffälligen Abschied um.

Ich bin zum Rostkratzer degradiert; wir sind der Malergilde angeschlossen und arbeiten in der Nähe der Bauten 273, 74, 75. Gefährlich!!! Alles ist abgegrenzt. Mit Warnungstafeln. Mit Schildern. Mit Totenköpfen:

Achtung! Rote Dämpfe bedeuten Tod!
Achtung! Braune Dämpfe sind gefährlich!
Achtung! Grüne Dämpfe sind gefährlich!

Trotz der Warnungstafeln sind die Vergiftungsfälle noch ziemlich häufig. Oft verlassen die gesamten Belegschaften die Baue, aber wenn sie auch scheinbar noch flüchten können, das Gas ist schneller.

Die Ammoniakfabrik im Rücken! Ich bleibe aber noch einige Tage in der Nähe. Sehe mir die Zufahrtsmöglichkeiten dieses großen Betriebes an . . .

Aber auch den Menschen betrachte ich noch eine Weile. Dieses gelbe täglich verbrauchter aussehende Individuum, das noch heute zwei Drittel seines Lebens immer im Galopp ist.

Besonders hart zeigt sich das an den spielenden Kindern. Unterernährung. Blässe. Eiterbeulen, innere Krankheiten . . .

Kann man das alles noch deutlicher sagen? — Vielleicht durch dieses großen Betriebes an . . .

dieses Lied, das man zwischen Halle und Weißenfels singt:

Lebe wohl Du Zuchthaushöllenbau!
Du Ort der Sklaverei!
Warst stets nur öde, trüb und grau!
Ein quälend Einerlei!
Unmenschlich war die harte Fron
Für miserablen Hundelohn!
Ade! Ade! Ade!

Neues aus aller Welt

Der Schnellzug Berlin—Wien verunglückt

Der Schnellzug Berlin—Dresden—Prag—Wien ist beim Ausfahrtsignal vor der Station Siegmundsherberg in einen haltenden Güterzug hineingefahren. Ein Zugbegleiter wurde schwer, eine Reisende weniger schwer und 20 Personen leicht verletzt. Vom Güterzug wurden vier Wagen vollständig zertrümmert und umgeworfen.

Sturmverheerungen an der Küste Nordamerikas

Zwei Dampfer gestrandet — Vier Menschen ums Leben gekommen

Die atlantische Küste wurde von schweren Stürmen heimgesucht, wie sie seit langem nicht festzustellen waren. Auf dem Meere wie auf dem Lande an der Küste wurden die stärksten Verheerungen angerichtet. Die Verbindungen der Schiffe wurden unterbrochen. Der norwegische Dampfer Ciparo strandete im Morgengrauen bei Kap Hateras. Das Schiff ist versunken, die Besatzung von 24 Mann konnte nur nach heldenmütigen Bemühungen der Küstenrettungsmannschaften in Sicherheit gebracht werden. Der ungeheuer hohe Wellengang verhinderte vollkommen das Herannahen der Rettungsboote an den Dampfer, wenn sie nicht Gefahr laufen wollten, selbst in den Fluten umzukommen.

Der griechische Dampfer Kyzikos ist ebenfalls gestrandet. Die Besatzung konnte auch hier gerettet werden, bis auf vier Mann, die über Bord gespült wurden. Der Sturm hatte sich nach wenigen Stunden gelegt.

Mißlungener Anschlag auf einen Banktresor

Unter Anwendung der schwersten Mittel versuchten in der Nacht zum Sonntag Geldschrankeinbrecher den Tresor der Filiale der Dresdener Bank in Berlin am Savignyplatz auszuplündern. Mit einem Sauerstoffapparat und nicht weniger als 6 großen schweren Sauerstoffkannen versuchten sie den Tresor aufzuschmelzen. Es gelang ihnen auch nach vielstündiger Tätigkeit zwei 40 × 40 Zentimeter große Löcher auszuschweißen, dann stießen sie auf die moderne Betonpanzerung. In diese kamen sie nur 15 bis 20 Zentimeter tief hinein. Ohne Beute mußten die Einbrecher wieder abziehen.

Fünffacher Selbstmordversuch

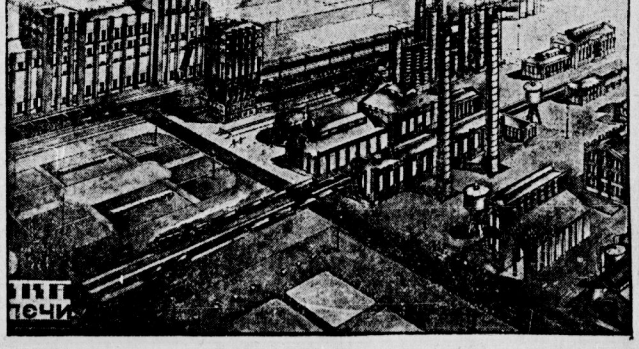
Gestern abend versuchten in der Wohnküche eines Hauses in Charlottenburg zwei achtzehnjährige junge Mädchen und drei junge Leute sich gemeinsam durch Gas das Leben zu nehmen. Als Grund dürfte Arbeitslosigkeit in Frage kommen. Sämtliche Lebensüberdrüssige konnten ins Leben zurückgerufen werden.

242 Rundfunksender in Europa

Wohl kaum einer Erfindung ist in solch kurzer Zeit eine derartig weite Verbreitung beschieden gewesen, wie dem vor Jahren noch kaum in Fachkreisen bekannten Rundfunk. Millionen von Hörern gibt es in allen Weltteilen. Allein in Europa stehen 242 Sender. Aus dieser gewaltigen Zahl kann man ermessen, wie verbreitet heute schon das Radio ist. Leider sind die Zahlen der Sender in den übrigen Erdteilen noch nicht genau bekannt, dürften aber auf ebenfalls 300 geschätzt werden können.

Auf der Jagd nach dem Echo

Wie man ein Echo mit Lichtstrahlen jagt, wurde dieser Tage in der Londoner Albert-Hall ausprobiert. In diesem riesigen Raum sind sehr unangenehme Echos, die man beseitigen möchte. Es wurde daher aus einer leuchtenden Metallschale ein greller Lichtstrahl zu der hohen Kuppel der Halle hinaufgeschickt und durch den ganzen Raum gelenkt. Wo ein Echo war, hörte man ein schrilles Zwitschern wie von einem unsichtbaren Vogel. Dies erklärt sich daraus, daß die Metallschale nicht nur einen Lichtstrahl, sondern auch Tonwellen ausschickte, die durch die rasche Unterbrechung des Funkens einer elektrischen Bogenlampe hervorgerufen werden. Diese Tonwellen wurden an den bestimmten Stellen zurückgeworfen. Nachdem die genaue Lage der verschiedenen Echos festgestellt ist, ist es leicht möglich, sie auszuschalten, indem an diesen Stellen Filzdecken aufgespannt oder andere Stoffe angebracht werden, die den Ton auffangen. Die Echojäger sind dadurch imstande, den störenden Schall zu vernichten.



Die neue Industrie

Der Entwurf einer neuen Hochsenanlage, die in organischer Verbindung mit einem Kohlenturm, Fabriken und der Eisenbahn im Don-Bassin errichtet wird.

*

In der Sowjetunion wird die Industrie mit gewaltigen Anstrengungen aufgebaut. Hand in Hand damit gehen die Verbesserungen der Lebenslage der die Werte schaffenden Arbeiterklasse. Einführung des Siebenstundentages, Erhöhung des Reallohnes, das sind die Symptome, die den ungeheuren Aufschwung der Industrie in der Sowjetunion begleiten.

Während in den kapitalistischen Ländern durch brutale Rationalisierungsmethoden, die Hunger und Not für den Proleten in Gefolge haben, „aufgebaut" wird, bedeutet im Vaterlande der Arbeiter der Aufbau — Glück und weiterer Fortschritt — hin zum Sozialismus!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271206-15/fragment/page=0005

Stadt Halle

Die SPD. schickt den Gerichtsvollzieher

Unsere Volksbuchhandlung auf dem Harz durch Reiwand und Genossen mit Gewalt stillgelegt

Anfang November ist das „Volksblatt" vom Harz in die Große Märkerstraße verzogen, wo der Parteivorstand der SPD. in Berlin den F. O. H. Schulz und Konsorten alles pikfein eingerichtet hat. Dieses Vorgehen war die Folge einer langen Reihe von Kämpfen, bei denen die „Linken" der SPD. vollkommen erlagen, und das Resultat ist, daß das „Volksblatt" noch rechter als bisher und noch schlechter als bisher geworden ist. Das letztere sollen sie mit sich selber abmachen, uns kann es nur recht sein. Aber die Kampagne zur Verschleuderung des Genossenschaftseigentums auf dem Harz hat noch weittragende Bedeutung gehabt. Unserer Volksbuchhandlung wurde gekündigt, und da es uns selbstverständlich nicht einfällt, auf jeden Wink der Reiwand und Herzig dort hinauszugehen, haben sich diese nicht gescheut,

uns den Gerichtsvollzieher auf den Hals zu schicken.

In diesen Tagen erfolgt die zwangsweise Ausweisung aus dem Laden, und wir wollen hier kurz schildern, wie es dazu gekommen ist, daß die SPD. mit Hilfe des bürgerlichen Gerichts diesen Schandstreich durchsetzen konnte.

Bereits im März 1927 wurde bekannt, daß sich innerhalb der SPD. um die Besitztitel des alten Sozialdemokratischen Vereins, Gegründet 1889 (Genossenschaft, Buchdruckerei, „Gewerkschaftshaus" und „Volkspark") ein Streit entspann. Am 31. Dezember 1920 hatten bekanntlich die Vergleichsverhandlungen nur die Auseinandersetzung über die greifbaren Vermögenswerte und das Vermögen der GmbH Volksblatt gezeitigt. Nach dem Wortlaut des Verhandlungsprotokolles gingen

sämtliche Aktiven und Passiven des Vereins und Verlag „Volksblatt" an die VKPD. resp. an die Produktiv-Genossenschaft (als unsere juristische Person) über.

Auf Veranlassung von R e i w a n d wurde am 28. Januar 1921 dann folgende Erläuterung zu dem Protokoll formuliert und festgelegt:

„Der letzte Satz des Vergleiches soll so ausgelegt werden, daß als Schuldner im Sinne des Vergleiches nur Einzelpersonen, die etwas schulden, anzusehen sind, nicht aber die vergleichschließenden Organisationen. Letztere sollen vielmehr unangefochten in ihren jetzigen Besitzständen verbleiben. Gegen Organisationen soll also keinerlei gegenseitige Forderung mehr bestehen."

Es sollten also die Besitztitel G e m e i n s c h a f t s e i g e n t u m bleiben, und zwar sollten die Anteile in dem bestehenden Verhältnis auch fernerhin bestehen bleiben. Das heißt, die Treuhänder in der „Volkspark"-GmbH. und Genossenschaftsbuchdruckerei GmbH. sollten unbestrittene Organisationstreuhänder der betreffenden Organisation bleiben, und nur mit Zustimmung der betreffenden Organisation ausgewechselt werden können, wenn sich ein solcher Wechsel nötig machte.

Die „Volkspark"-GmbH. besteht aus 20 Gesellschaftern, von denen ein Teil KPD.-Genossen unsere Anteile vertreten. In der Genossenschaftsbuchdruckerei waren außer den Einzelgenossen auch von den 30 Treuhändern noch 6 KPD.-Genossen.

Ohne die KPD. zu benachrichtigen, sind unsere Genossen aus der Genossenschaft auf Grund des § 68 des GG. mit Hilfe einer Kannvorschrift ausgeschlossen worden

und dadurch wurde der Besitzstand der KPD. erheblich geschwächt. Ohne sich an die Vergleichsabmachungen zu kehren, haben R e i w a n d und P e t e r s der Produktiv-Genossenschaft den ihr auf Grund dieser Abmachungen zustehenden Laden g e k ü n d i g t und damit versucht, die KPD zu schädigen.

Die Gewerkschaftshaus-GmbH. bestand aus 40 Gesellschaftern mit je 500 Mark Stammeinlage. Die Treuhänder waren Gewerkschaftskollegen, welche durch ihre Gewerkschaft gewählt waren. Die Anteilscheine hatten die Gewerkschaftskassierer (Angestellten) in Verwahrung. 1921 hatten die KPD.-Genossen im Gewerkschaftskartell die M e h r h e i t und hätten die Möglichkeit gehabt, die Treuhändermehrheit zu erwerben. Das ist mit Rücksicht auf die Vereinbarung nicht geschehen. Reiwand und Genossen haben dann Ende 1921 stillschweigend mit Hilfe der Gewerkschaftsangestellten

die Stammeinlagen mit entwertetem Papiergeld aufgekauft und Gustav Strehler, Fritz Stranz, Herm. Schlimme haben am 23. Dezember 1921 die Gewerkschaftshaus-GmbH. liquidiert.

Auf diese hinterlistige Art hat die Genossenschaftsbuchdruckerei GmbH. für rund 2000 Goldmark sich in den Besitz der Restauration und Herberge mit kompletter Einrichtung gebracht und außerdem das Nutzungsrecht eines Grundstückes von 220 000 Mark Baukostenwert „erworben". Bei allen diesen Transaktionen wären unsere Genossen hinderlich gewesen, aus diesem Grunde mußte ein Vorwand gesucht werden, sie aus der Genossenschaft zu entfernen. Auch diese Schiebung bedeutet eine grobe Verletzung der getroffenen Vereinbarungen und eine schwere Schädigung der KPD.

Der Räumungsklage der Genossenschaftsbuchdruckerei gegen die Produktiv-Genossenschaft wegen Räumung des Ladens Harz 42/44 war am 1. Juli 1927 stattgegeben, unsere Berufung dagegen ist am 2. November zurückgewiesen, aus rein formalen Gründen, weil das Gericht die Eigentumsverhältnisse nicht prüfen konnte.

Bekanntlich hat Genosse G ü n t h e r eine Klage gegen die SPD.-Schieber angestrengt. Diese Klage hat einen mehr als komischen Verlauf genommen. Dauernd wurde von Reiwand und Genossen d i e E n t s c h e i d u n g v e r s c h l e p p t. Weil die Umstellung der Genossenschaft nur durch einstimmigen Beschluß zustande kommen konnte, mußte Günther ferngehalten werden. Wurde im Anfang erklärt, die Mitgliedschaft sei wiederhergestellt, so wird jetzt behauptet, den Ausschluß hätte 1923 die Generalversammlung satzungswidrig beschlossen, zum Ausschluß seien nur Vorstand und Aufsichtsrat befugt. Trotzdem bestreitet der Vorstand das Vorhandensein der Mitgliedschaft und

verweigert die Wiederaufnahme des Genossen Günther,

obwohl die Voraussetzungen des Genossenschaftsgesetzes § 68 nicht gegeben sind. Also auch hier ist es auf die Schädigung der KPD. abgesehen.

*

Wie sich das Schuldkonto an dem schändlichen Hinauswurf unserer Genossen sowohl auf seiten der rechten wie der „linken" Sozialdemokraten angehäuft hat, werden wir später einmal erläutern. Heute wollen wir nur soviel sagen, daß der Rechtsanwalt der SPD. verlangt hatte, der Gerichtsvollzieher soll die Räumung

gewaltsam an einem Tage in ein paar Stunden vornehmen,

gleichgültig ob die Möbel, Bücher usw. einfach auf die Straße gestellt werden müßten. Selbst der Gerichtsvollzieher konnte diesem rigorosen Verlangen nicht nachgeben, und er ermöglichte, daß zur Räumung soviel Zeit gelassen wurde, als technisch notwendig ist. So ein Beamter des bürgerlichen Gerichts. Wohingegen man die SPD.-Führer als Gerichtsvollzieher der Bourgeoisie an der proletarischen Klasse bezeichnen kann.

Duesterberg bleibt, wohin er gehört. Durch verschiedene Blätter ging die Nachricht, daß Duesterberg aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten sei. An maßgeblicher Stelle stellt man diesen Schritt in Abrede und erklärt, daß Duesterberg zu der Angelegenheit noch Stellung nehmen wird.

Die ersten Weihnachtsbäume sind hier eingetroffen. Wie sich der Absatz in diesem Jahre gestalten wird, werden die nächsten Wochen lehren.

Was ist die Gerichtshilfe?

Wer schon einmal das zweifelhafte Vergnügen hatte, mit dem Strafgericht Bekanntschaft zu machen, wird auch schon etwas von der sogenannten Gerichtshilfe gehört haben. Ueber den Zweck dieser Institution herrscht aber vielfach noch Unklarheit.

Zunächst muß hervorgehoben werden, daß **die Gerichtshilfe keine amtliche Stelle ist, daher auch keinerlei amtliche Befugnis hat.** Trotzdem aber hat die Gerichtshilfe (in Halle wenigstens) ihre Geschäftsstelle in einem amtlichen Gebäude, nämlich im Amtsgericht, Kl. Steinstraße. Wahrscheinlich ist die Unterbringung dieser privaten Institution in einem amtlichen Gebäude mit der Zustimmung eines verfügungsberechtigten Richters, — vielleicht Herrn Güllands — erfolgt. Wie weit die Abgabe von Diensträumen an Gerichtshilfen den Vorschriften des Justizministeriums entspricht, entzieht sich unserer Kenntnis. Merkwürdig ist aber, daß die Gerichtshilfe ihre umfangreiche Postsendungen mit amtlichen Dienstmarken frankiert. Wir halten es für ausgeschlossen, daß es im Sinne des Justizministeriums liegt, wenn auf diese Weise öffentliche Gelder für eine nichtamtliche Institution Verwendung finden. Vielleicht bemüßigt man sich bei der zuständigen Stelle, uns und der breiten Oeffentlichkeit hierüber Auskunft zu geben.

Ueber den Charakter der Gerichtshilfe ist folgendes zu sagen: In der Regel, wenn einem Beschuldigten die Anklageschrift übersandt wird, flattert ihm auch ein vervielfältigtes Schreiben der Gerichtshilfe ins Haus. Der zukünftige Angeklagte wird hierin aufgefordert, „in seinem eigenen Interesse" recht bald einmal in der Geschäftsstelle der Gerichtshilfe zu erscheinen. In dieser Geschäftsstelle trieft es vor lauter Menschlichkeit, und man bietet dem Erscheinenden stets seine Dienste bei irgendwelchen Gesuchen um Strafaufschub, Bewährungsfrist usw. an. Auffällig ist hierbei, daß diese Hilfsbereitschaft schon in Tätigkeit tritt, bevor der Angeschuldigte überhaupt verurteilt ist. Aber gerade in dieser Eigentümlichkeit liegt auch der wahre Zweck der Gerichtshilfe. Der Angeschuldigte wird

von der Gerichtshilfe genauestens über seine privaten und familiären Verhältnisse ausgefragt,

und er gibt um so leichter Auskunft, als er in den Glauben versetzt ist, daß sich diese Gerichtshilfe auf alle Fälle f ü r ihn im Falle seiner Verurteilung einsetzen wird. Nur wenige ahnen, daß gerade ihre, gegenüber der Gerichtshilfe gemachten Angaben, die oftmals durch persönliche Recherchen nachgeprüft werden, sehr häufig dazu dienen,

das Gericht gegen ihn zu beeinflussen.

Die Gerichtshilfe führt also in dem Sinne ihren Namen mit Recht, als sie der Klassenjustiz behilflich ist. Sie sammelt über den jeweiligen Angeklagten umfangreiches Material über seine privaten Verhältnisse. Die Ergebnisse dieser Spitzelarbeit werden in einer Auskunft zusammengefaßt und dem amtierenden Richter übergeben. Da eine solche Auskunft, die von ganz bürgerlich Denkenden zusammengestellt wird, selbstverständlich stets subjektiv gehalten ist, wird der Richter oftmals schon vor der Verhandlung gegen einen Angeklagten beeinflußt. Wie beispielsweise die Auskunft der Gerichtshilfe über einen klassenbewußten Arbeiter, der konsequent bis zum letzten für seine Weltanschauung eintritt und kämpft, aussieht, kann man sich ungefähr vorstellen.

Es muß daher vor der Gerichtshilfe gewarnt werden, deren Existenzberechtigung wir nicht einsehen können.

Wir brauchen keine privaten Pinkerton-Gesellschaften, die den Klassenrichtern behilflich sind,

über irgendeinen „armen Sünder" den Stab zu brechen. Wenn es wirklich Richter geben sollte, die in Ermangelung eigener psychologischer Fähigkeiten eine solche Hilfe für ihre unheilvolle Tätigkeit brauchen, so liegt es in ihrer Macht, vom zuständigen Polizeirevier ein Leumundszeugnis über den Angeklagten einzufordern.

Die Gerichtshilfe der werktätigen Bevölkerung ist die R o t e H i l f e, die sich wahrhaft und mit aller Entschiedenheit und in jedem Falle für die politischen Gefangenen der Arbeiterschaft einsetzt.

Nachwort zum Erstickungstod der drei Kinder

A.-K. In der bürgerlichen Presse wurde seinerzeit behauptet, die Feuerwehr hätte Sauerstoffapparate gehabt. Das war nicht der Fall. Auch das Elisabethkrankenhaus, wohin die Kinder gebracht worden waren, hatte keine. Erst der herbeigerufene Krankenwagen brachte diese Apparate nach dem Krankenhaus. Wären die Versuche gleich an Ort und Stelle angestellt worden und die von einem der hilfeleistenden RFB.-Kameraden angestellten Wiederbelebungsversuche durchgeführt, so hätte man den Jungen vielleicht noch retten können. Festgestellt muß außerdem werden, **daß der Feuermeldeapparat an einer ganz dunklen Stelle angebracht war,** so daß man nicht einmal sehen konnte, was man schrieb.

Es wäre sehr zweckmäßig, daß diesen Ausführungen eines Arbeiterkorrespondenten seitens der zuständigen Stellen nachgegangen wäre, um sie schleunigst abzustellen. Außerdem ist hier wieder der Beweis erbracht, daß die Stadt Halle gar nicht schnell genug m i t d e m B a u i h r e s K r a n k e n h a u s e s beginnen kann, wo alle Einrichtungen wie Sauerstoffapparate usw. zur Stelle sind.

Herr Dr. Blümel und — — sein Verein

Kommunisten wird das Wort entzogen

Hier in Halle existiert ein Ortsverein zur Bekämpfung der Tuberkulose. Die Verwaltung dieses Vereins geschieht durch den geschäftsführenden Vorstand, der gleichzeitig Vorsitzender desselben ist. Aerztlicher Leiter ist Herr Dr. B l ü m e l, bekannt wegen seiner „rassenhygienisch" antisemitischen Gesinnung.

Am Mittwoch, dem 30. November, war nun die Mitgliederversammlung des Vereins zusammenberufen, deren zweiter Tagesordnungspunkt eine Satzungsänderung vorsah. Im übrigen bewies die umfangreiche Tagesordnung, daß längst eine Besprechung notwendig gewesen wäre. Obwohl beim letzten Zusammensein, vor ungefähr Jahresfrist, auf entsprechende Anregungen die Zusicherung gegeben worden war, die Mitgliedschaft öfter zu rufen, ist dies nicht geschehen. Aus den einleitenden Worten des Herrn Dr. Blümel konnte man entnehmen, daß der Vorsitzende Dr. Man seinen Vorsitz schon seit längerer Zeit niedergelegt hat, und man hoffte, tiefergehende Verstimmungen zu beseitigen, ehe man damit in die Mitgliedschaft gehen wollte. Zur Statutenänderung begründete Blümel:

Der Vorsitz soll möglichst in den Händen des ehrenamtlichen Leiters der Tuberkulosefürsorge (also in seinen eigenen) liegen.

Zur Begründung von Blümels Antrag war gleichzeitig der Geheimrat Pütter (Berlin) erschienen, der mit zu den Gründern des Vereins gehört hat. Er vertrat die bezeichnende Auffassung, daß die Vereinsfürsorge eher zu empfehlen sei als die durch die Kommunen, diese wäre zu schwerfällig. Außerdem empfahl er, der geplanten Statutenänderung zuzustimmen.

Ein in der Versammlung anwesender G e n o s s e wandte sich mit aller Entschiedenheit gegen diese Auffassung. Er führte aus,

daß es Aufgabe der Kommune sei, auch diese Fürsorge in die Hand zu nehmen.

Wenn früher einige Männer die große Gefahr der Tuberkulose erkannten und ihr entgegenzuarbeiten suchten, so mag das anerkannt werden. Immerhin ist zu bedenken, daß die Tuberkulose wohl in erster Linie e i n e P r o l e t a r i e r k r a n k h e i t ist, aber gleichzeitig eine I n f e k t i o n s k r a n k h e i t, also auch eine Gefahr für die Bessergestellten darstelle. Eine Hauptursache der Tuberkulose sind eben die B e g l e i t e r s c h e i n u n g e n d e r k a p i t a l i s t i s c h e n W i r t s c h a f t :

Ueberlange Arbeitszeit, schlechte Entlohnung und somit schlechte Ernährung, traurige Wohnungsverhältnisse usw.

Diese Ursache gelte es zu beseitigen. Eine Vereinigung von Vorsitz und Leitung lehnt unser Genosse ab, um so mehr, als der heutige Leiter durch sein nervöses Auftreten bewiesen habe, wie nachteilig es wirken werde, wenn er alle Macht in den Händen halten könnte. Er beantragte Vertagung dieser Beschlußfassung.

Während dieser Ausführungen wurde unser Genosse wiederholt von Dr. Blümel unterbrochen, der „keine Politik" in die Debatte tragen lassen wollte, und nur mit Mühe und Not konnte der Genosse seine Ausführungen beenden. Als ein anderer Genosse sie ergänzen wollte,

entzog ihm der Leiter kurzerhand das Wort und erteilte es ihm auch nicht, als er sich zur Geschäftsordnung meldete.

„Geschäftsordnung gibt's hier nicht .", war die Antwort. Und dabei blieb es. Jetzt hielten es unsere Genossen für angezeigt, die Mitgliederversammlung von nunmehr 17 Mann unter sich zu lassen. Herr Dr. Blümel, der ja alle Macht in seiner Hand konzentrieren will, wird's schon machen — — mit s e i n e m Verein!

Aber die Sache hat noch eine andere ernste Seite. **Die Stadt Halle leistet jährlich an diesen Verein mit seinem stockreaktionären Leiter in bar allein 15 000 Mark Zuschuß,** desgleichen gewähren die Allgemeine Ortskrankenkasse Halle und des Saalkreises bestimmte Beiträge. Hinzu kommen Zuschüsse von Sozialversicherungen, Kreis und Gemeinden, Fürsorgeverbänden usw. Es dürfte an der Zeit sein, ernstlich die Frage einer weiteren Bezuschussung zu überlegen und die gesamte Lungenfürsorge in die Verwaltung der Stadt resp. Provinz zu übergeben.

Am 15. Dezember im „Volkspark"

Karten für die „Blauen Blusen" im Vorverkauf Bezirksbuchhandlung Lerchenfeldstr. 14, Neudeutsche Bücherstube, Alte Promenade und Barfüßerstraße, Bureau der IAH., Gr. Steinstr. 16 (Tel. 29150).

Sorgt dafür, daß die Veranstaltung wiederum im Vorverkauf ausverkauft wird. Neues Programm!

Hallische Tageschronik

Fuhrwerk und Auto. Am 5. Dezember gegen 11.45 Uhr stieß auf der Eislebener Chaussee in der Nähe der Elisabethbrücke II ein Lastkraftwagen mit einem mit Kohlen beladenen Fuhrwerk zusammen, wobei dieses umgeworfen und stark beschädigt wurde. Am Kraftwagen wurden die beiden vorderen Lampen eingedrückt. Personen kamen nicht zu Schaden.

Wer kennt die Vermißte? Seit dem 4. November 1927 wird von hier die berufslose Martha Thürmer, geboren am 24. April 1911 in Halle, vermißt. Sie ist 1,55 Meter groß, untersetzt, hat dunkelblondes Haar (Bubikopf), rundes, volles Gesicht, blaue Augen und trägt lilafarbenen Strickhut, grünen Pullover, blaues Kleid, weiße Unterwäsche, graue oder schwarze Strümpfe und Halbschuhe. Angaben über den Aufenthalt an die Kriminaldirektion, Zimmer 139, erbeten.

Eisbahn! Am Sonntag wurde auf den Pulverweiden und auf der Ziegelwiese die Eisbahn in Betrieb genommen. Der Eisklub hat seine jetzt auf den Passendorfer Wiesen befindliche Bahn seinen Mitgliedern allerdings noch nicht freigegeben, um eine Bahn zu schaffen, die den Anforderungen des Eissports hernach um so besser genüge.

Theater und Konzerte

4. Sinfoniekonzert des Stadttheater-Orchesters

Solistin: Sigrid Hoffmann-Onégin

A.-K. Gestern wurde den Musikliebenden ein wirklich genußreicher Abend zuteil. Mehr noch als das Orchester unter Leitung des Generaldirektors B a n d, das sich durch eine vollkommene Spieltechnik auszeichnete, waren die vollendeten Leistungen der Altistin Sigrid Hoffmann-Onégin bezaubernd. Schon der erste Vortrag: Kavatine und Arie der Fides aus „Der Prophet" brachten der Sängerin einen ungeteilten nicht endenwollenden Beifall. Alle wurden durch die Reinheit und Fülle ihrer Stimme mit fortgerissen. Bei den folgenden Liedern mit Orchester von Brahms raste das Publikum vor Freude. Die endlosen Ovationen veranlaßten darum die Künstlerin zu einer Zugabe. „Hallelujah" von Mozart, und das war das Allerschönste.

Es gibt nur vorbehaltlose Zustimmung zu diesen Leistungen. Sie erfolgt nicht zuletzt deshalb, weil die Größe des künstlerischen Könnens sich hier in ungezwungener Natürlichkeit zeigte. — Es gibt aber k e i n e K u n s t a n s i c h. Was Sigrid Onégin sang, entsprach den Wünschen des Bürgertums. aln.

Stadttheater. Heute, Dienstag, zum letzten Male „Zwölftausend", Schauspiel von Bruno Frank. Mittwoch, 15 Uhr, geht das Weihnachtsmärchen „Aschenbrödel" von C. A. Görner zum erstenmal in Szene; 20 Uhr „Oberon" mit Margarete Fiege als Rezia. Donnerstag „Ein Spiel von Tod und Liebe". In der Freitag-Aufführung der „Bohème" von Puccini singt Dr Allmeroth den Rudolf. Sonntag, 16 Uhr, Sprechchor-Aufführung der „Perser" von Aeschylos. Dienstag, 13. Dezember, in neuer Einstudierung „Christelflein" von Hans Pfitzner.

Film und Vorträge

„Urania" Kulturfilmgemeinde

Polarfahrt Norwegen—Island—Spitzbergen

Ein Reklamefilm des Norddeutschen Lloyd, der die Annehmlichkeiten einer Nordland-Fahrt für die Geldsackbesitzer schildert, lief gestern abend im „Thalia". Kapitän Karl Held aus Bremen hielt dazu den erläuternden Vortrag. Dieser deutsche Mann hatte sich wohl etwas in seinem Publikum geirrt. Er versuchte, der ganzen Fahrt, welche doch wohl in erster Linie den Naturschönheiten gewidmet sein sollte, immer wieder einen nationalistischen Anstrich zu geben. Die Musikbegleitung tat ihr Möglichstes, ihn darin zu unterstützen. So hörten wir die alten Weisen, angefangen beim Liede „Wem Gott will rechte Gunst erweisen . . ." Und so ging es hübsch weiter: „Ich hatt' einen Kameraden" (beim Passieren des Skageraks). Auch das Deutschland-Lied durfte nicht fehlen.

Uns interessiert aber dieses Material aus der nationalistischen Rumpelkammer nicht. Und was soll man auch von so einem braven deutschen Kapitän weiter verlangen. Der Vortragende versuchte zwar mit verschiedenen Anekdoten und bourgeoisen Mätzchen die nötige Würze für die Verbindung mit dem Publikum zu schaffen. Aber wir glauben, daß ein großer Teil der Kulturfilmgemeinde mit diesen Anschauungen nicht sonderlich sympathisiert.

Der Film selbst ist gut. Herrliche Aufnahmen von der alten Hafenstadt Bergen. Wundervolle Bilder von den norwegischen Fjords. Interessante Aufnahmen von Island mit seinen vulkanischen Landschaften. Und das Schönste: Spitzbergen, ewiges Eis. Herrliche Gletscher, gefährliche Eisberge, Wundergebilde der Natur. Wind und Sonne schufen hier im ewigen Eis wahre Kunstwerke.

Für den Naturfreund war dieser Buntfilm eine Freude. Geschmacklos nur die ewigen süßen Worte des Vortragenden. K—l.

Die Frau mit dem Weltrekord

In dem neuen Prachtbau der „S c h a u b u r g" gab es gestern Programmwechsel. Die Direktion hat mit der Auswahl der neuen Stücke einen glücklichen Griff getan. Zunächst gab es einige Harmlosigkeiten, über die herzlich gelacht wurde. Dann kam die Novität des Abends! „D i e F r a u m i t d e m W e l t r e k o r d" ist ein sauber gespielter Film, der L e e P a r r y Gelegenheit gibt, als kühne Schwimmerin und liebende Gattin einen Konflikt des Herzens, der durch die Wahl zwischen Weltberühmtheit und Liebesglück entsteht, nett und eindringlich darzustellen. Bei der Vorführung konnte man erneut feststellen, daß die Bilder außerordentlich k l a r und p r ä z i s e wiedergegeben wurden. Die H a u s k a p e l l e begleitete ansprechend die einzelnen Szenen. Es war ein unterhaltsamer Abend. —be—

Volkshochschule. Am Freitag, dem 9. Dezember, 8 Uhr abends, beginnt die Vortragsreihe „Das physikalische Weltbild", von Studienrat Dr. Mund, im Physiksaal des Reform-Realgymnasiums, Friesenstr. 3/4. — Am Sonntag, dem 11. Dez., vormittags 11½ Uhr, findet eine Besichtigung der Moritzkirche statt. Einführungsvortrag: Pfarrer Voigt von der Moritzkirche, Vorführung der Orgel: Organist Adolf Wieber.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271206-15/fragment/page=0006

Gewerkschaftsbewegung

So sieht die „Neutralität" aus

In unserer gestrigen Ausgabe veröffentlichten wir ein Rundschreiben der Bezirksleitung Zeitz des Bergarbeiterverbandes, in welchem u. a. zum Ausdruck gebracht wird, daß die freien Gewerkschaften unbeeinflußt von den politischen Parteien ihre Tätigkeit zu entfalten haben. Es wird in dem Rundschreiben betont, daß die Wahlen der Kameraden zu den Gewerkschaftskörperschaften auf keinen Fall unter Hervorhebung politischer Gesichtspunkte erfolgen dürfen. Laß Deiner rechten Hand nicht wissen, was die linke tut, so könnte man jetzt ausrufen, denn während hier der Bezirksleiter Weickart mit großer Emphase eine Attacke gegen die bösen Kommunisten reitet, die die Gewerkschaften parteipolitisch beeinflussen wollen, schreiben seine reformistischen Gesinnungsgenossen aus dem Mansfelder Kreise im „Volksblatt" vom Sonnabend, dem 3 Dezember, eine Aufforderung zum Besuch der Mitgliederversammlung des VBV. in Eisleben nichts weiter ist als eine sozialdemokratische Beeinflußung der Gewerkschaftsmitglieder. Zuerst wird dem Leser etwas Honig auf die Backe geschmiert. Da schreibt man nämlich:

„Jedem Verbandskollegen ist Gelegenheit gegeben, an Stelle der jetzigen Ortsverwaltungsmitglieder nur solche Kollegen zu wählen, die nicht in erster Linie Parteimenschen, sondern treue Gewerkschaftler sind."

So etwas steht recht harmlos aus, aber zum Schluß wird man etwas deutlicher, da schreibt man nämlich:

„Alle Verbandskollegen, denen es ernstlich daran gelegen ist, einen Wandel in der Zusammensetzung der Ortsverwaltung herbeizuführen, werden ersucht, bereits um 2 Uhr zu einer Vorbesprechung sich einzufinden."

Und einige Zeilen weiter erfolgt dann die endgültige Aufforderung:

„Das Erscheinen der in der Sozialdemokratischen Partei organisierten Verbandskollegen ist Pflicht."

Es ist nicht notwendig, diesen Auszügen noch viele Worte hinzuzufügen. Die Reformisten haben wiederm einmal bewiesen, daß ihr Gerede von der parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften eben nur ein Mittel ist, mit welchem sie jede oppositionelle Meinung niederknüppeln wollen. Die Reformisten scheuen jedoch selbst nicht davor zurück offen zu einer Fraktionssitzung der Sozialdemokratischen Mitglieder des Bergarbeiterverbandes aufzufordern. Das sollten einmal die Kommunisten machen, sofort würden sie aus dem Verbande herausgeworfen werden, wie dieses durch zahlreiche Beispiele schon bewiesen ist. Die revolutionären Kameraden des VBV. werden solche Maßnahmen der Reformisten natürlich nicht so ohne weiteres hinnehmen, sondern sie werden sie benutzen, um den ganzen Schwindel der parteipolitischen Neutralität aufzudecken und alle Kameraden aufzufordern, die Gewerkschaften im Sinne des Klassenkampfes auszugestalten und bei kommenden Wahlen nur solche Kameraden zu wählen, die es nicht notwendig haben, mit Lug und Trug ihren Parteigeschäften nachzugehen.

Weiter vorstoßen!

Am Dienstag, dem 29. November, fand in Halle eine Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt, in der Stellung genommen wurde zur Bezirkskonferenz des Verbandsbezirkes Halle und zu welcher laut Statut des DMV. drei Delegierte zu wählen waren. Der Kollege Lüttich erläuterte die Bedeutung einer solchen Konferenz und wies gerade auf die Wichtigkeit der diesjährigen Bezirkskonferenz wegen der von der Verbandsbürokratie geplanten Alters- und Invalidenversicherung hin. Zu den Ausführungen des Kollegen Lüttich fand seltsamerweise keine Diskussion statt, obwohl es zu beratschlagen gewesen wäre, wenn die breite Kollegenschaft zu diesen Angelegenheiten Stellung genommen hätte. Von der Opposition wurde vorgeschlagen, die Kollegen Lüttich, Drescher und Berger zu dieser Konferenz zu delegieren. Die SPD.-Fraktion hatte beschlossen, in der Mitgliederversammlung die Kollegen Gröbel, Emmrich und Becker vorzuschlagen. In der Fraktionssitzung der SPD. mimte die Bezirksleitung den starken Mann und machte den SPD.-Kollegen vor, sollten diese Kollegen in der Mitgliederversammlung nicht gewählt werden, so fahren sie doch zur Bezirkskonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Welche blöden Geschichten und wie muß es mit den geistigen Qualifikationen der Teilnehmer in den SPD.-Fraktionssitzungen bestellt sein, wenn man den SPD.-Kollegen dort solche Märchen aufbindet. Man will damit sagen, daß wenn sich eine oppositionelle Mehrheit in der Mitgliederversammlung findet und andere Kollegen gewählt werden, man dann die SPD.-Kollegen gegen den Willen der hallischen Mitglieder doch hinschicken würde. Die Dinge haben aber einen anderen Haken. Kollegen von der SPD. Die drei genannten Kollegen sind Mitglieder der Bezirksleitung und somit auf Grund des Statutes verpflichtet, an dieser Konferenz teilzunehmen. Wir schlagen den SPD.-Kollegen vor, sich in Zukunft nicht mehr so wie bisher von ihren Parteigrößen an der Nase herumführen zu lassen. Die Abstimmung über die eingereichten Vorschläge ergab folgendes Resultat:

Lüttich, Drescher, Berger je 190 Stimmen.

Der Vorschlag der SPD.: 56 Stimmen.

Im zweiten Punkt der Tagesordnung behandelte Kollege Drescher die wirtschaftliche Lage und betonte in seinen Ausführungen, daß wir alle Ursache haben, jetzt alle Kräfte zu konzentrieren, um in der gegenwärtigen Konjunkturperiode zu verstehen, unser Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, da wir nicht mit Bestimmtheit sagen können, bis wann diese Konjunkturperiode anhalten wird, zumal verschiedene Erscheinungen schon das Nahen einer Wirtschaftskrise anzeigen. Er ging dann in seinen Ausführungen noch ein auf die arbeiterfeindliche Politik der Bürgerblockregierung und zeigte den hallischen Metallarbeitern somit die Notwendigkeit des Sturzes der Bürgerblockregierung, die offensichtlich Unternehmerinteressen vertritt.

In der Diskussion zu den Ausführungen des Kollegen Drescher versuchte der Kollege Schneider nachzuweisen, daß die Auffassung von Drescher irrtümlich sei und von einer herannahenden oder

überhaupt einer kommenden Krise nicht die Rede

sein könne, da ja die deutsche Industrie 7,5 Millionen Strafgelder wegen Kohlenüberlieferung an das Eisen- und Stahlkartell zu zahlen hat. Er wirbt dann weiter zu der im Januar stattfindenden Lohnbewegung der mitteldeutschen Bergarbeiter. Es sei dafür eine zu 100 Prozent organisierte Kollegenschaft notwendig. Es erfolgen in der Diskussion ferner die Kollegen Zapp und Schneidewind, die verschiedene Vorschläge zur Stärkung der Organisation technischer Natur machten. Der Kollege Berger ging dann auf die wirtschaftlichen Ausführungen von Schneider ein und zeigte an Hand der tatsächlichen Wirtschaftsvorgänge und Wirtschaftslage, daß die Auffassung von Drescher den gegebenen Verhältnissen entspricht. Er betonte auch in seinen Ausführungen, daß man wohl immer in den Betrieben oder sonstwo für die Stärkung der Gewerkschaft agitieren müsse, daß dies aber nicht das einzigste Mittel der Gewerkschaftsstärkung sei, sondern daß darüber hinaus die Gewerkschaften führen müssen

Kämpfe um Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiterklasse.

Wenn nun die bisherigen Ausführungen von allen Diskussionsrednern an Sachlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen, so mußte der ehemalige Fraktionsführer der „sozialistischen" Metallarbeiter, Täumel, eine persönliche Note in die Diskussion hineinlegen, weil ja auch sachlich gegen die von Berger gemachten Ausführungen nichts einzuwenden war. So versuchte er eine Stimmung gegen den „frischgebackenen Parteisekretär" Berger zu entfachen. Die Kollegen gaben ihm durch Zwischenrufe die gebührende Antwort. Wir stellen hier mit Genugtuung fest, daß gegen die sachliche Gewerkschaftsarbeit der Opposition im Deutschen Metallarbeiterverband Halle nichts anderes als die persönlichen Dreckschleudern der SPD. gesetzt werden können. Wir überlassen es der wegen „allzu großer Fähigkeit" abgebauten SPD.-Größe Täumel, mit solchen Argumenten zu operieren. Damit wird erreicht, daß die hallische Kollegenschaft von

dem ernsten Willen der Opposition, sachliche und gute Arbeit zu leisten,

nur gestärkt wird und daß für die Opposition die besten Positionen zur Ortsverwaltungsneuwahl geschaffen werden. Konnte die Opposition doch in der vergangenen Generalversammlung ein Steigen der Stimmen um annähernd hundert für sich buchen, während die SPD. an die sechzig Stimmen verlor. Dasselbe Verhältnis muß in der kommenden Generalversammlung verstärkt zum Ausdruck kommen. Steigert die Aktivität in den Betrieben und Gewerkschaften. Das Ziel der hallischen Metallarbeiter muß sein, gegen ein Bäckerdutzend von reformistischen Stimmen eine oppositionelle Verwaltung zu wählen.

Lohnabbau und nochmals Lohnabbau

Brutale Willkür der Unternehmer in den Zeitzer Kinderwagenfabriken

Auf ganz eigenartige Weise versuchen die Unternehmer, einen ungeheuren Lohnabbau vorzunehmen. Sie gehen bei dieser Sache äußerst raffiniert vor. Vor allen Dingen nutzen die Unternehmer die zu Ende gehende Weihnachtssaison aus, um zur Erfüllung ihrer unsauberen Pläne zu gelangen. An der Spitze steht die Firma Münsch & Pretzsch. Am letzten Freitag sind acht Kollegen aus der Klappwagenbranche gekündigt worden, trotzdem feststeht, daß Aufträge für Klappwagen schon genug eingegangen sind. Aber die Kündigungen waren nur ein Mittel zum Zweck. Am Donnerstag vorher fanden Verhandlungen zwischen der Betriebsleitung und der in Frage kommenden Betriebsvertretung statt. Die Betriebsleitung wollte den Kollegen, welche auf Grund längerer Arbeitszeit als gute Arbeiter den sogenannten Facharbeiterlohn sich erworben haben,

in Zukunft nur den Lohn der angelernten Hilfsarbeiter zahlen,

trotzdem fast alle Facharbeiter sind (Schmied, Schlosser usw.). In 14 Tagen wäre dies ein Lohnabbau von ungefähr 8 bis 10 Mark gewesen. Der Betriebsführer machte bei dieser Verhandlung bekannt, falls die Kollegen für den niedrigeren Lohn arbeiten wollten, **daß dann genug Arbeit da wäre und keine Entlassungen stattfänden.** Die Kollegen lehnten dieses freche Ansinnen natürlich ab und deshalb erhielten die acht Mann die Kündigung.

Am Sonnabend wollten die Betriebsräte nun versuchen, festzulegen, wenn die Kollegen wieder eingestellt würden, daß sie dann zu den alten Bedingungen aufgenommen würden. Da zeigte sich ganz offensichtlich der Zweck der Kündigungen. Die Betriebsleitung gab die geforderte Zusage nicht und dokumentierte dadurch, daß sie nicht davor zurückschreckt, den Lohnabbau vorzunehmen.

Aufgabe der Gewerkschaften und Betriebsräte ist es nun, schnellstens alles mobil zu machen, um den Kollegen in den anderen Buden die ungeheure Gefahr vor Augen zu bringen. Vor allen Dingen muß der Betriebsrat von Münsch & Pretzsch eine Betriebsversammlung ansetzen. Es hat sich in der letzten Zeit gezeigt, daß viele Arbeiter eine zwischentarifliche Lohnerhöhung forderten (Holzarbeiter, Sattler usw.). Bei dieser Sache müssen wir immer ganz kurzfristige Lohnabkommen fordern, nicht daß Verträge auf ein ganzes Jahr festgelegt werden, wie dies die Zeitzer Gewerkschaftsführer getan haben. In den einzelnen Abteilungen der Fabrik müssen

regelmäßig kurze Versammlungen

stattfinden, um zu den Tagesfragen Stellung nehmen zu können. Wir können z. B. feststellen, daß bei Münsch & Pretzsch seit einem Dreivierteljahr keine Versammlung abgehalten worden ist. Also, Kollegen, fordert Eure gewählten Vertreter auf, praktische Arbeit zu leisten. Organisiert Euch restlos in den freien Gewerkschaften. Geht in die Verbandsversammlungen und seht den reformistischen Führern nicht nur aufs Maul, sondern auch auf die Finger. Fordert von ihnen öffentliche Gewerkschaftsversammlungen, damit die Verträge und Tarife nach den Vorschlägen der Kollegen aus dem Betrieb und nicht nach den Wünschen der Unternehmer abgeschlossen werden.

Was macht der Betriebsrat Bibthumschacht?

A.-K. Laut Manteltarif war an Sonnabenden vor hohen Festen bis 1923 die Sechsstundenschicht eingeführt. Durch das Ermächtigungsgesetz, welchem auch die SPD. zugestimmt hat, wurde auch dieser kleine Erfolge abgebaut. Die Mansfeld A.-G. hatte zu dieser Zeit einen Aushang im Betrieb angebracht, wo unter anderem geschrieben stand, daß mit Zustimmung der Verbandsvertreter bei der Mansfeld A.-G. die Sechsstundenschicht nicht in Frage kommt. Der Gesamtbetriebsrat empörte sich seinerzeit darüber und zog die Verbandsvertretung zur Rechenschaft, welche leugnete, die Zustimmung gegeben zu haben. Es wurde in dieser Sitzung eine Resolution gefaßt und einstimmig angenommen, wonach die Verbandsleitung eine Gegenerklärung in die Betriebe zum Aushang zu bringen hat. Die Verbandsleitung ist diesem nicht nachgekommen, also hat sie auch die Zustimmung gegeben, was ein glatter

Verrat an der Arbeiterschaft

ist. Seit dieser Zeit wird nun der Sonnabend in achtstündiger Arbeitszeit verbraucht oder die Schicht muß beigemacht werden. Der Betriebsrat setzte sich mit der Belegschaft in Betriebsversammlungen auseinander und wie die Belegschaft beschloß, so wird angefahren. Heute ist dies anders. Erschien da vor etlichen Tagen ein Aushang von der Werksleitung mit dem Hinweis, daß mit Zustimmung der Betriebsräte wegen günstiger Witterung (wer lacht da nicht) die Schichten für Heiligabend und Silvester beigemacht werden müssen. Dieses ist aber ein starker Tabak. Nun murmelt alles im Betrieb und wird geschimpft. Der eine sagt, warum hat der Betriebsrat nicht die Belegschaft gefragt, der andere sagt, was hat das mit günstiger Witterung zu tun oder der andere, wo kann der Betriebsrat seine Zustimmung geben, daß eineinhalb Monate vorher die Schicht beigemacht werden muß. Denn am Sonnabend, dem 26. November, mußte die Frühschicht die Nacht nochmals anfahren und die Schicht beimachen. Kameraden, vor allen Dingen stellen wir fest, daß die Verbandsleitung ihre Zustimmung zu der Durchbrechung der Sechsstundenschicht gegeben hat. Weiter stellen wir fest, daß der Betriebsrat unbedingt die Pflicht hat, ehe er dem Unternehmer seine Zustimmung gibt, die Belegschaft zu fragen. Auch wäre es angebracht, von den Sitzungen der Betriebsräte mit den Unternehmern den Inhalt der Belegschaft in Betriebsversammlungen bekanntzugeben, wie das früher der Fall war, wo noch revolutionäre Betriebsräte mit vertreten waren. Heute erfährt überhaupt keiner etwas von den Sitzungen. Wir wissen nicht, was gehauen noch gestochen ist. Kameraden, das Schimpfen hat keinen Wert. Organisiert Euch auf schnellstem Wege freigewerkschaftlich, damit bei der nächsten Betriebsratswahl die Betriebsräte, die ihre Pflicht gegenüber der Belegschaft nicht getan haben, ins alte Eisen geworfen werden. Damit helft Ihr eine revolutionäre Bewegung aufbauen, und wir werden auch in der Lage sein, die Gewerkschaften wieder zu Klassenkampforganisationen zu machen. Dies zu erreichen, dazu brauchen wir Eure Mitarbeit.

Noch eine Frage an den Betriebsrat: Wo bleibt eine

Berichterstattung über Lohnverhandlungen!

Warnung!

Täglich versucht die Gewerkschaftsbureaukratie mit ihrer Arbeitsgemeinschaftspolitik Euren Kampf um Lohn und Achtstundentag in falsche Bahnen zu lenken.

Rosa Luxemburg,

unsere mutige Vorkämpferin gibt uns in dem im Dezember 1927 erscheinenden Band IV ihre Werke:

Gewerkschaftskampf und Massenstreik

Antwort, wie wir die Reformisten bekämpfen und den revolutionären Befreiungskampf führen müssen.

Zirka 600 Seiten auf holzfreiem Papier, Halbleinen-Einband. Preis 11 Mark, broschiert 8 Mark.

Sonderpreis 7 RM., broschiert 5.20 RM.

zahlt derjenige, der den Betrag in Raten bei den Arbeiterbuchhandlungen einzahlt oder auf das Postscheckkonto Berlin, Nr. 140 566, der Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, GmbH., Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28, überweist.

Betriebsmord!

Tödlich verunglückt

ist der Arbeiter Ernst Boch aus Eisdorf auf der Grube „Henriette" bei Teutschenthal. Der Unfall ereignete sich beim Abschmieren des Betriebes.

Zwei Arbeiter vom Zuge erfaßt

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Halle (Saale) teilt mit: Am 5. Dezember, Stunde 7.08, wurden die bei Bauarbeiten auf der Spreebrücke in Kilometer 83 der Bahnstrecke Kottbus—Frankfurt (Oder) beschäftigten Arbeiter der Firma Reuter und Straube, Halle, Walter Freund aus Diemitz b. Halle und Willi Menzel aus Primkenau in Schlesien, als sie eine Wasserstoff-Flasche über die Gleise trugen, vom Zuge 959 erfaßt. Freund erlitt schwere Verletzungen und ist nach Einlieferung in das städtische Krankenhaus in Kottbus verstorben. Menzel, der in die Spree gefallen war, ist innerlich verletzt. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Lohnbewegung der Berliner Knopfarbeiter

Eine am 27. November stattgefundene Versammlung der in der Berliner Knopfindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nahm Stellung zu ihrem Lohntarif. Dieser Tarif sieht Stundenlöhne von 37 bis 69 Pfennig vor, die den Arbeitern von 16 bis 21 Jahren und darüber gezahlt werden. Auf Grund dieser schlechten Löhne sind die Arbeitsverhältnisse in der Knopfbranche geradezu unerträglich geworden. Obiges Lohnabkommen wird auf Beschluß der Versammlung am 15. Februar und 29. Februar 1928 gekündigt werden. Die Berliner Knopfarbeiter erstreben den Abschluß eines Rahmen- und Lohntarifs. In diesem Abkommen soll die 48-Stunden-Woche der 2-Uhr-Schluß an Tagen vor Sonn- und Festtagen, ein Urlaub, wie er im alten Tarif enthalten war, festgelegt werden. Ueberarbeit soll nur unter vorheriger Zustimmung der Betriebsräte gestattet sein. Lohnforderungen wurden folgende aufgestellt:

Werkzeugmacher 1,10, 1,30 und 1,50 Mark in den ersten drei Jahren, Dreher 1,35 Mark, Galvanisseure 1,10 Mark, Schleifer 1,35 Mark, Einrichter 1,20 Mark, Brenner 1,10 Mark; Lehrlinge, erstes bis viertes Jahr, 15, 25, 30 und 40 Pfennig; männliche Jugendliche 35 Pfennig, weibliche 35, 40 und 50 Pfennig, von 14 bis 18 Jahren. Für die Ungelernten, deren Tarif gekündigt wird, soll eine zwischentarifliche Lohnerhöhung erreicht werden. Nach kurzer Diskussion stimmte die Versammlung diesen Vorschlägen einstimmig zu.

Die Konsumgenossenschaften im 3. Vierteljahr 1927

Die Vierteljahrsstatistik der Konsumgenossenschaften, die alle Konsumgenossenschaften mit mehr als 400 Mitgliedern erfaßt, ergibt folgendes Bild: Die Zahl der berichtenden Genossenschaften ist von 647 auf 635 zurückgegangen. Die Mitgliederzahl hat ihre Abwärtsbewegung fortgesetzt, und zwar betrug sie im 1. Vierteljahr 1927 3 145 840, fiel im 2. Vierteljahr auf 2 919 142 und zeigt im 3. Vierteljahr 2 826 483 Mitglieder. Demgegenüber ist der Umsatz, Geschäftsguthaben und Spareinlagen gestiegen, wie folgende Tabelle zeigt:

Kalenderjahr 1927:

Vierteljahr	Umsatz	Geschäftsguthaben	Spareinlagen
1.	206 210 919	36 603 096	159 893 033
2.	231 999 084	37 872 306	175 424 456
3.	236 606 473	38 915 943	198 995 624

Bei den Umsätzen ergibt sich nach einer Umrechnung auf das einzelne Mitglied in drei Quartalen eine Steigerung von 65,55 Mark auf 79,48 Mark und auf 83,49 Mark.

Weihnachtsunterstützung

Der Verbandsvorstand des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat beschlossen, auch in diesem Jahre den arbeitslosen Mitgliedern eine Weihnachtsunterstützung zu gewähren. Dieselbe beträgt 15, 20, 25, 30 RM. und höher. Sämtliche arbeitslosen Mitglieder des Verbandes werden ersucht, **bis spätestens Montag, den 12. Dezember,** im Verbandsbureau, Harz 42/44, Zimmer 29/30 ihren Anspruch zur Zahlung anzumelden.

Nachweis über die Arbeitslosigkeit sowie das Verbandsbuch sind mitzubringen.

Die Ortsverwaltung.

Du mußt in die Versammlung gehen!

Gewerkschaftskollegen von Halle!

Am Freitag, dem 9. Dezember, findet im „Volkspark" eine

wichtige Versammlung der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre

statt. Alle Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre werden zu dieser Veranstaltung geladen. Betriebsratsausweis bzw. Funktionärkarte der Gewerkschaft ist mitzubringen. Weitere Bekanntmachung erfolgt noch.

Ortsausschuß Halle des ADGB.

Jugendkolleginnen, Jugendkollegen von Halle!

Am Freitag, dem 18. Dezember, abends pünktlich ½8 Uhr findet im „Volkspark" zu Halle eine Versammlung der in den freien Gewerkschaften des ADGB. organisierten Jugendkolleginnen und Jugendkollegen statt.

Engelbert Graf, Dürrenberg,

von der Wirtschaftsschule des Deutschen Metallarbeiterverbandes, spricht über

„Das heutige Rußland".

Wir laden zu dieser Versammlung hiermit ein. Mitgliedskarte der Gewerkschaft ist als Ausweis mitzubringen.

ADGB. Ortsausschuß Halle
Die Jugendleitung, gez. Nickel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271206-15/fragment/page=0007

ENDEPOLS & DUNKER
Gr. Ulrichstr. 19/20 HALLE (Saale) Gr. Ulrichstr. 19/20
Herren-, Damen-, Knaben- und Berufskleidung
Bequeme Zahlungsbedingungen nach Uebereinkunft
50743

WÄSCHE, STOFFE, KLEIDER
KAUFE BEI
M. SCHNEIDER
Leipziger Straße 94
51189

Gummiwaren aller Art
Spülapparate, Damenbinden
sowie alle vorkommenden sanitären Artikel
C. Klappenbach & Co.
Große Ulrichstraße 41
50744

Feinbäckerei
Brot u. Backwaren
täglich frisch
K. Werner
Geiststraße 38
50142

Herren- u. Jünglings-Kleidung auf Teilzahlung
zu den günstigsten Bedingungen kaufen Sie am besten und billigsten bei
Neumarktstr 6 **Franz Mettner G.m.b.H.**, Neumarktstr. 6
50146

Bernh. Barth Nachflg.
Paul Beyer
Kl. Ulrichstraße 10
Kolonialwar., Weine, Spirituosen, Zigarren, Zigaretten, Kohlen
51188

Gummiwaren
Wachstuche, Linoleum
Hugo Nehab Nachfg.
Große Ulrichstraße 3
50706

Puppen
Spielwarenhaus
Rud. Weibezahl
Halle a. S.
Obere Leipziger Straße 86a
Spielwaren
51198

Poewendahls
Damen-Kleidung
„Vom Kopf bis zu den Füßen"
50746

Wir vermieten:
Gasherde
Gaskocher
Elektrische Apparate
Beleuchtungskörper
Bade-Einrichtungen
in 6-12 Monaten Ihr Eigentum
Stadtgeschäft Halle
für Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Anlagen
G. m. b. H.
Gr. Ulrichstr. 54 Telephon 25654
50190

Sporthaus
Julius Bacher
Halle a. S., Leipziger Str. 102
51188

Trinkt Poetzsch-Kaffee
Die führende Qualitätsmarke
Richard Poetzsch, Halle a. d. S., Gr. Ulrichstr. 10
50706

S. Mühlbauer, Albrechtstraße
(Ecke Geiststraße)
Strümpfe, Wäsche, Wollwaren
Damen-Konfekt.
50139

Die werktätige Bevölkerung kauft nur bei
Alex MICHEL
Halle an der Saale — Am Marktplatz
50703

Louis Ackermann
Oleariusstraße 13 Oleariusstraße 13
Rind- u. Schweineschlächterei
Erstklassige Aufschnittwaren
50742

Reichert Inh.: E. Zoche
Geiststraße 37 Telephon 28137
Wild, Geflügel, Zeitvolk.
Obst, Südfrüchte u. Gemüse
50141

Täglich frische
Nordsee Seefische
50745

August Pirl, Geiststraße 10
„Das Haus der guten Schuhe"
50148

Schuhwaren
Friedrich Oehlschläger nur Leipziger Str. 3
51098

Reserviert Nr. 8

Reserviert

Fabrik feiner Fleisch- u. Wurstwaren, ff. Aufschnitt
Ernst Halke, Gr. Ulrichstraße 62
50704

Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophone
Reparaturwerkstatt
Paul Krause, Geiststr. 39
50147

NUSSBAUM
Das Kaufhaus für Alle
Gr. Ulrichstr. 60/61 **Halle a. d. S.** Gr. Ulrichstr. 60/61
50747

Ritter-Kaffee
täglich frisch in unübertroffener Güte
Versand nach auswärts portofrei
Otto Noak, Inhaber **Georg Ritter**
Große Steinstraße 76
5070

Rind- und Schweine-Schlächterei
Georg Weiß, Geiststr. 13
Täglich: Frische Brühwürstchen
50145

Schirme, Stöcke Pfeifen
Xaver Herz
Geiststraße 65
50148

A. Herfurth
Gr. Wallstraße 12
Lebensmittel
hausschl. Fleisch- und Wurstwaren
51193

Rind- und Schweine-Schlächterei
Hugo Hartmann
Gr. Klausstr. 6
50740

Fahrradhaus
Fritz Hoffmann, Gr. Klausstr. 7
Billigste Bezugsquelle für Fahrräder und Ersatzteile. Reparaturen
50739

Werkzeuge
für jedes Handwerk
Haus- und Küchengeräte
Glas und Porzellan
Hempelmann & Krause
Halle a. S., Kleinschmieden 5
51190

In erstklassigen Backwaren
empfiehlt sich die Brot- und Feinbäckerei
Otto Krull, Kl. Klausstr. 6
50741

Otto Grünberg
Große Wallstraße 45
Fleischwaren aller Art: Herstellung feinster Wurstwaren zu stets billigsten Preisen
51194

A. HUTH & CO. A.-G.
HALLE A. D. S.
Gr. Steinstraße 56-57
Marktplatz Nummer 21
51191

Modehaus
Inneneinrichtung

SINGER
NÄHMASCHINEN
Erleichterte Zahlungsbedingungen
SINGER - NÄHMASCHINEN ACT. GES.
Mühlweg 22 Halle a. d. S. Leipziger Str. 23
50710

Damen- und Kinderbekleidung
Bruno Freytag
Leipziger Str. 100
51187

Arthur Müller, Kl. Ulrichstr. 1
Hausschlächterei
51196

Emil Bock, Kl. Ulrichstr. 1
Fernruf 259 24
Zigarren, Zigaretten, Tabake
51197

E. Friedel, Gr. Wallstraße 36
nur vorteilhafte
Kolonialwaren usw.
51195

W. Fleischer, Kl. Ulrichstr. 30
Zigarren, Zigaretten, Tabake
511 8

Oskar Großklaus Nachflg.
Fleischerstraße 12
Rind und Schweineschlächterei
51200

ZOO – Halle a. d. Saale
Größte Lebenswürdigkeit Mitteldeutschlands
Herrlicher Park und Felsen nahe der Saale. Reicher Bestand an Tieren der Heimat und fremder Länder. Neues Raubtierhaus Gartenkonzert Ausstichsturm, Gr. Saal
Eintrittspr. 70 A, Kinder 40 A
Vereine, Schulen Ermäßigung
Jeder Naturfreund, Aquarianer, Vogelliebhaber, Geflügelzüchter findet reiche Anregung u. Lehrg. Bester Anschauungsunterricht f. Schulen
51194

Hallesche Beerdigungsanstalt
Pietät
Inh.: M. Burkel
Kl. Steinstraße 4 Telephon 263 93
51188

Friedrich Koch
Leipziger Str. 74
Hüte
Mützen
Pelzwaren
51190

Molkerei Trotha
Frischmilch – Kindermilch
Butter – Sahne – Quark
Joghurt
51295

Schirme
Stöcke, Pfeifen
Ernst Karras jun.
Inh.: Hans Herz, Leipzigerstraße 4
51190

Kolonialwaren. Kaffeerösterei Franz Schumann Friedrichstraße 8 Ecke Waidenplan
51296

s. Weiss
Das Haus der eigenen Fabrikation
Halle — Berlin
Merseburg, Bitterfeld, Dessau
Nordhausen, Mühlhausen a. H.
5 748

Kaufe bei J. Lewin Gründung 1859 Marktplatz 2 und 3
Damen- u. Kinder-Bekleidung, Damen- u. Kinderhüte, Seiden- u. Kleiderstoffe, Leinen- u. Baumwollwaren, Tisch-, Leib- u. Bettwäsche, Teppiche, Gardinen, Kurz-, Weiß- u. Wollwaren, Herrenartikel
5119?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271206-15/fragment/page=0008

Aus dem Saalkreis

Proletarische Antwort auf die Saalkreis-Korruption

Die Arbeiterschaft des Saalkreises hat auf die Riesen-SPD.-Korruption und auf die Methoden, die von den Müller-Grützner zu ihrer Niederhaltung eingeschlagen werden, die einzig richtige Antwort gegeben: indem sie mehr als bisher den „Klassenkampf“ und der Kommunistischen Partei ihr Vertrauen bezeigt.

In Landsberg

war das Resultat von 22 neuen Lesern und 2 Parteimitglieder zu buchen.

In Bruckdorf

sind 36 Leser und 7 Parteimitglieder hinzugekommen.

Weiter so auf diesem Wege, und der bürgerlich-kapitalistischen Korruption wird mit proletarischen Fäusten bald ein Ende gemacht werden können

Fortführung der landrätlichen Spitzelkampagne

Teicha, 6. Dezember.

Wie in Löbejün, Büschdorf usw., so war auch hier der Landjäger der Beauftragte, die KPD. und den RFB. zu bespitzeln. Aber der Landjäger hat es hier nicht so unintelligent angestellt wie in Löbejün, wo die Polizei verlangte, daß die Funktionäre die Namen der Genossen schriftlich mitteilen sollen. Da weiß ja der Landjäger Niebuhr zu genau, daß er bei uns nicht weit damit kommt. So hat er es anders angedreht. Er ging zu dem Gastwirt und fragte nach den führenden Genossen der Organisatoinen. Er hatte auch schon eine Menge von Genossen so oberflächlich im Kopf und auch wohl auf der Liste, die er wahrscheinlich für den Landrat Dr. Müller aufstellen sollte. Nun, Herr Niebuhr kann kommen, wir sind schon bereit, ihm die Listen anzugeben. Wir stellen auch noch ein paar Glas Bier mit hin, wenn er kommt, die nimmt er sicherlich gleich zu sich. Wer ihn kennt, der weiß Bescheid.

Die Reaktion bot alle Kräfte auf

Im **Wahlbezirk Zwintschöna** war am Sonntag eine starke Beteiligung festzustellen. Hier zeigte sich ein Vorgeschmack von den kommenden Wahlen. Die Wähler wurden **von den Großagrariern per Auto und Droschke herangefahren.** Man war ihnen auch behilflich, daß sie keine „Dummheiten“ machten und zeigte diesen unbeholfenen alten Leuten den „richtigen“ Namen. Ein Arbeitgeber machte es noch schlauer, der schrieb einer Versicherten einen Zettel, den er dummerweise am Wahlausweis anheftete, auf den gleich der Anfangsnahme der Liste 2 geschrieben war. Diesen sollte sie wählen. Ein Beweis, daß von Arbeitgeberseite alles versucht wurde, um die „rote Brut“ zu stürzen.

Petersberg. Spürhunde an der Arbeit. Hier versuchte der Gendarm von Nehlitz von unseren Genossen Material und Auskünfte zu erhalten. Wir leben augenscheinlich im Zeitalter des Sozialistengesetzes, nur mit der Ausnahme, daß es nicht von Bismarck, sondern von Sozialdemokraten gegen die Arbeiter angewandt wird.

Zwintschöna. Die SPD. kann nicht landen. Die am Sonntag zum zweiten Male angesetzte öffentliche Volksversammlung, zu der die hiesigen sozialdemokratischen Oberschreier eine große Kanone, den Volksbeauftragten Barth versprochen hatten, erlitt zum zweiten Male erheblich Schiffbruch. Das vierblätterige Kleeblatt von Runge bis Kunze wartete bis 5 Uhr auf die furchtbaren Massen, die nicht kamen, und zog sich dann in ihre Gemächer zurück. Als unsere Genossen, die sich eingefunden hatten, um der großen Kanone entgegentreten zu können, nach der öffentlichen Versammlung fragten, wurde erklärt, man hätte eine Mitgliederversammlung daraus gemacht. Aber wo war die große Kanone? Hat die den Braten schon vorher gerochen, daß dieses Feld heißer Boden ist? Wir warten nunmehr auf die dritte Versammlung und wünschen den Reformisten guten Erfolg.

Teicha. Die Bombe, die wir in der vergangenen Woche in den bürgerlichen Gesangverein hineingeworfen haben, hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Man könnte noch manches Wort darüber schreiben. Leider wird diese Verwirrung in den bürgerlichen Reihen von den Arbeitervereinen in Teicha viel zu wenig beachtet und für unsere Ziele ausgenützt. Denn auch in unserem Arbeiter-Gesangverein besteht noch immer ein gewisser Zwiespalt unter den Sangesbrüdern. Wer einen Grund finden will, zu gehen, der sagt: „Es wird zu viel Politik bei den Sängern getrieben.“ Nein, Genossen, das ist das Uebel der Sache nicht, sondern gerade das Gegenteil trifft zu. Unser Gewährsmann muß als langjähriges Mitglied sagen, daß die älteren Sangesbrüder ihre persönlichen Erwägungen schon einmal in der Singestunde zur Sprache bringen können, aber ganz sachlich und mit großem Ernst bei der proletarischen Regie bleiben, denn sonst ist unsere Achtung als Kommunisten beim Verein gänzlich vorbei. Die Sache steht nun hier in Teicha einmal so, daß der Arbeiter-Gesangverein das bindende Glied der Arbeiterbewegung ist. Wer das weiterhin haben will, der muß Mitglied des Gesangvereins werden. Wir fordern die abgegangenen Sangesbrüder nochmals auf, am Freitag in der Singestunde zu erscheinen.

An alle Ortsgruppen!

Wir mahnen noch einmal alle Ortsleitungen der KPD., unverzüglich die Fragebogen für den Monat Oktober einzusenden. Wir wenden uns noch einmal an den Funktionärkörper und die Parteimitgliedschaft, jetzt unverzüglich Sorge zu tragen, daß die letzte Ortsgruppe ihrer Parteipflicht genügt und den Fragebogen einsendet.

Mit kommunistischem Gruß!

BL. Halle-Merseburg.
Org.-Abt.

Es haben noch einzusenden:

Halle-Saalkreis

Böllberg-Wörmlitz, Brachwitz, Beuchlitz, Canena, Diemitz, Dieskau, Dölau, Domnitz, Gröbers, Klein-Kugel, Könnern, Löbejün, Möderau, Mötzlich, Nietleben, Passendorf, Wettin, Zappendorf, Zwintschöna, Zscherben.

Torgau-Liebenwerda

Annaburg, Belgern, Bockwitz, Elsterwerda, Groß-Treben, Gröbeln, Kobershain, Liebenwerda, Lichtenburg, Mühlberg, Naundorf, Nichtewitz, Schilda, Zeckeritz, Torgau.

Bitterfeld-Wittenberg

Düben, Dobien, Friedersdorf, Gräfenhainichen, Kemberg, Petersroda, Pouch, Pratau, Ramsin, Roitzsch, Zahna, Zörbig, Zscherndorf, Zschornewitz.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch, Güntheritz, Groß-Crostitz.

Mansfeld-Sangerhausen

Alberstedt, Artern, Belleben, Burgörner, Bornstedt, Creisfeld, Eisdorf, Eisleben, Ermsleben, Erdeborn, Großörner Helfta, Helbra, Heldrungen, Hergisdorf, Heiligenthal, Höhnstedt, Klostermansfeld, Leimbach, Molmeck, Oberröblingen, Rothenschirmbach, Riestedt, Schraplau, Siersleben, Teutschenthal, Unterwiederstedt, Volkstedt, Wimmelburg, Wansleben, Wippra, Wolferode.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Bad Kösen, Borau-Selau, Breitenbach Crossen, Cölleda, Granschütz, Gröben, Kretschau, Langendorf, Laucha, Naumburg, Osterfeld, Rasberg, Streckau, Teuchern, Theißen, Unternessa, Webau, Wiehe, Werschen.

Merseburg-Querfurt

Altranstädt, Lauchstädt, Braunsdorf, Goddula, Globigkau, Delitz, Dürrenberg, Frankleben, Ermlitz, Groß-Kayna, Kötzschau, Kötzschen-Beuna, Lützen, Merseburg, Mücheln, Papitz, Raßnitz, Schkeuditz, Wehlitz.

Könnern. Der Etat reicht nicht. Der Bürgermeister erklärte in der letzten Stadtverordnetensitzung, daß der für 1927 auf 253 000 Mark in Anschlag gebrachte Etat, der in den letzten Jahren ständig gewachsen sei, trotz vorsichtigen Wirtschaftens nicht ausreichen werde.

Löbejün. Die Heldentat eines dem Hyperradikalismus verfallenen Reichsbannermanns. Mitte November fand in der „Börse“ ein Werbeabend des Reichsbanners statt. Der Abend wurde ausgeschmückt mit humoristischen Vorträgen, weil die ganze Ortsgruppe scheinbar aus Komikern und lächerlichen Leuten besteht. Bis zum Schlusse des Theaters verlief alles ruhig. Als kurz nach 12 Uhr zwei junge Burschen in die Gaststube kamen, wurden sie sogleich von zwei Reichsbannerleuten zärtlich empfangen Sie wollten Rache üben an den beiden Burschen für eine längst begangene Tat, die allerdings eine private Angelegenheit gewesen war. Ein anwesender Arbeiter sagte zu einem Reichsbannermann: „Du kannst ihm doch das Lokal nicht verbieten.“ Auf einmal war dieser Arbeiter der Störenfried. Plötzlich rief man: „Die zwei haben einen Revolver!“ Und richtig, es war auch so; der eine von den jungen Burschen hatte einen Scherzrevolver und wollte einen deutschen Republikaner mit Wasser erschießen. Jeder blamiert sich eben so gut er kann. Die Wut auf die „Roten“ wurde immer größer, und der Rachedurst mußte gestillt werden So machten sich denn zwei dieser Helden hinter beiden jungen Burschen, die nach Hause gehen wollten, hinterher. Mit den Worten „Seid Ihr Kommunisten?“ stürzte sich der lange Paul auf sein Opfer. Dieser Mut reizte auch den andern Helden und er schlug auch dazwischen. Wenn man bedenkt, daß sich ein Mann von 40 Jahren an Jungens von 18 bis 19 Jahren vergreift, so ist dies gerade nicht sehr mutig. Aber dieser Held ist alles, bloß kein klassenbewußter Arbeiter. Es gibt ja noch einige solcher Blüten hier im Reichsbanner, welche der Löbejüner Arbeiterschaft hinreichend bekannt sind. Das nächste Mal werden wir etwas deutlicher reden.

Löbejün. Die Saalkreisarbeiter auf dem Plan. Am Freitag, dem 2. Dezember, fand im „Adler“ eine von der KPD. einberufene öffentliche Krankenkassenversammlung statt. Der Besuch sowie die Anteilnahme der Anwesenden an den Ausführungen des Referenten waren sehr groß. Sie brachte einmütig zum Ausdruck, daß die Versicherten der OK. des Saalkreises in Löbejün die bisherige Arbeit des jetzigen Ausschusses und Vorstandes, welche nur im Interesse der Versicherten lag, billigen. Die Versammlung verurteilte einmütig aufs schärfste das Vorgehen des Gewerkschaftskartells Halle-Saalkreis in der Frage der Aufstellung der Kandidaten für die neuen Ausschuß- und Vorstandswahlen. Sie war der Meinung, daß die vom Gewerkschaftskartell aufgestellten Vertreter keine Bindung mit der Arbeiterschaft haben, und demnach auch ihr Vertrauen nicht haben können. Die Versammlung gelobte einmütig, alles daranzusetzen, daß der bisherige Vorstand gewählt wird und so noch mehr im Interesse der Versicherten die angefangene Arbeit fortsetzen kann.

Für Frühaufsteher!

Das Frühaufstehen macht manchem Großstädter viel Plage. Schaut euch die müden, verschlafenen Gesichter in der Straßenbahn, in der Untergrundbahn, in den Zügen an, die morgens Tausende zur Arbeit tragen. Wer klug ist, raucht nicht die letzte Zigarette am Abend, sondern hebt sich noch ein paar Massary-Privat für den Morgen auf. Nach dem Kaffee, nach dem Tee, auf der Fahrt zur Arbeitsstätte wirkt so ein glimmendes, belebendes Rauchstäbchen Wunder. Man „taut auf“, man streift die Bettschwere ab und findet den grauen Alltag nicht mehr ganz so unerträglich.

Massary-Privat aber muß es sein — denn diese wundervolle 4-Pfennig-Zigarette schont die Börse und gibt doch einen hohen, reinen Genuß.

Massary-Privat 4 ₰

ohne Mundstück- und mit Goldmundstück

Das ist Tabak!

Auch die älteren Schwestern der Massary-Privat sind reifer als gestern, sind vollkommene Tat:

Massary-Delft 5 Pf.
Massary-Ritter 6 Pf.
Massary-Diplomat 8 Pf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271206-15/fragment/page=0009

Der Kalbfleisch-Prozeß in Weißenfels

Lächerlich harmlose Zeugenaussagen — 3 Monate Gefängnis wegen passiver Bestechung

Koalitionspolitik ist Korruptionspolitik

Nach der Rede des Angeklagten wurde der Zeuge Dr. Heim, der **Direktor** der Norddeutschen Grundkreditbank in Weimar, vernom**men.** Dieser sagte aus, daß bei der 500-Mark-Anleihe am 8. Januar 1927 der Stadtrat Kalbfleisch nach der Verhandlung ihn gefragt **habe,** ob man dem sich in bedrängter Notlage befindlichen **ehemaligen** Theaterdirektor Deutsch **nicht etwas zuwenden könne.** **Er habe** darauf zugestimmt und eine Provision von ½ Prozent **dem** Deutsch zugesprochen, obwohl dieser mit der Vermittlung dieser Anleihe nichts zu tun hatte! Die Provision galt nur als eine Anerkennungssumme für die vor zwei Jahren durch Deutsch vermittelte Anleihe der Stadt Weißenfels. Durch diese ½prozentige Provision sei die Auszahlung bei der 500 000-Mark-Anleihe nicht berührt. Er habe nur der Stadt Weißenfels gefällig sein wollen, damit diese sich wieder seiner Bank bediene bei künftigen Anleihen. Dr. Heim erklärt weiter auf Anfrage, ob er mit Kalbfleisch über die Höhe der Provisionssumme gesprochen habe und ob dabei 1000 Mk. genannt worden seien, daß das nicht der Fall wäre. Er setzte hinzu, bei Provisionssummen würde niemals eine glatte Zahl genannt, es wäre im Bankwesen nur üblich, nach Prozenten zu rechnen. Auf eine andere Frage, ob er, Heim, bei der Unterredung mit Kalbfleisch gemerkt hätte, ob ein persönliches Interesse an der Provision bei Kalbfleisch vorlag, antwortet er verneinend.

Nach ihm wird dann endlich der so viel erwähnte und auf großem Fuß lebende, gewesene Theaterdirektor

Siegfried Deutsch

vernommen. Und man muß sagen, das Auftreten dieses Mannes war nicht gerade weltmännisch. Gemütlich kam Siegfried in den Saal geschlendert. Mit beiden Händen stützte er sich auf den vor dem Richterstand stehenden Tisch. Er wird nicht vereidigt, weil der Verdacht der Mittäterschaft nahe lag. Deutsch schildert dann in schleppenden Worten seine Tätigkeit als Anleihevermittler. Er äußerte, daß er bei den Verhandlungen über die 500 000-Mark-Anleihe sich schriftlich als Vermittler angeboten habe. Als Kalbfleisch ihm mitgeteilt habe, daß auch dieses Mal eine Provision abfiel, hätte Kalbfleisch von 1000 Mark gesprochen! Es seien ihm aber in Weimar 2500 Mark (!) ausgezahlt worden. Im „Weißen Schwan" habe ihm Kalbfleisch von seiner Hypothek erzählt und darauf habe er demselben Geld zur Verfügung stellen wollen. Sie seien beide auf das Klosett gegangen, damit die Leute nicht erfuhren, daß er im Besitz von flüssigen Mitteln sei! Er sei der Meinung gewesen, daß er die 1600 Mark, die er Kalbfleisch gab, wiederbekommen würde.

Der Richter fragt ihn dann, wie er zu dem Erpresserbrief kommt, den er einige Tage darauf an Kalbfleisch geschrieben hat. Darauf erklärt er einfach, er habe übertrieben, weil er sich zur Wehr setzen wollte!

Der interessante Brief lautet:

Gera, 26. Januar 1927.
Hotel Astoria.

Herrn Stadtrat Kalbfleisch, Weißenfels.

Wenn ich im Laufe unserer letzten Unterredung wieder nachgegeben **und mich von Ihren Salbadereien überreden ließ,** so zwingt mich meine verzweifelte Situation — in die ich wieder **durch Sie** geraten bin — zu ganz energischem Vorgehen, weil ich nicht gewillt bin, nachdem ich mein Vermögen verloren, auch noch Freiheit und Ehre zu opfern. In kurzen Worten gesagt: ich muß darauf bestehen, mir innerhalb kürzester Frist die restlichen 1200 Mark auszufolgen, da ich von allen Seiten gehetzt und verfolgt werde und man in Weimar weiß, daß ich Geld von der Bank bekommen habe. Ob Sie mir nun glauben oder nicht, spielt dabei keine Rolle mehr. **Es handelt sich für mich um leben oder sterben, um meine Kinder und meine Zukunft und ich lasse jede Rücksicht fallen, wenn ich nicht umgehend die Summe erhalte.**

Ich habe jahrelang Ihren Forderungen entsprochen,

die Sie unter dem Anschein des Wohlwollens an mich gerichtet haben und verdanke es Ihrem Eigennutz (!!), wenn ich durch meinen letzten Weißenfelser Vertrag mich zu Grunde gerichtet habe. Nun stehe ich vor dem Nichts und lasse alle . . . springen, um mich zu retten. Ich schrecke vor nichts mehr zurück.

Wenn Ihnen also daran liegt, einen Skandal zu vermeiden, der Ihren Kopf kosten kann,

so erbitte ich eine telephonische Nachricht (703 Vor. oder 423 Nachm.), wie Sie die Sache schnellstens regeln wollen.

Ich bin fest entschlossen vorzugehen, wenn die Sache nicht bis Ende der Woche erledigt ist. Auf weitere Verhandlungen kann ich mich nicht mehr einlassen. Hingegen verspreche ich Ihnen, Sie nicht mehr zu belästigen, sobald die Summe in meinen Händen ist.

Gegen eventuelle Ableugnungsversuche bin ich reichlich gesichert und vorbereitet. Jeder Versuch, die Sache zu verschieben, wäre vollständig nutzlos.

Ich erwarte Ihren Telephonanruf und erkläre Ihnen nochmals, daß ich nur bis Sonnabend warte. Es wäre mir selbst lieb, wenn sich die Angelegenheit in Güte regeln würde und hängt es nur von Ihnen ab, daß dies geschieht.

Hochachtungsvoll gez. Deutsch.

Deutsch spricht dann davon, daß er die Beschuldigungen in dem Briefe nicht aufrecht erhalten könne, er habe gar nicht gewußt, daß Kalbfleisch Forderungen an ihn hatte, dieser hätte ihm auch nichts davon gesagt. Nach seiner Meinung wäre es richtig, wenn jeder, der angegriffen wird, übertreibt.

Deutsch erklärt Uebertreibung rundweg für das Recht jedes Beschuldigten.

Auf die Frage des Richters, warum er auch Dinge herangeholt habe, die nichts mit der eigentlichen Sache zu tun hatten, sagt er, daß er so empört gewesen sei. Der Beamte habe ihn bei der Verrechnung nach allem möglichen gefragt und darauf habe er dem Beamten eben alles Mögliche erzählt! Er habe Kalbfleisch

das Geld nur aus Dankbarkeit gegeben.

Der Verteidiger hält darauf dem Zeugen verschiedene Beschuldigungen, die dieser gegen Kalbfleisch erhoben hat, vor. Jedesmal erklärt der Zeuge, daß er sie nicht aufrecht erhalten könne. Man kommt dann auf den Entschuldigungsbrief zu sprechen, den der Kaufmann Böhme aus Weißenfels dem Deutsch in Leipzig zum Abschreiben überbrachte. Deutsch gibt zu, daß er diesen Brief fast wörtlich abschrieb und daß er nur einige stilistische Aenderungen vornahm. Er habe nach dem Briefschreiben Böhme wegen seiner mißlichen Geldlage angepumpt. Böhme zahlte ihm 200 Mark bar und 400 Mark auf einen Scheck aus. Auf die Frage des Richters, ob mit den 600 Mark nicht der Entschuldigungsbrief bezahlt werden sollte, sagt er nein, der Brief sei von ihm nur geschrieben, damit er seine Anzeige wieder los wurde.

Wegen der unglaubhaften Darstellung, die Deutsch in aller Gemütsruhe vor dem Gericht machte, entstand begreiflicherweise

im Zuschauerraum Heiterkeit.

Der gestrenge Herr Richter drohte mit dem Hinauswurf eines jeden, der noch einmal wagen würde, sein Gesicht zu einem wohlgefälligen Grinsen zu verziehen. Deutsch erlaubte sich wirklich allerhand. Im scharfen Tone sagte ihm der Richter einmal: „Sie sind doch kein Kind mehr, Sie müssen doch wissen, ob Sie von Kalbfleisch Geld zu kriegen haben, oder er von Ihnen." Die Sache war zu kurios. 2500 Mk. haben beide auf dem Klosett geteilt. Der eine hat geglaubt, er hat es von dem anderen zu kriegen! Und der andere hat gemeint, er pumpt es dem einen aus Gefälligkeit! **Aus alledem ist klar ersichtlich, daß es mit dem Erpresserbrief schon** seine Richtigkeit haben wird und daß der zweite, der in Leipzig geschriebene Entschuldigungsbrief nur bestellte Arbeit darstellt.

Es wird dann der Zeuge Böhme vernommen. Auch dieser wird nicht vereidigt, weil er nicht eidesfähig ist. Böhme sagt aus, daß er in Gera gewesen sei, um von Deutsch 50 Mk. zu holen, für die er einmal die Bürgschaft übernommen habe. Dabei habe er von den Differenzen zwischen Kalbfleisch und Deutsch gehört. Er habe dann zu Hause eine Skizze zu einem Entschuldigungsbriefe entworfen und mit Deutsch ein Zusammentreffen in Leipzig vereinbart. Er sagt im allgemeinen dasselbe wie Deutsch aus, daß der Brief geschrieben wurde und daß er dann 600 Mk. dem Deutsch borgte, um diesem zu helfen. (?) Auf die Frage des Richters, ob etwa mit den 600 Mk. der Entschuldigungsbrief bezahlt sei, spricht er sich verneinend aus.

Nach ihm wird der Zeuge Schuster, der früher Sekretär bei dem Direktor Deutsch gewesen war, vernommen. Schuster schildert die Schwierigkeiten, die beim „Weißenfelser Theater" bestanden. In finanzieller Bedrängnis habe Deutsch ihm einmal gesagt, daß von seinen Einnahmen Kalbfleisch immer etwas abbekäme. Er habe das so aufgefaßt, daß Deutsch Herrn Kalbfleisch immer etwas verdienen lassen wollte, weil dieser auch ihn, den Deutsch, habe verdienen lassen! Nachträglich habe ihm Deutsch gesagt, daß er mit dem Geld nur Schulden meinte, die er bei Kalbfleisch bezahlen mußte.

Schuster macht dann sehr verfängliche Ausführungen, indem er davon spricht, daß Deutsch ihm einmal gesagt habe, **daß Kalbfleisch etwas abbekommen müsse von dem, was er von seinen Theatervorstellungen erhielte!** Siegfried Deutsch steht nach dieser Aeußerung sofort von der Zeugenbank auf und begibt sich in unmittelbare Nähe des Schuster. Er ersucht den Amtsrichter, doch den Zeugen Schuster einmal zu fragen, ob seine Verträge mit der Stadt Weißenfels nicht sehr ungünstig gewesen seien und daß er eben von diesem Gesichtspunkte aus gar keinen Grund hatte, den Kalbfleisch zu bestechen. Der Zeuge Schuster bejaht das eilend. Schuster setzt auch noch hinzu, daß Deutsch immer sehr nobel gewesen sei, wenn er Geld gehabt habe. Damit war die Beweisaufnahme beendet.

Der Staatsanwalt erhebt sich zu seinem Plaidoyer.

Kurz und klar schildert er den Sachverhalt. Er sagt, daß Kalbfleisch sich damit verteidige wegen den 1600 Mk., die er in Weimar bekam, daß er noch von Deutsch Gelder in der Höhe von 1200 Mk. zu erhalten hatte. Selbst wenn das zuträfe (Deutsch wüßte bekanntlich nichts davon), so sei ihm unverständlich, warum sich dann Kalbfleisch nicht 1200 Mk., sondern 1600 Mk. auszahlen ließ. Er hält die Angaben Kalbfleischs nicht für glaubhaft. Er geht dann auf die merkwürdige Rolle des Deutsch ein, die dieser vor Gericht spielte. Es spräche nicht zu dessen Gunsten, daß ein Verfahren wegen versuchter Erpressung gegen ihn eingeleitet wurde. Er habe in diesem Verfahren sehr oft seine Aussagen gewechselt, je nach der Einstellung, die er gerade bei der Vernehmung dem Angeklagten gegenüber hatte. **Seine Aussagen seien nur zu bewerten in dem Bestreben, Kalbfleisch zu entlasten! Er müsse dem Glauben schenken, was Deutsch zuerst ausgesagt habe, daß der Angeklagte Kalbfleisch bei der Annahme der 1600 Mk. keine Forderungen an Deutsch hatte und daß er die dem Deutsch verschaffte Provision zu persönlichem Vorteil angenommen habe. Deutsch habe früher gesagt, was er jetzt natürlich abstreitet:**

„Kalbfleisch war gewöhnt, mit mir zu teilen!"

Auch sei in der jetzigen Verhandlung dem Deutsch die Aeußerung entschlüpft: „Ich habe die 1600 Mk. aus Dankbarkeit hingegeben." Deutsch habe das erst gemerkt, als der Ausdruck heraus war. Man müsse auch berücksichtigen, unter welchen Umständen Kalbfleisch mit Deutsch in Weimar zusammengetroffen ist und an welchem Ort die Auszahlung des Geldes vor sich ging.

Ausgerechnet auf dem Klosett im „Weißen Schwan"

mußte es sein. Es gäbe doch noch andere Orte in Weimar, wo man unbeobachtet Geld auszahlen könne.

Gerade das heimliche Verhalten der Beiden spreche dafür, daß Kalbfleisch keinen Anspruch auf das Geld hatte! Kalbfleisch habe dem Deutsch die Provision nur verschafft, damit dieser mit ihm teilte!

Auch habe der Angeklagte an den Besprechungen mit Dr. Heim als Vertreter des Magistrats teilgenommen. Daran sei angenommener Vorteil und in Verbindung damit Amtshandlung erkennbar. Und damit sei auch der Tatbestand des § 331 des St. G. B. in diesem Falle erwiesen.

Wie Peitschenhiebe prasseln die Worte des Staatsanwalts auf die zusammengebrochene Größe der Sozialdemokratie, die sich verlegen auf der Anklagebank die Brille putzt, hernieder.

Der Staatsanwalt erklärt weiter:

Besonders an einen Beamten, der wie der Angeklagte, in leitender einflußreicher Stellung an der Spitze der Stadt stand, müssen hohe Anforderungen auf Zuverlässigkeit gestellt werden. Auf einem moralisch einwandfreien Beamtenkörper beruhe der Bestand des Staates! **Durch viele Fälle der Unredlichkeit und Bestechlichkeit ist sowieso das Vertrauen des Publikums in der Nachkriegszeit sehr stark erschüttert!** (Au Backe, Du, Republik!) Und das muß durch tadelloses Verhalten der Beamten wieder zurückgewonnen werden. Jede Bestechlichkeit eines Beamten muß ihre strenge Ahndung finden. Ich erkenne deshalb für den Angeklagten auf eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Außerdem beantrage ich den Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von fünf Jahren!

Der Verteidiger Kalbfleischs, der Rechtsanwalt Dr. Schnell aus Naumburg, tut sehr erstaunt über das Urteil. Er verlangt aus menschlicher und juristischer Ueberzeugung Freispruch! Sehr unpassend zitiert er zu den Aussagen des Zeugen Deutsch das Goethe-Wort: „Wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen!" Demnach könne sich jeder aus den Aussagen Deutschs etwas Beliebiges herauslesen. Es sei ein Eiertanz um das goldne Kalb der Wahrheit.

Nach einer Stunde verkündet das Gericht das

Urteil:

Der Angeklagte, Stadtkämmerer Kalbfleisch, wird wegen Vergehens gegen § 331 (einfache passive Bestechung) zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten kostenpflichtig verurteilt, zugleich wird nach § 358 des Strafgesetzbuches auf Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von drei Jahren erkannt.

Der Richter begründet dasselbe ungefähr wie folgt:

Kalbfleisch war Beamter der Stadt Weißenfels. Er hatte die finanzielle Wirtschaft der Stadt zu leiten. Bei der Anleihe am 8. Januar 1927 bei der Grundkreditbank in Weimar habe er sich für den Zeugen Deutsch um eine Provisionszahlung verwandt. Darauf sei dann der vom Gericht festgestellte Tatbestand eingetreten. Nach dem ganzen Hergang des Vorfalles und dem Ablauf der Geschehnisse ist zu schließen, daß das Bestehen einer Forderung von Kalbfleisch an Deutsch nicht begründet ist. Der Zeuge Deutsch mag übertrieben haben, doch muß angenommen werden, daß das, was er in dem Briefe geschrieben hat, im Grunde richtig ist, nämlich, daß er Kalbfleisch Geld gab, das dieser nicht zu fordern hatte. Eine Amtshandlung Kalbfleischs gegenüber Dr. Heim, des Direktors der Grundkreditbank in Weimar, ist vorgenommen worden.

In tatsächlicher und rechtlicher Beziehung liegen also die Voraussetzungen des § 331 vor und der Angeklagte muß verurteilt werden. Für das Urteil sind meines Erachtens die Gründe, die der Staatsanwalt ausgeführt hat, maßgeblich, und es ist auch Sache des Gerichts, von dem § 358 Gebrauch zu machen. Berücksichtigt ist worden, daß K. unbestraft ist, wie der Staatsanwalt hervorgehoben hat. Das Verfahren vor dem Amtsgericht ist damit zu Ende. Eine Berufung an die Kleine Strafkammer ist möglich.

Nach Verkündung des Urteils verläßt Kalbfleisch mit scheinbarer Ruhe das Gericht. Er wird sich als rutinierter SPD.-Mann fortwährend Selbstvorwürfe machen, denn er konnte ja nur verdonnert werden, weil er die Erpresserbriefe Deutschs der Staatsanwaltschaft übergab. Er wollte schlau heraus aus der ganzen Affäre und dabei hatte er Pech. Die Schlinge, die er seinem Genossen Deutsch zudachte, zog seinen eigenen Hals zu. Kalbfleisch brach sich das Genick, weil ihm durch jahrelanges Paktieren mit dem Bürgertum sein Klassenbewußtsein, sein proletarisches Empfinden verloren ging. Im Sumpfe der bürgerlichen Demokratie wächst ja so üppig das Blümchen Korruption. **Wer sich mit der Bourgeoisie koaliert, kommt über kurz oder lang in Versuchung, daran zu riechen.** Der Fall Kalbfleisch ist wieder ein Ruhmesblatt mehr für die Barmat-Partei Deutschlands. Möge er wenigstens der Weißenfelser Arbeiterschaft gründlich die Augen öffnen, als das Ergebnis einer, die werktätigen Massen schädigenden, Koalitionspolitik.

Was ich in der Sowjetunion erlebte

Ueber dieses Thema wird Genosse Höcker, Halle, Mitglied der IAH.-Rußlard-Delegation, am Mittwoch, dem 7. Dezember, abends 8 Uhr, in Weißenfels im „Hermannsgarten" in einer öffentlichen Kundgebung sprechen.

Die gesamte werktätige Bevölkerung muß ihre Solidarität für die Sowjetunion durch Besuch der Kundgebung zum Ausdruck bringen.

Auch Gegner des Arbeiterstaates, insbesondere die SPD.-Führer, sind hiermit eingeladen. Es wird ihnen volle Redefreiheit zugesichert. Die proletarischen Organisationen werden gebeten, an diesem Abend keine Veranstaltung abzuhalten.

Weißenfels. Volkskonzert des städtischen Orchesters. Am Donnerstag, dem 8. Dezember, 20 Uhr, findet im Stadttheater („Volkshaus") ein Volkskonzert des gesamten städtischen Orchesters unter Leitung von Fritz Thiede statt. Das Programm bietet Werke nordischer Komponisten und dürfte der kulturell interessierten werktätigen Bevölkerung außerordentlich gefallen. Außer den Orchesterwerken spielt Konzertmeister Otto Krieg ein Violinsolo und Siegfried Sohns ein Harfensolo. Eintrittskarten zu 30, 50 und 70 Pfennig in der Volksbuchhandlung, Marienstraße, und in den Verteilungsstellen des Konsumvereins. Das Gewerkschaftskartell, das Sport- und Kulturkartell, das Freigewerkschaftliche Jugendkartell, der Konsumverein unterstützen die kulturellen Bestrebungen des städtischen Orchesters und sie erwarten von ihren Mitgliedern zahlreiche Beteiligung.

Weißenfels. Der Vortragsabend des RFB., der für Mittwoch, dem 7. Dezember, festgesetzt war, fällt aus.

Weißenfels. Anmeldungen zur Jugendweihe werden angenommen in der Expedition des „Klassenkampf", Marienstraße 46.

Weißenfels. Zu den Ausschußwahlen der Weißenfelser Landkrankenkasse geht uns folgende Berichtigung zu: „In Nr. 275 vom 23. November 1927 des „Klassenkampf" wird ein Artikel veröffentlicht unter dem Stichwort: „Zur Ausschußwahl der Allgemeinen Krankenkassen für den Kreis Weißenfels", in dem es folgendermaßen heißt: An der Spitze (also Listenführer) steht ein nicht wahlberechtigter kaufmännischer Angestellter, Otto Schwabe von der Getreidehandlung Max Beier (Teuchern). Dieser Listenführer hat ganz bestimmt überhaupt nicht die leiseste Ahnung von Sozialversicherung und soll künftig über das Wohl und Wehe der Versicherten von Einfluß sein. Danach dürfte jedem Arbeiter klar sein, daß er eine solche Liste niemals wählen darf." Diese Behauptung ist unwahr! Wahr ist: „daß auf der Vorschlagsliste der christlichen Gewerkschaften als erster der Bodenarbeiter Paul Heine, Schkölen (Kreis Weißenfels), steht."

Naumburg. Rublack sabotiert wieder. Daß sich auch in Kappstadt die Arbeitslosigkeit gewaltig wieder gesteigert hat, ist allen bekannt. Nun haben die Erwerbslosen eine Versammlung gehabt, in der beschlossen wurde dem Magistrat zu ersuchen, daß wie im Vorjahre allen Arbeitslosen, ob verheiratet oder ledig, eine Extraunterstützung gewährt wird. Eine Resolution sollte nun der „allmächtige" SPD.-Kartellvorsitzende Rublack auf seiner Schreibmaschine durchschlagen. Aber der edle Arbeiterfreund, der wohl die Groschen der Arbeiterschaft annimmt (er ist Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes, Krankenkassenvorsitzender und so nebenbei handelt er noch mit Taschentüchern, Fahrrädern usw.) lehnte es ab, weil das Kartell für die Arbeitslosen schon etwas eingereicht hätte. Gewerkschaftskollegen, dieser Mensch, der schon die ganze Zeit sich von Euch bezahlen läßt, aber nichts für Euch tun will, liebäugelt mit dem Unternehmertum mit dem Krankenkassenvorstand! Kollegen, weg mit solchen Elementen. Rubleck hat genug gesündigt an der Arbeiterklasse. Wählt bei den kommenden Gewerkschaftswahlen nur Kollegen der Opposition!

Mödnitz. Bei dem Vergnügen des Arbeiter-Jugendvereins wurde für die Rote Hilfe eine Tellersammlung vorgenommen, und erreichte den Betrag von 5,05 Mark. Jeder gab sein Scherflein, nur zwei Geschäftsleute, die wir der Arbeiterschaft besonders empfehlen, schlossen sich von der Sammlung aus. Wir begrüßen, daß die Arbeiterschaft in den ländlichen Gebieten zur Linderung der Not unter den Angehörigen der politischen Gefangenen beiträgt. Sorgt auch bei kommenden Vergnügen dafür, daß die Sammlungen ihren Fortgang finden. Die politischen Gefangenen leiden und darben für uns. Wenn sie wissen, daß die Angehörigen keine Not leiden, bricht keine Justizwillkür ihre Ueberzeugung.

Zeitz. Mit Riesenschritten wird bei uns der Aufbau des Sozialismus vollzogen! Vor kurzem versuchte der Zeitzer „Volksbote" den Erfolg, den die KPD. bei den Wahlen im Anhaltischen davongetragen hatte, dadurch zu verwischen, daß er sich im lokalen Teil über eine Mitgliederversammlung der KPD., die einmal nicht so besucht war, wie das eigentlich hätte sein müssen, lustig machte. Nun, wir gönnen dem „Bötchen" den Spaß, trotzdem es besser tun würde, wenn es seine Veranstaltungen, die manchmal noch weit schlechter besucht sind als unsere, glossieren würde. In diesem Artikel lobt zu gleicher Zeit das „Bötchen" auch die Kommunalpolitik der Zeitzer SPD. Nun, am Montag hat die SPD. wieder einmal so richtig bewiesen, wie sie nach ihrer Meinung den Sozialismus in Zeitz „aufbaut". Wenn sie bis zu den Wahlen im Frühjahr so weiter aufbaut, wie das bis jetzt der Fall war, dann wird die Entscheidung für die Zeitzer Arbeiterschaft wirklich nicht schwer sein und die SPD. wird hier in Zeitz einen noch größeren Reinfall erleben als im Anhaltischen. Die SPD. ist am Ende ihres Lateins angelangt. Im Etat ist ein riesengroßes Loch. Beim Wasserwerk ist durch verschiedene technische Neuerungen ein größeres Defizit entstanden. Wie soll man diese Fehlbeträge decken? Nun, ganz einfach durch Auflegung neuer Steuern, die von der breiten Masse aufgebracht werden. So sollen zum Beispiel die Vertreter der SPD in einer Sitzung zugestimmt haben, daß der Preis für ein Kubikmeter Wasser von 12 auf 16 Pfennig erhöht wird, und jedenfalls rückwirkend ab 1. April. Wer wird bei der Erhöhung der Leidtragende sein? Doch weiter niemand als die Proleten. Wir wundern uns nur, daß die Zeitzer SPD. nicht dazu übergeht, die Luft zu besteuern.

Crossen. Ein Brand in der Pfarre äscherte das sogen. Seitengebäude (Scheune und Stallungen) ein. Einige Hühner kamen in den Flammen um. Dem Pfarrer wurde es im Wohnhaus etwas warm, sonst passierte weiter nichts. Der „liebe Gott" hat es immer noch „gnädig" gemacht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271206-15/fragment/page=0010

Bitterfeld-Wittenberg

500

Bald ein halbes Tausend Erwerbslose im Kreise Bitterfeld
Das Arbeitsamt scheut sich, die Zahl zu nennen

Als weitere Auswirkung des in der Vorwoche einsetzenden Frostes war eine weitere erhebliche Steigerung der Zahl der Arbeitsuchenden, die bei den männlichen Arbeitsuchenden etwa das Doppelte des Bestandes der Vorwoche ausmachte, zu verzeichnen. Mit Eintritt der milderen Witterung wurden jedoch die unterbrochenen Außenarbeiten (Baugewerbe) zum größten Teil wieder aufgenommen.

Landwirtschaft. Eine Zunahme der Arbeitsuchenden war nicht zu verzeichnen. Andererseits ist der Bedarf an Arbeitskräften weiter zurückgegangen. Er konnte dennoch nur zum Teil befriedigt werden. Vermittelt wurden 4 ledige Knechte, 1 verheirateter Gutsschmied und 2 Stall- und Feldmägde. Zugewiesen wurden weitere 4 Knechte.

Bergbau. Der noch bestehende verringerte Bedarf an Arbeitskräften kann im zwischenörtlichen Ausgleich nicht gedeckt werden, da die für die Unterbringung der angeforderten Arbeitskräfte erforderlichen Unterkunftsräume nicht vorhanden sind. Den Bedarf durch Arbeitsuchende des hiesigen Bezirks bzw. des Bezirkes Deltzsch zu decken, war in der Berichtswoche nur zum Teil möglich. Vermittelt wurden 22 Grubenarbeiter, für weitere 23 Zuweisungen steht das Vermittlungsergebnis noch aus.

Metallgewerbe. Der Bedarf hat sich gegenüber der Vorwoche nur wenig verändert und konnte bis auf Kesselschmiede und 1 älteren Konstruktionsschlosser gedeckt werden. Vermittelt wurden 15 Facharbeiter, für weitere 16 Zuweisungen liegt das Vermittlungsergebnis noch nicht vor.

Chemie. Die Anforderungen waren erheblich niedriger als in der Vorwoche. Zum Teil sind wieder Entlassungen zu verzeichnen. Vermittelt wurden 8 Fabrikarbeiter und 8 Arbeiterinnen. Weitere 5 Arbeiter wurden zugewiesen.

Holz- und Bekleidungsgewerbe. Die Arbeitsmarktlage ist unverändert ungünstig. Vermittelt wurden lediglich 2 Tischler.

Baugewerbe. Wie eingangs erwähnt, kam der größte Teil der Arbeitsuchenden aus dem Baugewerbe. Während die Außenarbeiten fast vollkommen eingestellt werden mußten, war zum Teil noch Nachfrage nach Maurern und Zimmerleuten für Fabrikarbeit usw. vorhanden. Vermittelt wurden 29 Maurer und Zimmerer. Weitere 19 Maurer wurden zugewiesen.

Arbeit aller Art. Den infolge Einstellungen von Erdarbeiten zu verzeichnenden erheblichen Entlassungen standen in der Berichtswoche wiederum größere Einstellungen gegenüber. Vermittelt wurden 58 ungelernte Arbeiter, für weitere 22 Zuweisungen steht das Vermittlungsergebnis noch aus.

Gast- und Hauswirtschaft. In Gastwirtschaft wurden 4 Mädchen und 1 Aufwartung in Stellung gebracht. Für Hauswirtschaft wurde 1 Aufwartung vermittelt. 4 Hausmädchen mit Kochkenntnissen und 1 Aufwartung werden gesucht. Zuweisungen erfolgten zum Teil.

Angestellte. Vermittelt wurde 1 Bureaugehilfe und 1 Kontoristin. Weitere Anforderungen liegen nicht vor.

Während sich bei den weiblichen Arbeitsuchenden Zu- und Abgänge fast vollkommen ausglichen, so daß die Zahl der weiblichen Arbeitsuchenden sich auf nur 196 (!) erhöhte, standen 559 Arbeitsgesuchen männlicher Arbeitnehmer nur 84 Abgänge gegenüber, so daß sich die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden auf 689 (mehr 475!!) erhöhte.

Bei der Notstandsarbeit in Gräfenhainichen wurden 63 anrechnungsfähige Notstandsarbeiter, davon 59 von auswärts, beschäftigt.

In der Berichtswoche sind

weitere 365 Anträge auf Arbeitslosenunterstützung

gestellt worden. Infolge erheblicher Rückfragen konnten die eingegangenen Anträge nur zum Teil entschieden werden.

Unterstützt werden in der Stadt Bitterfeld 49 männliche und 5 weibliche, im Kreis Bitterfeld 135 männliche und 18 weibliche, insgesamt also 207 Hauptunterstützungsempfänger (mehr 103!) mit 180 Angehörigen (mehr 88).

Die Zahl der aus der Krisenfürsorge unterstützten Arbeitslosen hat sich nicht verändert. Unterstützt werden 5 männliche Arbeitslose, davon 3 in der Stadt Bitterfeld.

*

Auf dem Bitterfelder Arbeitsamt, wo dieser Bericht fabriziert wurde, hat man einen wunderbaren Briefsteller. Drehen und Wenden — nicht zu deutlich ausdrücken, damit niemand merkt, daß das Elendsbarometer im Winter wiederum steigt. Tatsache ist, daß die Erwerbslosenziffer ziemlich gestiegen ist, wenn das Arbeitsamt auch „nur" von 479 berichtet.

Das sind bald ein halbes Tausend Arbeiter, die neuerdings aufs Pflaster geflogen sind. Dabei hat das Arbeitsamt über die eingegangenen Anträge „nur zum Teil" entschieden. Viele wurden für das nächste Mal aufbewahrt, damit die Steigerung der Erwerbslosen den Arbeitern nicht ins Auge fällt.

So kann uns die Sprache „durch die Blume" nicht darüber hinwegtäuschen, daß

das Elendsbarometer steigt.

Schikane des Bitterfelder Arbeitsamtes

Ein Protest der Erwerbslosen in Roitzsch

Als am Montag, in der vorigen Woche, die Erwerbslosen auf dem Gemeindeamt zum Stempeln erschienen, wurde ihnen eröffnet, daß sie sich jetzt jeden Montag in Brehna zur Kotrolle zu melden hätten. Es ist jedem Menschen unklar und unverständlich, warum dies geschieht. Die Erwerbslosen fassen es als eine Schikane seitens der Bureaukraten des Arbeitsamtes in Bitterfeld auf, denn es müssen etwa 30 Erwerbslose zwei Stunden weit im Schnee nach Brehna und zurück. Sie so zu sagen, ist lächerlich. Oder hat man seitens des Arbeitsamtes kein Zutrauen zur hiesigen Gemeindeverwaltung, weil ein kommunistischer Gemeindevorsteher dort sitzt? Bis jetzt ist es gegangen. Aber wir als Arbeiter konnten uns schon denken, daß mit dem Erwerbslosen-Versicherungsgesetz auch neue Schikanen gegen uns in Vorbereitung sind. Wir sind schon der Meinung, wenn wir jede Woche unseren Versicherungsbeitrag leisten und uns jeden Tag bei Erwerbslosigkeit auf dem Gemeindeamt melden, so müßte das doch genügen. Schriftstücke zum Beweis dafür, daß der Arbeiter keine Klage hat, werden doch gerade genug verlangt. Darum, Ihr Beamte vom Arbeitsamt Bitterfeld, mehr Einsicht und mehr Gefühl für das traurige Los der erwerbslosen Arbeiter.

Ein Erwerbsloser.

Aus dem Stadtparlament Wittenberg

Das Weihnachtsgeschenk der bürgerlichen Stadtverordneten: Schlechtes Wasser für Volksschüler — Zuschüsse für Lyzeumsschüler

Am Dienstag, dem 29. November, wurde in Wittenberg die zwölfte Stadtverordnetensitzung abgehalten. Im 1. Punkt wurde unser Genosse Arno Thoß an Stelle des Genossen Behnke eingeführt. In den Lyzeums-Ausschuß wurde an Stelle des Kaufmanns Thiemann der Zahnarzt Tiedt gewählt. Als Besitzer und Stellvertreter werden die von der alten Liste von 1927 wiedergewählt. Hierzu gab die KPD.-Fraktion folgende Erklärung ab:

„Das Mieteinigungsamt ist ein Verwaltungskörper nach unseren Erfahrungen wie alle bürgerlichen Gerichte. Wir lehnen es ab, uns an der Wahl zu beteiligen."

Umzugskosten in Höhe von 60 Mk. werden der Lehrerin Würzberg von Zahna nach Wittenberg bewilligt. Für die erkrankte Lehrerin Kahmann, die Nadelarbeitsunterricht hat, wurde die Lehrerswitwe Niendorf als geprüfte technische Lehrerin vorgeschlagen und gewählt. Die Entschädigung beträgt vom 1. November bis 31. Dezember (7½ Wochen) 330,75 Mk.

Ueber den 6. Punkt entspann sich eine längere Debatte betreffs Anschluß der alten Elstervorstadtschule an das Wasserrohrnetz. Das Wasser der alten Elstervorstadtschule hat sich nach Gutachten Sachverständiger sehr verschlechtert, während es von der rechten Stadtverordnetenfraktion noch als reichlich gut bezeichnet wird.

Die KPD.-Fraktion trat für sofortige Abhilfe ein, um Krankheiten der Kinder zu vermeiden. Außerdem hatte der Magistrat die Vorlage ohne Kommissionsbeschluß der Stadtverordnetensitzung überreicht, aus dem Grunde, die Angelegenheit nicht aufzuschieben. Dem Magistrat wurde empfohlen, in Zukunft diese Vorlagen durch die Kommissionen gehen zu lassen. Die Vorlage wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.

Die Vorlage Mietnachzahlung an den Reichsfiskus für die Tauenzienkaserne und die Arrestanstalt wurde zwecks Vorlegung an die Kommission zurückgegeben und vertagt.

Die geplante Durchgangsstraße (Gartenstraße genannt), die von der Berliner Straße nach der Lindenstraße geführt werden sollte und vor 23 Jahren projektiert wurde, wurde aufgehoben wegen Verkaufs des Grundstücks Berliner Straße 16 und weil die Notwendigkeit, eine Straße dort durchzulegen, nicht anerkannt wurde.

Der nächste Punkt behandelte die Abänderung der Schulordnung für das Katharinen-Lyzeum. Der Magistrat wird vom Provinzial-Schulkollegium ersucht, mit Wirkung vom 1. Dezember die Schulordnung auf Geschwisterermäßigungen auch den auswärts wohnenden Erziehungsberechtigten zu gewähren. Die kommunistische Fraktion betont, daß das Lyzeum eine Standesschule ist. Wie kommt die Stadt dazu, aus den Steuermitteln alle Jahre für jedes Kind etliche 100 Mark zu zahlen. Gegen die Stimmen der KPD. wird die Vorlage angenommen.

Angenommen wird eine Vorlage, den Kraftomnibusverkehr Wittenberg—Wartenburg und Wittenberg—Seegrehna auszubauen. Die Verhandlungen mit der Post sollen fortgesetzt werden.

Der letzte Punkt behandelte die Radfahrwege. Es wird betont, daß die Radfahrwege viel zu wünschen übrig lassen. Der Magistrat verspricht, hier Abhilfe zu schaffen.

Achtung, kommunistische Metallarbeiter von Bitterfeld!

Am Donnerstag, dem 8. Dezember, findet für alle kommunistischen Metallarbeiter, die der Zahlstelle Bitterfeld des DMV. angeschlossen sind, eine Fraktionssitzung statt. Parteibuch ist als Ausweis mitzubringen. Alle Genossen sind verpflichtet, zu erscheinen.

Die Fraktionsleitung.

Wittenberg. Die Kollegen vom Baugewerksbund, die in der KPD. organisiert sind, werden zu Mittwoch, den 7. Dezember, abends 6 Uhr, zu einer wichtigen Besprechung im „Gewerkschaftshaus" eingeladen.

Jessen. Prügelei in der sozialdemokratischen Versammlung. Im Verlauf der am Sonntag in Jessen (Elster) abgehaltenen sozialdemokratischen Wahlversammlung kam es zu einer Schlägerei mit den anwesenden Nationalsozialisten. Die Versammlungsteilnehmer gingen mit Stühlen und Biergläsern aufeinander los. Eine Reihe von Personen wurde verletzt.

Das Wunder

des Soldaten Iwan wird heute abend zusammen mit einem anderen russischen Film im Germania-Theater in Zörbig gegeben. Geht heute abend ins Kino und seht Euch die russischen Filme an! Das raten wir allen Werktätigen

von Zörbig

Die Sozialdemokraten im Piesteritzer Gemeindeparlament

Einheitsfront mit den Bürgerlichen — Die SPD. für geheime Abmachungen mit den Stickstoffwerken
Sie bezeichnen Max Hoelz als einen „modernen" Räuberhauptmann

Die am vorigen Mittwoch stattgefundene Gemeindevertretersitzung war wohl mit eine der skandalösesten in der Haltung der Sozialdemokratie. Der Palastrevolutionär Kuntz als Gemeindevorsteher und seine Gesinnungsgenossen von der SPD. gaben den zahlreich erschienenen Zuhörern einen Anschauungsunterricht, der wirklich einzig dasteht.

Es ist schon so, wie die Kommunisten wiederholt festgestellt haben; die SPD. hat auf dem Gebiete der Unterdrückung der revolutionären Arbeiterschaft eine vollkommen klare Linie. Ob man den Städtetag mit Beims an der Spitze oder den Reichstag mit dem Präsidenten Loebe an der Spitze oder den Piesteritzer Gemeindevorsteher Kuntz betrachtet, bleibt sich Jacke wie Hose. Ihr Ziel ist die Mundtotmachung der Kommunisten. Diese autokratische Bonzenwirtschaft wird allerdings in Piesteritz einen energischen Widerstand finden. Der Gemeindevorsteher Kuntz, der sich in einer Handlungsweise absolut keine Rechenschaft darüber ablegt, was den Erfordernissen der proletarischen Klasse entspricht, ein Mensch, der durch sein Auftreten im Gemeindeparlament von der „Demokratie" — über die er soviel redet — nur ein Zerrbild übrigläßt, hat schon lange das Recht verwirkt, sich Sozialist zu nennen. „Er", der — nach Aussage seiner eigenen Parteigenossen — bei seinem Amtsantritt nicht einmal wußte, an welche Stelle er seinen Namen unter die Manuskripte zu setzen hatte, der aber trotzdem die Treppe hinaufgeflogen ist, d. h. daß ihm vom allen Gemeindeparlament soundsoviel Dienstjahre angerechnet wurden, auf Grund dessen er eben sein verhältnismäßig hohes Gehalt bekommt, ist jetzt ein skrupelloser Mensch geworden. Immer mehr versucht er sich zum Einzelverwalter der Kommune zu entwickeln und die mißliebigen Kommunisten aus der praktischen Gemeindearbeit am liebsten ganz auszuschalten.

*

Die Tatsache, daß bereits eine Stunde vor Beginn der Vertretersitzung der Zuhörersaal überfüllt war, zeigt, daß die Arbeiterschaft ein immer regelrechteres Interesse an der Arbeit der Gemeindevertreter gewinnt. Um so unaeheuerlicher ist die Haltung des Gemeindevorstehers, der beim Bau des Rathauses alles andere als einen vernünftigen Zuhörerraum geschaffen hat — und jetzt auf sein „Hausrecht" pocht. Erst auf Drängen wurde den Pressevertretern im Sitzungssaale noch ein Platz eingeräumt. Das Verlangen der KPD.-Genossen, auch den übrigen Zuhörern noch eine Sitzgelegenheit zu beschaffen, wurde vom Gemeindevorsteher Kuntz brüsk abgelehnt. Seine Worte: „Ich übe hier das Hausrecht aus", lassen seinen ganzen Größenwahn erkennen. Die ganze Geschichte erregte unter den Zuhörern — worunter sich auch Bürgerliche befanden — berechtigte Empörung. Die übrigen SPD.-Vertreter schwiegen zu der ganzen Sache. Schämten sie sich?!

Das war so ungefähr das Vorspiel, welches der Sitzung vorausging. Wenn man die räumlichen Ausmaße aller Zimmer und die des Zuhörerraumes betrachtet, so muß man schon sagen, daß die Gemeindeverwaltung nette Berater gehabt haben muß. Berater, wie den Architekten Salnisberg, einen Freund der Großindustrie, die bekanntlich kein Interesse hat an der Mitwirkung der Oeffentlichkeit, machen einem vieles klar.

Sitzungsbericht

Die Tagesordnung umfaßte zehn Punkte. Die ersten Punkte: Wahl der Gemeindeberechnungs-Prüfungskommission, ferner Kenntnisnahme von der Bewilligung einer Hauszinsteuerhypothek für die neuerbauten Häuser in der Elbstraße 5 und Bevollmächtigung des Gemeindevorstehers zur Erledigung der grundbuchamtlichen Eintragung gingen schnell vonstatten. Punkt 3 betraf den

Ankauf des Bahndammes an dem neu geplanten Sportplatz.

Da die Sache schon lange läuft und die Sportler endlich zu dem gewünschten Platz kommen wollen, fand der Kauf restlose Zustimmung. Genosse Hilgers knüpfte noch die Hoffnung daran, daß den Arbeitslosen durch die Herstellung des Platzes nun bald Verdienstmöglichkeit gegeben werde. Den Wünschen der Sportler sei nun endlich Rechnung getragen. — Für

die Weihnachtsbescherung der Kleinkinderschule, der Sozial-, Kleinrentner und der Armenunterstützungsempfänger wurden bis zu 2409 Mk. bewilligt, wobei Genosse Bode nicht vergaß, darauf hinzuweisen, woher das Elend kommt und wie — dank der kapitalistischen Steuerwirtschaft — von den Gemeinden nur so wenig getan werden kann. — Auf Antrag erhalten drei Hausbesitzer je 50 Mk. bewilligt als sogenannte Umzugsbeihilfe.

Da die Arbeit in der gewerblichen Fortbildungsschule fortwährend zunimmt, wird die

Anstellung eines zweiten hauptamtlichen Gewerbelehrers zum 1. April 1928 beschlossen.

Punkt 5: Gewährung von

Beihilfen an gemeinnützige Vereine löste eine längere Debatte aus. Es waren Anträge eingegangen von einem Vogelschutzverein, der Arbeiter-Wohlfahrt, der IAH. und der Roten Hilfe. Von unseren Genossen wurde darauf hingewiesen, daß uns Arbeitern an den Beischwesterheimen für Arbeiterkinder nichts gelegen ist, sondern wir proletarische Kinderheime fördern und unterstützen müssen. Herrn Lehrer Specht sei gesagt, daß in allen Heimen, wo Piesteritzer Kinder hinkommen, ob Schleusingen, Oranienburg oder die Ostseebäder, früh mit Beten begonnen und abends damit aufgehört wird. Das werden alle Kinder bestätigen. Von der „schwarzweißroten Fahnenleuche" ganz zu schweigen. Bewilligt wurden mit 9 gegen 2 Stimmen: der IAH. und der Roten Hilfe je 50 Mk., dem Vogelschutzverein 20 Mk. Von der Notwendigkeit der Arbeiterwohlfahrt konnten sich unsere Genossen nicht überzeugen lassen. Da die IAH. eine — auch örtlich — starke Organisation ist, die Arbeiterwohlfahrt als Parteigebilde der SPD. aber vollkommen überflüssig ist, wurde ihr Antrag mit 8 gegen 9 Stimmen abgelehnt.

Dann folgte die Bekanntgabe der

Verhandlung mit den Stickstoffwerken in der Wasserfrage. Näheres über den Geheimvertrag (lies Kuhhandel) wurde nicht bekanntgegeben.

Piesteritz bekommt von der Stickstoff 75 000 Mk. zum Bau einer Wasserleitung, muß aber das Wasser von der „Stickstoff" erst entnehmen. Es wird jedoch vorerst nur die Coswiger Straße, die Schulstraße und „Sachsenland" Wasserleitung erhalten. Das Wasser wurde vom Gemeindevorsteher in allen Tonlagen gelobt.

*

Die Beurteilung dieses selbständigen Vorgehens des Gemeindevorstehers überlassen wir der Oeffentlichkeit. Warum wurde der Vertrag nicht bekanntgegeben. In den Versammlungen war schon alles so weit fertiggestellt, daß nur noch die Zustimmung der Vertretung nötig war. Jedenfalls ist die Hergabe von Geld seitens der Stickstoff als ein ganz bestimmtes Schuldbekenntnis aufzufassen, denn durch Anlegen einer Kläranlage wurde in letzter Zeit eine ganze Wasserader abgeschnitten und dadurch zahlreiche Brunnen trocken gelegt. Bei dieser Gelegenheit wurde auch auf die ungeheure

Gefahrenquelle durch die Cyanid- und Phosphorgase

hingewiesen. Man hat den Eindruck, als ob sich die Stickstoff schon heute durch Geldleistungen loskaufen möchte von der Schuld etwaiger Katastrophen.

Herr Gemeindevorsteher Kuntz warf dabei unseren Genossen demagogisch vor, daß sie nur immer auf der „Stickstoff" herumhacken, aber nichts von der Schuld der „Wasag" sagen. Unser Genosse Bode blieb ihm die Antwort nicht schuldig.

Ein großes Allotria löste der letzte Punkt der Tagesordnung aus:

Straßen-Um- und Neubenennung. Von der KPD.-Fraktion war beantragt worden, die Schulstraße — „Karl-Marx-Straße", den Sportplatzteil — „Leninplatz" und die eine Querstraße — „Max-Hoelz-Straße" zu benennen. Die Anträge wurden mit acht gegen neun Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Kaspar (SPD.), den Platz „Am Sportplatz" und „Querstraße" zu benennen, wurde mit 9 gegen die 8 Stimmen der Kommunisten angenommen. Die Debatte war äußerst stürmisch. Leistete sich doch Weigelt (SPD.) eine gemeine Beschimpfung des Genossen Max Hoelz, den er einen „modernen Räuberhauptmann" nannte. Die Aeußerung über den Genossen Lenin, die im Strudel der Unruhe unterging, beweist eben, daß man keine Sozialdemokraten, sondern Spießer und Konterrevolutionäre von ganz besonderem Muster vor sich hat. Man könnte bald glauben, daß das Kommunistenfretzchen Weigelt durch die kapitalistische Prügel, die er erhalten hat, immer konterrevolutionärer wird, anstatt zum revolutionären Proletariat zurückzukehren. Was die SPDisten als Begründung ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem kommunistischen Antrag vorbrachten, wirkte geradezu lächerlich. Vielleicht wollen sie auf Grund der Preisgabe der Lehren von Karl Marx einer tagtäglichen Erinnerung durch seinen Namen aus dem Wege gehen. Daß sie dagegen den Trotzkis und Sinowjews zujubeln, verstehen wir. Unsere Genossen ließen die Verunglimpfung von Führern nicht unbeantwortet. Die Genossen Hilpers, Bode und Engel rückten diesem Auchsozialisten ganz energisch zu Leibe. Weigelt wurde anheimgestellt, seine Aeußerung in einer öffentlichen Versammlung noch einmal zu wiederholen. Dort wird er die einzig richtige Antwort schon erhalten. Und dem Herrn Konrektor Specht? — Seien Sie froh, daß Ihre dreckige Bemerkung über das Lenin-Bild im Trubel der Debatte unterging. Ihre schmutzigen Aeußerungen werden natürlich nie vergessen werden.

Unter Verschiedenem wurden noch einige kleine Sachen erledigt. Der Antrag der KPD. auf Errichtung von Plakatsäulen wurde vertagt. Unter Aufsicht der Gemeinde findet ein Kursus statt in Stenographie, Buchhaltung, Gewerbekunde usw. Für Minderbemittelte können auf Antrag die Kosten von der Gemeinde getragen werden. — Die Beschaffung der Bilder für den Sitzungssaal löste wieder eine Debatte aus, die klar zeigte, daß man durch Sabotage die ganze Geschichte illusorisch machen will. Die SPD.-Vertreter glauben auf einmal von Personenkultus reden zu müssen; sie, die selbst die Anschaffung mit beschlossen haben. Es ist ein ewiges Herumreden um den heißen Brei. Was sie eigentlich denken, sagen sie nicht.

Jedenfalls hat der Verlauf dieser Sitzung allen proletarischen Wählern klar und deutlich gezeigt, wohin die Reise der SPD. geht. Von den bürgerlichen Vertretern ganz zu schweigen. Wenn den proletarischen Wählern an einer tatsächlichen Vertretung ihrer Klasseninteressen im Gemeindeparlament gelegen ist, dürfen sie bei den kommenden Gemeindewahlen nur den Kommunisten ihre Stimme geben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271206-15/fragment/page=0011

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Ein Erfolg

bei der Werbung darf uns noch nicht zufriedenstellen. Wir Kommunisten müssen jede Gelegenheit zur Propagierung unserer Idee und zur Gewinnung neuer Mitglieder wahrnehmen. Verschiedentlich werden gute Anfänge gemacht. So in

Belgern. In einer gut besuchten Frauenversammlung, in der Genossin Voigt, Torgau, über „Die Frau im Wirtschaftsleben" sprach, wurden nach der Diskussion sechs Frauen in die Partei aufgenommen.

Ein anderes Mal wurde in Belgern eine Einwohnerversammlung zur Werbung ausgenutzt. Sie fand am Sonntag, dem 27. November, mit dem Erfolg statt, daß sich drei Arbeiter in die Partei aufnehmen ließen.

Ein weiterer Erfolg wird uns gemeldet aus

Loßwig. Nach einem Referat des Genossen Holzweißig wurden vier Genossen als Mitglieder der Partei zugeführt.

So muß es überall gemacht werden. In der Werbung nicht nachlassen!

Treibeis auf der Elbe

Die Elbe führt im starken Maße Treibeis, das bei weiter anhaltendem Frost die Schiffahrt ernstlich behindern dürfte. Die Mulde ist derart flach, daß an vielen Stellen die Sandbänke aus dem Wasser schauen. An vielen Stellen ist sie bereits mit einer Eisschicht überzogen, besonders oberhalb der Stadt.

Spitzfindigkeiten des Torgauer Arbeitsamtes

Schandparagraphen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes

Im Paragraph 110 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes heißt es unter Absatz 1: „Die Unterstützung wird nach sieben Tagen gewährt." Nach einer Verfügung der obersten Instanz ist die Karenzzeit auf drei Tage herabgesetzt. Das bedeutet, wenn man sich zum Beispiel am Montag arbeitslos meldet, daß dann Donnerstag der erste Unterstützungstag ist. Da es aber im Kommentar von Weichert, der alle Paragraphen im reaktionären Sinne auslegt, heißt: „Der Meldetag zählt überhaupt nicht", so kommen praktisch vier Tage Karenzzeit heraus.

Auch das Torgauer Arbeitsamt verfährt nach diesem System. In allen Bezirken muß der schärfste Kampf gegen diese Methoden einsetzen. Wenn das Landesarbeitsamt Berlin entschieden hat, daß der Meldetag als Unterstützungstag zu gelten hat, so muß überall, wo nach Weichert verfahren wird, Einspruch erhoben werden.

Bei Nachweisung der Anwartschaft durch Bescheinigungen der Unternehmer soll im Kreise Torgau der Unternehmer als weißer Rabe bezeichnet werden, welcher „seine" Arbeiter richtig versichert hat. Es wird wohl in der Stadt auch nicht besser sein. Nachzahlungen der einzelnen Unternehmer bis zu 1000 Mark sollen keine Seltenheit sein.

Wir sind der Auffassung, daß das Versicherungsamt hier „aufklärend" wirken kann, damit in Zukunft kein „Irrtum" unterläuft. Noch schlechter geht es manchen Kollegen, die zeitweise überhaupt nicht angemeldet waren. Im übrigen muß man dem Vorsitzenden des Arbeitsnachweises recht geben, wenn er sagt: „Ich habe das Gesetz nicht geschaffen, ich muß es so durchführen, wie es ist." Im Punkte Kontrollsystem ist gegen das frühere System ebenfalls eine erhebliche Verschlechterung eingetreten. Die Kollegen können sich vier Tage am Orte melden und zwei Tage müssen sie stundenlang laufen, um zur Bezirkskontrollstation zu gelangen, damit der Kontrolleur des Arbeitsamtes seinen Stempel in die Karte drücken kann. Wenn der Gemeindevorsteher vier Tage lang „vertrauenswürdig" ist, so müßte man annehmen, daß er die anderen beiden Tage ebenfalls den Stempel eindrücken kann, wenn der Erwerbslose bei ihm erscheint. Andernfalls geht ja sowieso der Tag verlustig.

Im Laufe der Zeit erweist sich der Wulst von Paragraphen immer mehr als eine Sammlung von Spitzfindigkeiten gegen den Arbeitslosen. Mancher Kollege macht seinen Empfindungen Luft gegen die 356 Reichstagsabgeordneten, die dem Gesetz zugestimmt haben. Alle Beschwerden werden seitens des Ortsausschusses Torgau vormittags zwischen 10 und 11 Uhr Spitalstraße 38 entgegengenommen, zwecks Regelung im Interesse der Arbeitslosen.

Was uns der Luper von Uebigau erzählt

Eenes Sunntags ließ es merr keene Ruhe von wejen derr Neiseerde, was woll in'n „Jroßen Friedrich" los sinn könne mit'n Eisbeen-Essen. De Lupe uffs Hutell „Friedrich d'n Jroßen" gericht't, mußte man wohrnehm'n, daß de Eisbeene ohne Jäste war'n. In de Ecke soß traurig der „jroße Fritze" un knawerte seine Eisbeene alleene ab.

De Arbeeter machten draußen alle jlatt vorbei, denn se hott'n selwer Eisbeene. Mancher schonn weien derr verdammten Kälte und wejen Feirungsmangel. Mei Luper-Kolleje meente, das käme von de veelen Umjruppierung'n in d'n Jehärne vun Fritzen, daß er's mit alle verdurm'n hätte.

Ja, ja, Du jroßer Friedrich. Früher worste bei de Sozis derr Beste — un heite guckste hinner de Jardinen raus nooch Jäste. De Spießer kumm'n nich un de Arbeeter meid'n Dich! Worum? Do sot Dirr — Derr Luper.

Von einem Kohlenblock verschüttet

Mit schweren innerlichen Verletzungen wurde der Hauer R. Z. aus Kleinleipisch am Sonnabend von seiner Arbeitsstätte „Grube Alwine" in das Krankenhaus Lauchhammer eingeliefert. Er war damit beschäftigt, beladene Wagen aus dem Stollen zu fahren. Plötzlich löste sich von der Decke ein gewaltiger Kohlenblock, der den Verletzten so unglücklich traf, daß er vollständig verschüttet wurde. Nachdem man erst das Stück Kohle zertrümmert hatte, konnte der Verunglückte aus seiner gefährlichen Lage befreit werden.

Einwohnerversammlung in Belgern

Am Sonntag, dem 27. November, fand in Belgern eine öffentliche Versammlung statt. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Der Bankrott und die Vernichtung der Selbstverwaltung der Gemeinden 2. Gesetz für Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenversicherung. Zu beiden Punkten sprach der Provinziallandtagsabgeordnete Genosse Holzweißig. Es waren 108 Versammlungsbesucher anwesend. In der Aussprache wurden mehrere Anfragen gestellt und beantwortet. Diesmal waren die Anwesenden besser zufrieden als vor 14 Tagen, wo der Vorsitzende des ADGB. sprach Das ist ein Zeichen, daß die Kommunistische Partei hier in gutem Ansehen steht.

Delitzsch. Arbeitermord im Reichsbahnausbesserungswerk. In hiesigen Reichsbahnausbesserungswerke ereignete sich am Freitag unmittelbar vor Arbeitsschluß ein bedauerlicher Unfall. Der Schlosser Mangatter wurde von der Welle einer Hubvorrichtung für Personenwagen erfaßt und schwer verletzt. Der herbeigerufene Arzt konnte nur den Tod feststellen. Das Unglück hat sich etwa folgendermaßen ereignet: Beim Hochheben eines Eisenbahnwagens erfaßte die Kuppelung der Antriebswelle ein Hosenbein des Verunglückten und riß diesem sämtliche Kleidungsstücke bis zum Halse vom Leibe. Hierbei ist er mit dem Kopf unter die Antriebswelle gekommen, wodurch der Tod herbeigeführt worden ist. Der Verunglückte hat noch zirka 15 Minuten nach dem Unfalle Lebenszeichen von sich gegeben.

Torgau. Eine Explosion ereignete sich am Sonnabend gegen 9 Uhr in der ehemaligen Munitionsanstalt Süptitz. Drei Frauen wurden verletzt Sie haben zum Teil erhebliche Brandwunden im Gesicht und an den Händen erlitten.

Belgern. Rote Hilfe tut not. Am Sonntag, dem 27. November, veranstaltete der Verein „Germania" einen Theaterabend, der gut besucht war. Anschließend wurden 5,02 Mk. für die Rote Hilfe gesammelt. So müßte ein jeder Genosse arbeiten, damit für unsere Genossen und ihre Frauen und Kinder gesorgt werden kann.

Arbeiter-Sport

Langendorf 1. — Hohenmölsen 1. 4:4 (2:2)

Mit 9 Mann, darunter noch ein Jugendlicher, mußte die Erste nach Weißenfels fahren, um auf dortigem Platze ein Freundschaftsspiel gegen Langendorf auszutragen. Da außerdem der Platz sehr glatt war, hatte die geschwächte Mannschaft einen schweren Stand und reichte es nur zu einem Unentschieden. 4:4 lautete das Ergebnis, was Langendorf allerdings erst durch Elfmeter erreichte. — Hohenmölsen 2. — Eisenberg 2. 1:6. Die 2. weilte in Eisenberg zum Rückspiel. Hatte sie beim letzten Treffen den Sieg davongetragen, so mußte sie sich diesmal beugen. Auch hier glänzten zwei Spieler durch Abwesenheit. Die Schuldigen werden zur Verantwortung gezogen. — Spiele am nächsten Sonntag, dem 11. Dezember: Hohenmölsen 1. — BC. Halle-Giebichenstein 1. in Hohenmölsen, Anst. 2.30 Uhr. Hohenmölsen 2. — BC. Halle-Giebichenstein 2. in Hohenmölsen, Anst. 1 Uhr. Hohenmölsen 3. — Taucha 2. in Hohenmölsen, Anst. 10 Uhr. Hohenmölsen Jgd. — Taucha Jgd. in Hohenmölsen, Anst. 12 Uhr.

Langendorf Jgd. — Union Jgd. 3:0 (0:0). Spiele am 11. Dezember: Langendorf 1. — 1893 1. Langendorf Jgd. — 1893 Jgd. Beide Spiele finden auf 1893-Sportplatz statt. 1. Elf Anstoß 2 Uhr, Jgd. ½11 Uhr vorm.

Freie Thüringer Schiedsrichtervereinigung, Bezirk Zeitz. Arbeitsgemeinschaft Weißenfels. Dienstag, den 6. Dezember, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus Weißenfels unser Belehrungsabend statt, zu welchem alle Schiedsrichter-Genossen der Vereine Teuchern, Zorbau, Leißling, Goseck, Langendorf, 1893 Weißenfels und Union Weißenfels zu erscheinen gebeten werden. Alle Genossen, welche sich in absehbarer Zeit prüfen lassen wollen, haben gleichfalls zu erscheinen.

Wählitz Jgd. — Köstritz Jgd. 6:2. Wählitz 1. — Weida 1. 7:1.

Vereinsmitteilungen

Wacker, Hohenmölsen. Wir suchen für unsere 3. Elf zum 1. und 2. Weihnachtsfeiertag entsprechende Mannschaften nach hier gegen Rückspiel. [862

HFC. Sportlust 07. Die Anmeldung der Kinder zur Weihnachtsbescherung muß bis Sonnabend den 10. Dezember, beim Sportgenossen Heinicke, Schillerstraße 32, oder im Vereinslokal „Hübners Restaurant", Kurze Gasse 1, erfolgt sein. Spätere Meldungen können nicht berücksichtigt werden. [864

ASC. Halle (Fußball). Sonntag, den 11. Dezember, spielen 2. und Jugend gegen Teutonia (Teutonia-Platz). 2. um ¾13 Uhr und Jugend um ½12 Uhr. Treffpunkt 1 Stunde vor Spielanfang bei Müller (Cröllwitz). 1. gegen Trotha 1. um ½15 Uhr, Peißnitz. Treffpunkt 1 Stunde vor Spielanfang, Peißnitz. — **Handball.** Sonnabend, den 10. Dez., 20 Uhr, außerordentliche Sitzung bei Stark, Lüderitzberg. Unentschuldigtes Fehlen wird satzungsgemäß bestraft. [863

Marktkleinhandelspreise in Halle am 6. Dezember

Obst und Gemüse

Eßbirnen	1 Pfd.	0,15–0,40	Mk.
Kochbirnen	1 Pfd.	0,08–0,20	"
Kochäpfel	1 Pfd.	0,08–0,20	"
Eßäpfel	1 Pfd.	0,15–0,40	"
Apfelsinen	1 Stck.	0,07–0,20	"
Bananen	1 Stck.	0,05–0,10	"
Weintrauben	1 Pfd.	0,80–0,90	"
Tomaten	1 Pfd.	0,30–0,50	"
Nüsse	1 Pfd.	0,45–0,65	"
Weißkohl	1 Pfd.	0,08–0,09	"
Rotkohl	1 Pfd.	0,12–0,15	"
Grünkohl	1 Pfd.	0,12–0,15	"
Wirsingkohl	1 Pfd.	0,12–0,15	"
Blumenkohl	1 Kopf	0,30–0,80	"
Rosenkohl	1 Pfd.	0,40–0,50	"
Spinat	1 Pfd.	0,12–0,15	"
Mohrrüben	1 Pfd.	0,08–0,10	"
Kohlrüben	1 Pfd.	0,08–0,10	"
Rote Rüben	1 Pfd.	0,10–0,15	"
Kohlrabi	1 Stck.	0,04–0,06	"
Zwiebeln	1 Pfd.	0,12–0,15	"
Rapünzchen	1 Pfd.	0,70	"
Sellerie	1 Stck.	0,08–0,15	"
Schwarzwurzel	1 Pfd.	0,40	"
Porree	1 Bd.	0,15–0,25	"

Fische

Hechte	1 Pfd.	1,40	"
Fr. Aal	1 Pfd.	2,00–2,50	"
Schellfisch	1 Pfd.	0,35	"
Schellfisch, ger.	1 Pfd.	0,60	"
Weißfisch	1 Pfd.	0,40–0,90	"
Kabeljau	1 Pfd.	0,35	"
Goldbarsch	1 Pfd.	0,30	"
Schleie	1 Pfd.	2,00–2,20	Mk.
Heringe, Norw.	1 Stck.	0,05–0,06	"
Heringe, Schotten	1 Stck.	0,10–0,15	"
Grüne Heringe	1 Pfd.	0,35	"
Bücklinge	1 Pfd.	0,60	"
Seelachs, ger.	1 Pfd.	0,60–0,70	"
Seelachs, frisch	1 Pfd.	0,30	"
Karpfen	1 Pfd.	1,30	"

Wild und Geflügel:

Enten	1 Pfd.	1,00–1,30	"
Gänse	1 Pfd.	1,00–1,40	"
Hühner	1 Pfd.	1,00–1,30	"
Tauben	1 Stck.	0,50–0,90	"
Fasanen	1 Stck.	2,00–4,00	"
Rehfleisch	1 Pfd.	0,60–2,25	"
Hirschfleisch	1 Pfd.	0,50–1,80	"
Kaninchen, Stall	1 Pfd.	1,00–1,10	"
Wilde Kaninchen	1 Pfd.	0,90–1,00	"
Hasen im Fell	1 Pfd.	1,20	"
Hasen, ausgeschl.	1 Pfd.	1,30–1,70	"

Sonstiges

Butter, Molk.	1 Stck.	1,10–1,20	"
Butter, Bauern	1 Stck.	1,00–1,10	"
Quark	1 Pfd.	0,35	"
Käse	1 Stck.	0,10–0,20	"
Pflaumenmus	1 Pfd.	0,50	"
Kartoffeln	10 Pfd.	0,50–0,60	"
Kartoffeln, Nieren	10 Pfd.	0,80–1,00	"
Eier	1 Stck.	0,15–0,18	"
Zitronen	1 Stck.	0,08–0,10	"
Meerrettich	1 Stg.	0,20–0,40	"
Petersilie	1 Pfd.	0,40	"

Fleisch- und Wurstwaren

Je Pfund

Rindfleisch

Kochfleisch	0,90–1,00	Mk.
Bratenfleisch	1,10–1,20	"
Gefrierfleisch	0,70–1,10	"

Kalbfleisch

Kochfleisch	1,00–1,10	"
Bratenfleisch	1,20–1,30	"

Hammelfleisch

Kochfleisch	0,90–1,00	"
Bratenfleisch	1,10–1,20	"

Schweinefleisch

Kamm und Koteletten	1,10–1,20	"
Bauch und fettes Fleisch	0,90–1,00	"

Ziegenfleisch	0,50–0,80	Mk.
Roßfleisch	0,60–0,70	"

Wurstwaren:

Schlackwurst	2,00–2,80	"
Knackwurst	1,40–1,60	"
Mettwurst	1,40–1,60	"
Zervelatwurst	2,40–2,80	"
Schwartenwurst	0,90–1,00	"
Rotwurst, frisch	1,00–1,10	"
Rotwurst, geräuch.	1,20–1,30	"
Leberwurst, frisch	1,00–1,10	"
Leberwurst, geräuch.	1,20–1,30	"
Schinken, roh	1,80–2,00	"
Schinken, gekocht	2,20–2,80	"
Speck, fett, geräuch.	1,00–1,10	"
Speck, mager, geräuch.	1,20–1,30	"

Amtliche hallische Produkten-Notierungen vom 6. Dezember

Für 1000 kg	neue Ernte		Für 100 kg	neue Ernte	
Weizen	248–255	ruhig	Viktoriaerbsen	50–52	still
Roggen	254–260	stetig	Futtererbsen	19–21	ruhig
Braugerste	260–287	behauptet	Raps	—	—
Wintergerste	—	—	Weizenkleie, mittel	14,75–15,25	fest
Futtergerste	230–240	stetig	Weizenkleie, grob	—	—
Hafer	232–238	stetig	Roggenkleie	15,25–15,75	fest
Mais	212	fest	Malzkeime	15,00–15,50	gefragt
			Trockenschnitzel	11,50–11,75	gefragt

Tendenzbericht. Das Angebot an Brotgetreide hat weiter zugenommen, wurde jedoch von den Mühlen glatt aufgenommen. Braugerste in feinen Qualitäten gefragt. Mittlere Qualitäten vernachlässigt Futtergetreide ruhiges Geschäft bei behaupteten Preisen. Mais weiter sehr fest bei starker Nachfrage. Der Absatz in Viktoriaerbsen sehr schleppend. Kleie gut gefragt bei geringem Angebot.

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am städtischen Schlacht- u. Viehhofe zu Halle vom 5. Dezember

Gattung	a) für 50 kg Fleischgewicht: I. höchster Preis RM.	II. niedrig. Preis RM.	III. häufigst. Preis RM.	b) für 50 kg aus dem Ausland eingef. Gefrierfleisch: I. höchster Preis RM.	II. niedrig. Preis RM.	III. häufigst. Preis RM.
Ochsen	94	45	86	61	55	
Bullen	95	88	93			
Kühe	94	50	85			
Jungrinder	95	90	95			
Mastkälber (einschl. Lunge und Leber)						
Saugkälber (einschl. Lunge und Leber)	98	78	90			
Lämmer, Masthammel (einschl. Lunge und Leber)	100	95	100			
Schafe (einschl. Lunge und Leber)	95	60	90			
Schweine einschl. Mittel und Geschlinge	81	74	80			
Rumänische Schweine						

Wie wird das Wetter?

Für das mittlere Norddeutschland: Weiterhin trocken und ziemlich heiter. Temperaturen wenig verändert bei mäßigen südöstlichen Winden.

Briefkasten

Sportfahrt nach Zörbig. Die Landstraße von Halle nach Zörbig mißt 30 Kilometer. Die Antwort hat sich wegen einiger Rückfragen verspätet.

Elsterwerda. F. B. Erstens fehlt unter Deiner Notiz der Parteistempel. Zweitens ist die Mitteilung wirklich nicht weltbewegend. Es gibt unseres Erachtens zuerst über andere Dinge zu berichten, als über dieses „Vergehn" eines „sonst revolutionär denkenden Arbeiters", wie Du schreibst.

Verantwortlich: Max Lademann, M. d. L., Halle a. d. S., für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: J. V.: Wilhelm Barnack, Halle a. d. S.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 21473 – Postscheckkonto Leipzig 107 001
Artur Somisch, Bezirks-Sekretär Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen

Achtung, Genossen der Chemiefraktion Halle! Diesmal Sitzung nicht am Mittwoch, sondern am Dienstag, dem 6. Dezember, um 8 Uhr, im bekannten Lokal.
Die Ortsleitung.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Dommitzsch. Mittwoch, 7. Dez., abends 8 Uhr, in der „Konzerthalle", öffentliche Versammlung. Referent: Genossin Hedwig Krüger, M. d. L., Halle.

Blesa. Mittwoch, 7. Dez., abends 8 Uhr, im Gasthof „Brögen", öffentliche Versammlung. (Hochwassergeschädigten.) Referent: Genosse Kilian, M. d. L.

Torgau. Mittwoch, 7. Dez., abends 8 Uhr, im „Tivoli", öffentliche Versammlung (Ausschußwahl der Ortskrankenkasse.) Referent: Genosse Wichmann, Halle.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Mittwoch, 7. Dez., abends 8 Uhr, Mitgliederversammlungen der Straßenzelle 1: bei Schön. Referent: Gen. Hannemann; Straßenzelle 8: in der „Händlerbörse". Referent: Gen. Benkwitz; Straßenzelle 9: beim Gen. Gutjahr. Referent: Genosse Gutjahr.

Naumburg. Donnerstag, 8. Dez., Fortsetzung des Funktionärkursus.

Zeitz. Donnerstag, 8. Dez., abends 20 Uhr, Mitgliederversammlung der Betriebszelle Bauhof und Naether in der „Herberge". Referenten: Seidel-Köhler und Gutjahr.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Zschernddorf. Dienstag, 6. Dez., abends 8 Uhr, bei Dubilzig, Mitgliederversammlung. Auch Frauen können mit anwesend sein.

Holzweißig. Mittwoch, 7. Dez., abends 19 Uhr, im Lokal Häfer Mitgliederversammlung Alle Genossen und Genossinnen haben der Wichtigkeit der Tagesordnung halber bestimmt zu erscheinen.

Bitterfeld. Donnerstag, 8. Dez., abends 19 Uhr, im „Gesellschaftshaus" Fraktionssitzung der kommunistischen Metallarbeiter. Parteibuch legitimiert.

Piesteritz. Donnerstag, 8. Dez., abends 19.30 Uhr, im „Schützenhaus" Zellengruppenversammlung. Jedes Parteimitglied hat zu erscheinen.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Halle. Unsere Bundesgründungsfeier muß aus technischen Gründen vom 9. Dezember auf Mitte Februar vertagt werden. Die Theaterrollen bleiben in den Händen der bestimmten Genossinnen. Ebenso bleiben die für den Sprechchor bestimmten Genossinnen fest.

Ammendorf. Mitgliederversammlung Dienstag, den 6. Dezember, abends 8 Uhr, im „Burgschlößchen". Thema: Reichsschulgesetz.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Mitteilung der Gauführung. Die zur Generalkontrolle herausgegebenen Mitgliederfragebogen sowie Ortsgruppen-Fragebogen sind sofort ausgefüllt an die Gauführung zurückzusenden.

Mitteilung der Gauführung. Wir ersuchen die Ortsgruppen, die der Gauführung die Delegierten zur Gaukonferenz noch nicht gemeldet und die Kontrollfragebogen noch nicht abgesandt haben, dieses sofort nachzuholen. Die Untergauführer nehmen an der Konferenz teil.

Die RJ.-Delegierten müssen am Sonnabend, abends 7 Uhr, an der Vorkonferenz der RJ. im „Volkspark" teilnehmen.

Am Sonntag, dem 11. Dezember, vormittags 8 Uhr, findet eine Fraktionssitzung aller Delegierten statt, welche Mitglieder der KPD. sowie des KJVD. sind. (Parteibuch als Ausweis.)

Die Delegierten werden ersucht, Partei-, RFB.- und Gewerkschaftsbuch mitzubringen, soweit sie in Partei und Gewerkschaft organisiert sind.

Untergau Halle-Saalkreis

Halle, Ortsvorstand. Mittwoch, 7. Dez., abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft Sitzung. Teilnehmen müssen alle Abteilungsführer und Pol-Führer der Roten Jungfront.

Halle. Reserve-Spielleute. Dienstag, den 6. Dezember, abends ½8 Uhr, Ueben. Dazu ½9 Uhr die eingeteilten Aktiven bei Wötzel

Geschlossener Spielmannszug. Mittwoch, 7. Dezember, abends 8 Uhr, Ueben. Anschließend kurze sehr wichtige Sitzung. Antreten 7.45 Uhr Paradeplatz.

Halle, Abt. 5 (Zentrum). Alle Kameraden, welche noch im Besitz eines geliehenen Bibliotheksbuches sind, müssen dieses bis 15. Dez. jeden Dienstag und Donnerstag im Werbebureau abliefern.

Halle, Abt. 5 (Zentrum). Alle Kameradschaftsführer haben alle Außenstände, Zeitungen usw. bis Donnerstag, 8. Dez., auf Abschlag, Restzahlung 15. Dez., abzurechnen.

Halle, Abt. 5 (2. Kameradschaft). Mittwoch, 7. Dez., abends 8 Uhr, bei Wötzel, Unterberg 12, außerordentliche Versammlung. Gruppenführer haben einzuladen. Wer nicht erscheint, wird zur Rechenschaft gezogen.

Ammendorf. Spielmannszug. Dienstag, 6. Dez., abends 8 Uhr, im „Burgschlößchen" Uebungsstunde. Jeder Spielmann hat unbedingt zu erscheinen.

Ammendorf. Freitag, 9. Dez., abends 8 Uhr, im „Burgschlößchen" große Mitgliederversammlung.

Untergau Merseburg

Merseburg. Freitag, 9. Dez., abends 8 Uhr, Vollversammlung, „Stadt Leipzig". Bericht von der Untergaukonferenz.

Untergau Weißenfels

An alle Ortsgruppen im Untergau Weißenfels. Die Sammellisten für die RJ.-Kameraden zur Lenin-Schule sind sofort an Kamerad H. Schulze, Weißenfels, Feldstraße 10, abzurechnen.

Weißenfels. Dienstag, den 6. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus große Funktionärsitzung.

Weißenfels. Mittwoch den 7. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus wichtiger Vortragsabend.

Teuchern. Donnerstag, 8. Dez., abends 8 Uhr, findet im „Grünen Baum" eine kombinierte Versammlung statt. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Untergau Naumburg

Naumburg. Freitag, 9. Dez., abends 8 Uhr, nehmen Kameraden an der Versammlung der IAH. teil. Vortrag. Bericht der dritten Rußland-Delegation von Kamerad Höcker, Halle.

Untergau Wittenberg

Abteilung Wittenberg. Mittwoch, 7. Dez., abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus Kursusabend, anschließend Funktionärsitzung.

Abteilung Piesteritz. Mittwoch, 7. Dezember, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus", Klein-Wittenberg. Mitgliederversammlung.

Wittenberg-Piesteritz. Donnerstag, 8. Dez., abends 7 Uhr, Propaganda-Fackelzug in Wittenberg im Ortsgruppenmaßstab. Abmarsch Abt. Piesteritz ¼7 Uhr vom „Volksheim". Antreten Abt. Wittenberg ¾7 Uhr am Amtsgericht. Punkt 7 Uhr Abmarsch der gesamten Ortsgruppe

Untergau Zeitz

Zeitz. Dienstag, 6. Dez., Funktionärsitzung in der „Herberge". Anfang 8 Uhr. Alle Funktionäre müssen zur Stelle sein. Entschuldigung gibt es nicht.

Jungfront

Zeitz. Mittwoch, 7. Dez., abends 8 Uhr, im Jugendheim Vortrag Rote Jungfront und ihre Gegner.

Kommunist. Jugendverband Deutschlands

Bezirk Halle-Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14
Fernruf 21473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Dienstag Fortsetzung des Informationsabends über die Parteidiskussion in RKP. abends 8 Uhr im „Pfälzer Schießgraben". Alle Verbandsarbeiter und älteren Genossen nehmen daran teil.

Halle. Donnerstag Gruppenkassierer abends 8 Uhr im Bureau Arbeitsabend.

Halle. Mittwoch, 7. Dez., abends 8 Uhr, „Jugendherberge" (Weingärten), Musikübungsstunde.

Ammendorf. Dienstag, 6. Dezember, Gruppenabend. Geschichte der proletarischen Jugendbewegung

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. Mittwoch, 7. Dez., abends 8 Uhr, im „Kloster" wichtige Mitgliederversammlung. Alles muß erscheinen. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Donnerstag, 8. Dez., Beteiligung am Volkskunstabend im Stadttheater.

Unterbezirk Mansfeld

Hettstedt. Mittwoch, 7. Dez., Funktionärsitzung beim Genossen Erde.

Unterbezirk Bitterfeld

Bitterfeld. Dienstag, 6. Dez., abends 8 Uhr, Liederabend. Alles erscheinen. Liederbücher mitbringen.

Roitzsch. Donnerstag in der „Gemeindeschänke" Gruppenabend.

Gräfenhainichen. Donnerstag Gruppenabend im Jugendheim.

Arbeitsgebiet Schkeuditz

Glesien. Dienstag, den 6. Dezember, im bekannten Lokal Gruppenabend.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Bockwitz. Dienstag, den 6. Dezember, Mitgliederversammlung.

Mückenberg. Mittwoch, 7. Dez., abends 8 Uhr, Unterhaltungs- und Leseabend.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung Halle-Merseburg Halle a. d. S. Lerchenfeldstraße Nr. 14

Halle. Mittwoch, 7. Dez., nachm. 6 Uhr, in der „Prod.-Genossenschaft", Theaterprobe.

Zeitz. Mittwoch, 7. Dez., 5 Uhr, Spielabend in der Stephan-Straße im Restaurant „Händlerbörse". Jeder Pionier hat seine Mitgliedskarte mitzubringen. Erscheinen ist Pflicht.

Bund der Freunde der IAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau Halle, Gr. Steinstr. 16 H. pt. Teleph. 29150

Betr. Rußland-Berichterstattung. Die Anforderung zur Rußland-Berichterstattung der IAH.-Delegation (Höcker) muß sofort an den Landesvorstand gerichtet werden.

Zörbig. Dienstag, 6. Dez., 20 Uhr, im „Germania-Theater", Filmaufführung.

Weißenfels. Mittwoch, 7. Dez., 20 Uhr, im „Hermannsgarten", Rußland-Kundgebung. Referent: Genosse Höcker, Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019271206-15/fragment/page=0012
DFG